

Stenographisches Protokoll.

123. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

IV. Gesetzgebungsperiode.

Donnerstag, 23. Februar 1933.

Tagesordnung.

Bundesfinanzgesetz und Bundesvoranschlag für das Jahr 1933 (B. 471).

Inhalt.

Verhandlung: Bundesfinanzgesetz und Bundesvoranschlag für das Jahr 1933 (B. 471) — Fortsetzung der Spezialdebatte über den V. Abschnitt: Kapitel 19, Land- und Forstwirtschaft, Kapitel 28, Titel 3, Österreichische Bundesforste — Plasser (3285), Ing. Weigl (3288) — Spezialdebatte über den VI. Abschnitt: Kapitel 20, Bundesministerium für Handel und Verkehr, Kapitel 21, Handel, Gewerbe, Industrie, Kapitel 22, Bergwesen, Kapitel 23, Bauten, Kapitel 24, Verkehr (Hohheit), Kapitel 28, Titel 1, Post- und Telegraphenanstalt, Titel 4, Montanbetriebe, Titel 5, Kartographisches Institut, Kapitel 29, Eisenbahnen — Spezialberichterstatter zu Kapitel 20 und Kapitel 21 Schmidt (3290), Spezialberichterstatter zu Kapitel 22 Werner (3291), Spezialberichterstatter zu Kapitel 23 Ing. Raab (3291), Spezialberichterstatter zu Kapitel 24 Werner (3291), Spezialberichterstatter zu Kapitel 28, Titel 1, und zu Kapitel 29 Heizinger (3292), Spezialberichterstatter zu Kapitel 28, Titel 4, Leskovar (3292), Spezialberichterstatter zu Kapitel 28, Titel 5, Kampitsch (3292), Dr. Hampel (3293), Hollersbacher (3301), Freundlich (3302), Kreuzberger (3307), Ebner Anton (3309), Glshuber (3312), Stein (3314), Kampitsch (3320), Wighay (3322), Duschek (3325), Rössch (3326), Peter (3327), Forstner (3329), Zelenka (3331).

Ausschüsse: Veränderungen im Stande der Ausschüsse:

Ausschuß für Handel: Kollmann als Ersatzmann an Stelle Duschek;

Ausschuß für soziale Verwaltung: Kreuzberger als Mitglied an Stelle Flug (3334).

Eingebracht wurden:

Anträge: 1. Kraus, Thaler, Födermahr, Hasenauer, Ing. Winfauer, Wagner, Gritschacher, Wimmer, Kapral, betr. das Verbot der Herstellung und des Handels mit Kunstmilch und Kunstmilcherzeugnissen (298/A);

2. Ing. Winfauer, Wollek, Ing. Weigl, Neustädter-Stürmer, Födermahr, betr. Einführung einer Altersgrenze für die Notare und Änderung des Notarverfügungsgesetzes (299/A).

Präsident Dr. Renner eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min. vorm. und erklärt das Protokoll über die Sitzung vom 21. Februar als genehmigt.

Es wird zur Tagesordnung übergegangen, das ist die Fortsetzung der Spezialdebatte über das Bundesfinanzgesetz und den Bundesvoranschlag für das Jahr 1933 (B. 471), und zwar über den V. Abschnitt: Kapitel 19,

Land- und Forstwirtschaft, Kapitel 28, Titel 3, Österreichische Bundesforste.

Plasser: Hohes Haus! Es ist klar, daß die allgemeine Wirtschaftslage, die Weltkrise im allgemeinen und die österreichische Krise im besonderen, die österreichischen Bundesforste sehr stark in Mitleidenschaft gezogen haben. Es ist gestern in der Debatte von einigen Rednern schon auf die ungemein schlechte Lage auf dem Holzmarkt hingewiesen worden, und ich muß sagen, daß gerade in der jetzigen Zeit, wo einerseits durch die schlechten Handelsbeziehungen, andererseits durch den Preisrückgang des Holzes eine vollkommene Zerrüttung des Holzmarktes zu verzeichnen ist, sich die Lage noch verschlechtert hat. Wenn Österreich früher den Holzexport zu einem der größten Posten in der Handelsbilanz zählen konnte, so kann man heute mit ruhigem Gewissen behaupten, daß diese Post in unserer jetzigen Handelsbilanz nahezu bedeutungslos geworden ist. Wir haben nicht nur den Markt in Deutschland, Italien und der Schweiz zum größten Teil verloren, sondern der Holzexport nach Frankreich ist auf ein Kontingent eingestellt, das schließlich mit Rücksicht darauf, daß unsere Holzindustrie doch exportfähig wäre, bedeutungslos ist. Diese Absatzkrise hat sich besonders in jenen Gegenden wirtschaftlich schwer ausgewirkt, in denen die Menschen darauf angewiesen sind, ihre Existenz in den Forsten zu finden. Die Arbeitslosigkeit in unseren Gebirgstälern ist dadurch bedeutend gestiegen. Insbesondere die Stilllegung der kleinen Gebirgsjäger hat die Arbeitslosigkeit und die Not der Menschen im Gebirge noch mehr vergrößert. Es ist selbstverständlich, daß aus allen diesen Ursachen die Bundesforste in den letzten Jahren ein Defizit aufzuweisen haben. Wir finden im Voranschlag des Jahres 1933 einen voraussichtlichen kassamäßigen Abgang der Bundesforste von nahezu 12 Millionen Schilling.

Das Defizit der österreichischen Bundesforste ist jedoch keine spezifisch österreichische Erscheinung, sondern im Zusammenhang mit der Lage auf dem Holzmarkt sehen wir, daß auch die Staatsforste in Preußen ein Defizit, und zwar von ungefähr 100 Millionen Reichsmark, aufweisen und daß auch die tschechoslowakischen Staatsforste mit 80 Millionen Tschechenkronen passiv sind. Hier ist aber in einem Punkte ein Unterschied zu verzeichnen. Die Regierungen jener Staaten, in denen die Forste dem Niedergang preisgegeben sind

und einen derartigen Abgang aufweisen, haben aus dieser Frage ein ernstes Problem gemacht. Ich habe schon im Ausschuß darauf hingewiesen, daß man sich sowohl in Preußen als auch in der Tschechoslowakei bemüht, Absatz für die Forstwirtschaft zu schaffen, und daß die Regierungen bedeutende Mittel zur Verfügung gestellt haben, um Einrichtungen zur Förderung der Absatzmöglichkeiten zu schaffen. Bei uns in Österreich hat man sich einfach auf den Standpunkt gestellt, man könne das Defizit in den Bundesforsten dadurch einschränken, daß man immer wieder neue Kürzungen der Kredite bei den Bundesforsten durchführt. So hat man im Dezember vorigen Jahres den Bundesforsten 500.000 S von ihren Krediten gestrichen. Man hat im Jänner einen weiteren Abstrich vorgenommen, und soweit ich informiert bin, liegt die Absicht vor, das auch im Februar zu tun. Es ist mir eine Genugtuung, daß selbst Herren der christlichsozialen Partei, wie Minister Thaler, davor gewarnt haben, daß man auf diesem Wege immer wieder eine Verschlechterung der Existenz der Bundesforste und damit der Existenz der in diesen Forsten beschäftigten Arbeiter und Angestellten herbeiführt. Aber nachdem die Herren im Finanzministerium gesehen haben, daß die Einschränkung der Kredite bei den Bundesforsten nicht jenes Mittel ist, mit dem eine Sanierung herbeizuführen ist, haben sie den Plan ausgeheckt, in den Bundesforsten überhaupt jede produktive Arbeit einzustellen. Man hat den Gedanken ausgebrütet, die Bundesforste auf eine Stillstandsregie zu setzen. Anscheinend haben sich die Herren über die Folgen einer derartigen Maßnahme nicht einen einzigen Gedanken gemacht, sonst müßten sie sofort daraufgekommen sein, daß dies in den Bundesforsten eine unmögliche Sache darstellt. Wir haben im Ausschuß an den Herrn Bundeskanzler in seiner Eigenschaft als Landwirtschaftsminister konkret die Frage gerichtet, ob der Gedanke der Stillstandsregie verwirklicht werden soll. Der Herr Bundeskanzler hat uns die Frage dahingehend beantwortet: Es ist vorderhand nicht daran zu denken, weil man ja doch darauf gekommen ist, welche wirtschaftlichen Schäden mit der Einführung einer Stillstandsregie bei den Bundesforsten verbunden ist, es ist vorderhand nicht daran zu denken, daß diese Stillstandsregie eingeführt werden soll. Aber, Herr Bundeskanzler, diese Antwort im Ausschusse hat uns nicht befriedigt. Ich möchte ausdrücklich an Sie das Ersuchen richten, daß auch die Kürzungen der Kredite bei den Bundesforsten ein Ende zu nehmen haben, weil dadurch die Existenzmöglichkeit der Bundesforste gefährdet erscheint. Es ist ganz richtig, was der Herr Minister Thaler hier angeführt hat: Es ist Arbeit genug in den Bundesforsten, es können Schlägerungen im großen Ausmaße durchgeführt werden, weil das Holz vorhanden ist, das für Schlägerungen in Betracht kommt. Damit allein, daß man den Forstarbeitern immer neue Opfer auferlegt, ist den Bundesforsten nicht geholfen.

Die Bundesforstarbeiter haben in der letzten Zeit eine Kürzung ihres Lohnes in der Höhe von 7 bis 12 Prozent über sich ergehen lassen. Sie haben die Erkenntnis aufgebracht, daß, wenn der Betrieb infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse in Gefahr ist, auch sie Opfer bringen müssen. Sie haben diese Opfer in dem Sinne gebracht, daß sie einen Teil ihrer ohnedies niedrig festgesetzten Löhne für die Bundesforste geopfert haben. Es sind derzeit in den Bundesforsten ungefähr 4000 Arbeiter beschäftigt. Es kommt jedoch nicht nur die Existenz dieser 4000 Arbeiter in den Bundesforsten in Betracht, sondern es zieht eine große Anzahl von Menschen in jenen Gebieten, in denen die Bundesforste sind, indirekten Nutzen. Ich möchte da doch mit einigen Worten auf die Folgen, die die Einführung einer Stillstandsregie bei den Bundesforsten nach sich ziehen würde, hinweisen. Die 4000 Bundesforstarbeiter, die heute noch beschäftigt werden, würden durch diese Maßnahme arbeitslos. Rechnet man, daß mit den 4000 Forstarbeitern auch eine große Anzahl von Angehörigen zusammenhängen, so greife ich nicht zu hoch — und der Herr Generaldirektor Preindl hat das im Finanzausschuß ebenfalls gesagt —, daß ungefähr 20.000 Menschen durch die Einführung der Stillstandsregie bei den Bundesforsten in die größte Not und das größte Elend gestürzt würden. Ich glaube, eine verantwortliche Regierung könnte mit derartigen Gedanken überhaupt nicht kommen und damit vor allem nicht in die Öffentlichkeit treten.

Allein wir haben ja gestern bei der Abstimmung über die Anträge, die Abg. Schneeberger zum Kapitel „Soziale Verwaltung“ gestellt hat, gesehen, wie groß das Interesse der bürgerlichen Parteien für die Angelegenheiten der Forstarbeiter ist. (*Rufe links: Sehr richtig!*) Wir haben gesehen, daß Sie einstimmig den Antrag auf Einbeziehung der Forstarbeiter in die Arbeitslosenversicherung niedergestimmt haben (*Rufe links: Hört! Hört!*), daß Sie brutal über den berechtigten Wunsch der Forstarbeiter, die Altersgrenze für den Bezug der Altersfürsorgeerente nach den Bestimmungen der Landarbeiterversicherung vom 65. auf das 60. Lebensjahr herabzusetzen, hinweggegangen sind. Selbst die bescheidensten Forderungen, die die Forstarbeiter an das Parlament stellen, werden immer wieder von den bürgerlichen Parteien rücksichtslos niedergestimmt, und es ist eine Demagogie ärgster Sorte, wenn der Obmann der christlichen Forst- und Salinenarbeiter, der Herr Abg. Markschläger, draußen sagt, er werde für die Einbeziehung der Forstarbeiter in die Arbeitslosenversicherung eintreten, hier aber gegen den Antrag der Sozialdemokraten stimmt. (*Rufe links: Unerhört!*) Meine Herren, ich mache Sie darauf aufmerksam, daß diese Forderung, die wir da im Parlament gestellt haben, nicht allein eine Forderung der freigewerkschaftlich organisierten Forstarbeiter ist. Erst vor einigen Wochen waren mein Freund Schneeberger und ich in einer Zentralbetriebsratsitzung, wo sämt-

liche Betriebsratsobmänner der Bundesforstarbeiter versammelt waren. In diesem Zentralbetriebsrat sitzen auch die christlichen Vertreter der Forstarbeiterschaft, und diese christlichsozialen Vertreter haben uns einmütig mit den anderen Betriebsräten beauftragt, im Parlament diese Forderung zu erheben und nachdrücklich dafür einzutreten. Und Sie antworten Ihren christlichen Forstarbeitern dadurch, daß Sie die Anträge der sozialdemokratischen Partei niederstimmen. Wir werden dafür Sorge tragen, den Forstarbeitern schon in der allernächsten Zeit Ihre Handlungsweise bei der gestrigen Abstimmung zur Kenntnis zu bringen.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch etwas sagen. Ich will auf die Ausführungen eines Mannes, der gestern hier auf der Tribüne des Parlaments stand und heute noch in den Bänken der Opposition sitzt, nicht eingehen, weil ich dies unter meiner Würde halte. (*Zustimmung links.*) Aber feststellen möchte ich hier in aller Öffentlichkeit, daß sowohl die Forstarbeiter als auch die Arbeiter der anderen öffentlichen Betriebe es auf das entschiedenste ablehnen, hier von einem Menschen vertreten zu werden, der seinerzeit ihr Vertrauen auf das schändlichste mißbraucht hat. (*Beifall links.*)

Ich möchte noch darauf verweisen, hohes Haus, daß sich die Herren im Finanzministerium, als sie sich den Gedanken der Stillstandsregie vorlegten, scheinbar gar nicht im klaren waren, welche wirtschaftlichen Folgen sie damit heraufbeschwören können. Ich habe bereits gesagt, daß 4000 Forstarbeiter brotlos werden würden, die heute in den Bundesforsten beschäftigt sind; aber außerdem haben die Bundesforste im Budget des Jahres 1933 für Holzfuhrwerke einen Betrag von 2 Millionen Schilling eingestellt, und dieser Betrag kommt in erster Linie unseren kleinen Gebirgsbauern zugute, die oft ihren einzigen Verdienst in den Wintermonaten darin finden, mit ihren Pferden oder Ochsen Holzfuhrwerk leisten zu können. Dieser einzige Verdienst würde diesen um ihre Existenz so schwer ringenden Menschen entzogen werden, wenn man jede produktive Arbeit in den Bundesforsten ausschaltet. Ich mache aber noch darauf aufmerksam, daß sich die Herren scheinbar auch nicht im klaren darüber sind, was dann mit den Nutzungsrechten geschieht, die die Bundesforste zu tragen haben. Ja, haben denn die Herren nicht daran gedacht, daß diese Nutzungsrechte auf Holz, Streu und Weide altverbriefte Rechte sind, an denen nicht gerüttelt werden kann? Und in dem Augenblick, wo man eine derartige Maßnahme in den Bundesforsten durchführen würde, wären selbstverständlich alle diese Rechte in Frage gestellt.

Ich gestatte mir, noch auf einen anderen Umstand hinzuweisen, der sicherlich wirtschaftlich von großer Bedeutung ist. Die Bundesforste sind heute noch in der Lage, ihr geschlägertes Holz abzusehen, wenn das auch mit Schwierigkeiten verbunden ist. Aber ich weiß, daß die Bundesforste in der Lage wären, mehr Holz ab-

zusehen, wenn sie die nötigen Kredite vom Finanzministerium bekämen. Würden bei den Bundesforsten die Schlägerungen eingestellt, so würde ihnen der Markt verlorengehen, und eine Wiedergewinnung des Marktes halte ich für vollständig aussichtslos. Ich habe an den Herrn Generaldirektor Freindl im Ausschuß das konkrete Ersuchen gerichtet, als der verantwortliche Verwalter der Bundesforste dem Ausschusse doch mitzuteilen, wie sich die Einführung einer Stillstandsregie bei den Bundesforsten finanziell auf den Bundeshaushalt auswirken würde. Und da haben wir die Antwort bekommen, daß der Bundeshaushalt keinen Vorteil, sondern im Gegenteil einen Nachteil haben würde und daß der Bundeshaushalt mehr als das Defizit von 12 Millionen Schilling, das im Bundesvoranschlag eingelegt ist, tragen müßte. Es müßten vor allem anderen die Pensionslasten von 6 Millionen Schilling, es müßten alle die Nutzungsrechte aufrechterhalten werden, und dabei allein schon würde der Bund ungeheuer draufzahlen. Wir hoffen, daß diese Frage endgültig abgetan ist und nicht mehr auftauchen wird, daß man sich vielmehr im Landwirtschaftsministerium der Mühe unterziehen wird, den Bundesforsten als einem für unsere Volkswirtschaft sehr bedeutungsvollen Unternehmen ein größeres Augenmerk als bisher zuzuwenden, um einerseits den Bestand dieses Nationalvermögens zu gewährleisten, andererseits aber auch die daran hängenden Existenzen — und es sind nicht wenige — zu sichern.

Zum Schlusse meiner Ausführungen möchte ich auf folgendes hinweisen. Herr Präsident Straßner hat im Finanz- und Budgetausschuß die Regierung darauf aufmerksam gemacht, daß sich im Besitze der Bundesforste ein Heilbad befindet, das in einem Zustand ist, von dem man sagen kann, daß es in absehbarer Zeit überhaupt nicht mehr betriebsfähig zu erhalten sein wird. Dieses Bad befindet sich in der Gemeinde Gaisern. Es ist ein Jodschwefelbad. Es ist klar, daß die verantwortlichen Männer der Gemeinde Gaisern sich für diese Sache interessieren, weil sie doch alles tun müssen, was dem Fremdenverkehr in Österreich, aber insbesondere im Salzkammergut, förderlich ist. Die Gemeinde Gaisern hat daher an verschiedene Instanzen und Behörden in dieser Frage eine Eingabe gerichtet, so an das Bundeskanzleramt und an die Ministerien für Land- und Forstwirtschaft, soziale Verwaltung, Handel und Verkehr sowie für Finanzen. Ich bitte den Herrn Bundeskanzler, seine Aufmerksamkeit auf diese Eingabe zu richten. Um aber auch dem hohen Hause ganz kurz die große Bedeutung des Ausbaues dieses Bades vor Augen zu führen, möchte ich einige Sätze aus der Eingabe der Gemeindevertretung verlesen, in welcher es heißt (*liest*): „Das Bad, bereits in der ersten Hälfte der achtziger Jahre erbaut, Mitte der neunziger Jahre durch Zubau erweitert, entspricht heute nicht mehr den Anforderungen. Der bauliche Zustand ist so, daß ein Umbau im Interesse der richtigen

Ausnutzung der heilkräftigen Quelle nicht nur sehr wünschenswert, sondern unbedingt geboten ist. Er befindet sich in einem trassen Mißverhältnisse zu der Bedeutung der Quelle, welche diese an sich trägt, wie auch zu den öffentlichen Bedürfnissen überhaupt. Kann doch die Quelle infolge des ganz mangelhaften Bauzustandes des Bades während der Wintermonate nur in einem ganz unzureichenden Maße ausgenutzt werden, was schon für die hier wohnhafte Bevölkerung einen sehr fühlbaren Nachteil bildet. Und vollends, was den Fremdenverkehr betrifft, auf den die ganze Gemeinde Goisern doch so sehr angewiesen ist, ist das Bad gänzlich unzureichend und läßt alles vermissen, was in baulicher Beziehung geboten wäre. Schon vor Jahren sind Pläne für einen Um- und Vergrößerungsbau entworfen worden, jedoch leider nicht zur Ausführung gelangt. Das Jodschwefelbad bedeutet für den Heilbad- und Luftkurort Goisern eine Lebensfrage. Die stark verminderte Arbeitsgelegenheit, welche durch die Einschränkungen der Salinenbetriebe und des Forstbetriebes, durch das Fühlbarwerden der Arbeitsrationalisierung auf anderen Gebieten sich ergeben hat, läßt den Fremdenverkehr als eine der wichtigsten Einnahmequellen für Goisern erscheinen. Der Ausbau des Jodschwefelbades im notwendigen Maße ist daher nicht bloß ein Wunsch der hiesigen Bevölkerung, sondern eine direkte Notwendigkeit für den Ort."

Hinzufügen möchte ich noch, daß diese Ausführungen nicht nur für den Ort Goisern, sondern das ganze Salzammergut zutreffen.

Ich erlaube mir daher, dem hohen Hause folgenden Antrag zu unterbreiten (*liest*):

„Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft wird aufgefordert, die Verwaltung der Bundesforste zu veranlassen, ehestens einen zweckmäßigen Ausbau der Jodschwefelbadanlage in Goisern vorzunehmen.“

Ich bitte das hohe Haus, diesen Antrag anzunehmen, und ich ersuche den Herrn Bundeskanzler, dieser Frage sein größtes Augenmerk zuzuwenden.

Der genügend unterfertigte Antrag Plasser wird zur Verhandlung gestellt.

Jng. Weigl: Hohes Haus! Obwohl es als eine feststehende Tatsache gilt, daß jede Förderung der Urproduktion auch im Interesse der Gesamtwirtschaft und aller Stände liegt, wird doch immer wieder von einem agrarischen Kurs gesprochen und ihm die Schuld daran beigemessen, daß es anderen Wirtschaftsgruppen schlechter gehe. Dies ist unrichtig. Erstens besteht dieser agrarische Kurs nicht, von dem da gesprochen und geschrieben wird, und zweitens würde sich ein agrarischer Kurs sicherlich nicht schädlich auf die Gesamtwirtschaft auswirken. Im Gegenteil, denn Ge-

werbe, Industrie und Handel sind an der Kaufkraft der Landwirtschaft stark interessiert. Ich glaube nicht, zu weit zu gehen, wenn ich behaupte: die Kaufkraft der Landwirtschaft ist der Lebensnerv der Volkswirtschaft! Die Landwirtschaft wurde früher leider viel zu stiefmütterlich behandelt. Beim Abschluß der Handelsverträge wurde immer nur auf die Industrie Rücksicht genommen und die Landwirtschaft vernachlässigt. Es ist daher nur recht und billig, wenn man endlich daran geht, dieses langjährige Unrecht zu beseitigen.

Mein Kollege Striegnig hat gestern über die Not der Gebirgsbauern gesprochen. Die Lage der Weinbautreibenden ist auch nicht rosig, und ich möchte einige Maßnahmen besprechen, die hier eine Besserung herbeiführen könnten. Wenn auch dem Weinbau Österreichs seit seiner Verstümmelung nicht mehr dieselbe Bedeutung zukommt wie seinerzeit und heute nur noch in vier Ländern: Niederösterreich, Burgenland, Steiermark und Wien, Wein gebaut wird, so ist dieser Zweig der Bodenproduktion dennoch immer noch volkswirtschaftlich sehr wichtig, und zwar nicht wegen der Größe der bebauten Fläche, sondern wegen seiner intensiven Kultur. Die Weinbaukrise ist eine Absatzkrise und eine Preiskrise. Die Absatzkrise wurde durch den Konsumrückgang in breiten Schichten der Bevölkerung, eine Folge ihrer gesunkenen Kaufkraft, hervorgerufen, ferner durch die Abstinenzbewegung, durch die Überproduktion der letzten Jahre und durch verschiedene andere Umstände. Da nun die Preisbildung bekanntlich nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage erfolgt, haben wir derzeit Preise, die die Gestehungskosten nicht annähernd decken. Der Durchschnittspreis ist jetzt etwa 50 g. Damit kann der Weinbauer natürlich nicht sein Auslangen finden, denn gerade der Weinbau erfordert sehr hohe Kulturkosten. Schon die Bekämpfung der verschiedenen Schädlinge und Krankheiten verursacht große Auslagen, dazu kommen die verschiedenen Betriebsauslagen, die große Steuerleistung usw., so daß es leicht erklärlich ist, daß die Weinbautreibenden Österreichs stark verschuldet sind. Man hat im vorigen Jahre geschrieben, eine Refordernte stehe bevor, den Weinbautreibenden gehe es glänzend — man hat aber vergessen, daß sie ihren Wein nicht anbringen, und wenn sie schon etwas verkaufen können, dann zu einem Preise, der nicht einmal die Gestehungskosten deckt. Aber auch Erneuerungen der Weingartenfläche müssen vorgenommen werden. Die Errichtung neuer Anlagen verursacht kolossale Auslagen, die Weinbauer sind gezwungen, Kredite aufzunehmen, und der Zinsfuß für die Landwirtschaft und ebenso auch für den Weinbau ist, worauf schon wiederholt im hohen Hause hingewiesen wurde, unerträglich. Eine weitere Belastung würde zur Katastrophe dieses wichtigen Zweiges der Bodenproduktion führen. Und deshalb hat unter den Weinbautreibenden Österreichs der Plan der Brauindustrie, die Wein-

steuer zu erhöhen, große Beunruhigung und große Erbitterung hervorgerufen. Die Brauindustrie hat der Regierung den Vorschlag gemacht, man solle die Biersteuer herabsetzen und dafür die Weinsteuer hinaufsetzen. Ich möchte aber darauf hinweisen, daß die Besteuerung des Weines heute schon ins Unerträgliche gestiegen ist, daß hier ein Mißverhältnis besteht, das in keinem zweiten Lande aufzuweisen ist. Die Weinsteuer plus Warenumsatzsteuer und Kontrollgebühr beträgt derzeit 40 Prozent vom Produktionspreis. In den Nachbarländern, wie in Ungarn und Jugoslawien, ist man darangegangen, die Weinsteuer herabzusetzen, beziehungsweise zu sistieren. Bei uns will man die Weinsteuer hinaufsetzen. Das ist ein unmöglicher Zustand, und wir müssen daher diesen Plan ganz energigisch zurückweisen.

Ich habe vorhin bereits erwähnt, daß dem Weinbau eine große volkswirtschaftliche Bedeutung zukommt. Im Weinbau Österreichs sind zirka 50.000 Familien beschäftigt, mit rund 200.000 Personen. Dem Weinbau kommt besonders in siedlungspolitischer Hinsicht eine große Bedeutung zu. Das beweist am besten der Umstand, daß jene Gebiete, in denen Weinbau betrieben wird, die dichteste Bevölkerung haben. Warum? Weil, wie ich bereits erwähnt habe, der Weinbau ein sehr intensiver Kulturzweig ist. Ein Joch Ackerbau braucht 70 Arbeitstage, ein Joch Weingarten 300 Arbeitstage. Dadurch ist es erklärlich, daß im Weinbau mehr Personen beschäftigt werden können, als das im Ackerbau der Fall ist. Aber auch das Gewerbe und viele Industriebetriebe, die mit dem Weinbau in wirtschaftlicher Wechselbeziehung stehen, sind an der Aufrechterhaltung des Weinbaues interessiert. Diese Arbeiter müßten entlassen werden, wenn unser Weinbau zusammenbrechen würde. Die verschiedenen Schädlingsbekämpfungsmittel, die wir im Weinbau brauchen, die vielen Gerätschaften und Maschinen, die in der Weinwirtschaft erforderlich sind, werden in Fabriken erzeugt. Wenn der Weinbau eingestellt wird, würde das zur Folge haben, daß tausende und tausende Arbeitslose zu der heutigen Zahl dazukommen.

Aber auch die Waldwirtschaft ist sehr an der Erhaltung des Weinbaues interessiert. Es wurde wiederholt darauf hingewiesen, daß die Not der Gebirgsbauern vor allem darauf zurückzuführen ist, daß sie kein Holz verkaufen können. Die Förderung des Holzexportes wurde daher als eine sehr wichtige Maßnahme mit Recht verlangt. Nun, auch der Inlandmarkt spielt eine große Rolle, und da sind die Weinbautreibenden sehr gute Abnehmer unserer Waldwirtschaft. Ich verweise da auf die Weingartenpfähle. Jährlich brauchen die Weinbautreibenden Österreichs 40 Millionen Rebpfähle. Diese repräsentieren einen Wert von zirka 8 Millionen Schilling. Ferner erinnere ich daran, daß die Weinbautreibenden auch Fässer und verschiedene andere Holzgeräte brauchen, die mindestens einen gleich hohen Betrag kosten. Wir können sagen,

daß es rund 20 Millionen sind, die der Waldwirtschaft jährlich aus dem Weinbau zufließen.

Auch die Staatsfinanzen sind sehr an dem Weinbau interessiert. Ein Joch Acker zum Beispiel in Niederösterreich leistet an Steuern und Umlagen zirka 24 S, ein Joch Weingarten 400 S, das ist fast zwanzigmal mehr. Wenn also die 70.000 Joch Weingärten, die wir in Österreich haben, in Ackerland umgewandelt würden, weil der Weinbau nicht mehr rentabel ist, so würde das für den Staat einen Steuerausfall von rund 25 Millionen Schilling jährlich bedeuten. Das ist eine große Summe, auf die natürlich unser Bund nicht verzichten kann.

Ich kann daher feststellen, daß jeder Rückgang der Weingartenfläche eine Vermehrung der Arbeitslosigkeit bedeuten würde. Er würde ferner eine geringere Einnahme beim Gewerbe und bei jenen Industriebetrieben bedeuten, die vom Weinbau abhängig sind, ferner würden die Steuereingänge vermindert werden, und es würde sich auch die Handelsbilanz verschlechtern, denn es müßte dann, wenn wir im Inland zu wenig produzieren, natürlich um so mehr Wein aus dem Ausland eingeführt werden. Es sind daher sehr wichtige Gründe volks- und staatswirtschaftlicher Natur, die alle maßgebenden Faktoren veranlassen müßten, sich auch um diesen Zweig der Bodenproduktion zu kümmern. Ich muß daher namens der Weinbautreibenden Österreichs diesen Plan der Steuererhöhung ganz entschieden zurückweisen und ersuche die Regierung nachdrücklichst, diesen Plan nicht zu verwirklichen.

In Anbetracht der großen volkswirtschaftlichen Bedeutung dieses Zweiges der Bodenproduktion ist es notwendig, daß wir uns auch mit Maßnahmen beschäftigen, die nicht nur geeignet sind, den Weinbau zu erhalten, sondern ihn auch zu fördern. Wir denken hier in erster Linie an eine Exportförderung. Ich habe bereits im Budgetausschuß einen diesbezüglichen Antrag gestellt, der den Süßweineexport nach Deutschland betrifft, und bitte das hohe Haus, diesen Antrag anzunehmen. Wir stehen derzeit in Verhandlungen über einen neuen Handelsvertrag mit Deutschland, das vor einigen Jahren unseren Süßweineexport gesperrt hat, obwohl über 100 Jahre Süßwein von uns nach Deutschland geliefert wurde. Es waren nicht weingegläiche Motive, sondern Konkurrenzgründe, die diese Einfuhrsperre verursacht haben. Ein Syndikat in Hamburg und Bremen ist nämlich lebhaft daran interessiert, die Süßweine aus Griechenland, Spanien und Portugal einzuführen. Deutschland braucht jährlich zirka 300.000 Hektoliter Dessertweine. Wenn uns Deutschland nur einen Bruchteil davon überließe, so würde das eine starke Entlastung des Inlandmarktes bedeuten und würde wesentlich dazu beitragen, die Krise im österreichischen Weinbau zu mildern. Aber auch die Handelsbilanz würde verbessert werden, wenn es uns gelänge, den Weineexport

nach Deutschland zu heben. Durch eine Belebung des Exports könnten aber auch Hunderte, ja Tausende von Arbeitern in der Weinwirtschaft wieder Beschäftigung finden.

Ich will hier ferner darauf hinweisen, daß wir an einer Besserstellung der Gastgewerbetreibenden sehr interessiert sind. Das Gast- und Schankgewerbe befindet sich heute infolge der hohen Steuern und Abgaben in einer großen Notlage, was eine Drosselung des Weinabsatzes zur weiteren Folge hat. Auch das ist eine der Ursachen der Krise des Weinabsatzes. Die Weinbautreibenden Österreichs haben daher ein Interesse daran, daß den Gastwirten geholfen wird und daß ihnen Steuererleichterungen eingeräumt werden. Ich richte daher an die maßgebenden Faktoren den Appell, besonders bei der Nahrungs- und Genussmittelabgabe eine Erleichterung eintreten zu lassen, um den Weinabsatz wieder zu fördern. Ferner weise ich auf eine in Wien bestehende Einrichtung hin, die sich für die Gastwirte und für den Weinbau sehr schädlich auswirkt, nämlich die „Wöl“, bei der kein Wein ausgeschenkt wird.

Ich habe bereits wiederholt Anträge gestellt, die darauf abzielen, daß wir neue Verwertungsmöglichkeiten ins Auge fassen, so zum Beispiel die Herstellung konservierten und konzentrierten Traubensaftes und Traubenmostes. In dieser Richtung ist eine Abänderung des Weingesetzes erforderlich; ein diesbezüglicher Antrag liegt dem Hause vor. Ich habe bereits früher erwähnt, daß wir auch mit der Abstinenzbewegung rechnen müssen. Tausende von Menschen trinken heute weder Wein noch Bier, sondern alkoholfreie Getränke. Ich habe deshalb schon vor Jahren den Vorschlag gemacht, man soll den Traubensaft konservieren und alkoholfrei machen. Das ist gewiß ein wertvolles und gutes Erfrischungsgetränk für die anderen Getränke, die derzeit eingeführt sind. Auch auf diesem Wege könnte eine Entlastung des Weinmarktes eintreten. Weiters würde durch die Herstellung von konzentriertem Traubenmost die Einfuhr ausländischer Weine für Versuchszwecke entbehrlich werden. In qualitativ minder guten Weinjahren müssen nämlich die sauren Weine verschnitten werden, um sie konsum- und handelsfähig zu machen. Die Einfuhr der dazu notwendigen ausländischen Weine würde durch Herstellung von konzentriertem Traubensaft wegfallen, weil man auf diese Weise die Konsumfähigkeit erreichen könnte. Auch die Tafeltraubenkultur muß gefördert werden. Dies ist aber nur dann möglich, wenn der Zoll für Tafeltrauben etwas erhöht wird, damit die Tafeltraubenkultur bei uns rentabel ist.

Ich habe ja diesbezügliche Anträge gestellt und benutze die Gelegenheit, um das hohe Haus zu bitten, meine Anträge, die schon ziemlich lange vorliegen, ehestens einer Beratung und Beschlußfassung zuzuführen. Ich ersuche auch das hohe Haus, daß mein Antrag, bezüglich der Exportförderung für Süßweine nach Deutsch-

land, Annahme finde. Gleichzeitig richte ich auch an das hohe Haus den Appell, nachdem ja alle Zweige der Landwirtschaft in großer Notlage sind, die agrarpolitischen Maßnahmen nicht nur von der privatwirtschaftlichen, sondern auch von der staats- und volkswirtschaftlichen Seite aus zu betrachten und danach zu handeln, da nur auf diesem Wege eine Gesundung der Gesamtwirtschaft und des Gesamtvolkes möglich ist. (Beifall bei den Parteigenossen.)

Damit ist die Aussprache über den V. Abschnitt beendet.

Es wird in die Verhandlung über den VI. Abschnitt: Kapitel 20, Bundesministerium für Handel und Verkehr, Kapitel 21, Handel, Gewerbe, Industrie, Kapitel 22, Bergwesen, Kapitel 23, Bauten, Kapitel 24, Verkehr (Hohheit), Kapitel 28, Titel 1, Post- und Telegraphenanstalt, Titel 4, Montanbetriebe, Titel 5, Kartographisches Institut, Kapitel 29, Eisenbahnen, eingegangen.

Spezialberichterstatter Schmidt: Hohes Haus! Dem vorliegenden Bericht über Kapitel 20 entnehmen Sie, daß der Finanz- und Budgetausschuß in seinen Sitzungen vom 11., 12. und 13. Jänner das Kapitel „Bundesministerium für Handel und Verkehr“ und „Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung“ in Beratung gezogen hat.

Die Gesamtausgaben dieses Kapitels betragen 6.390.300 S, die Gesamteinnahmen 682.000 S.

Obwohl schon im Bundesfinanzgesetze des vergangenen Jahres wesentliche Kürzungen einzelner Ansätze erfolgt sind, mußten doch in Anbetracht des andauernden Einnahmerückganges weitere Ersparungsmaßnahmen durchgeführt werden. Als wesentlichstes Merkmal dieses Kapitels muß auf die Tatsache verwiesen werden, daß der Personalstand im erwähnten Bundesministerium und in der Generaldirektion für Post- und Telegraphenverwaltung um rund 10 Prozent verringert wurde.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat in seiner Sitzung vom 13. Jänner das Kapitel 20 angenommen und stellt den Antrag (liest):

„Der Nationalrat wolle beschließen:

„Dem Kapitel 20, „Bundesministerium für Handel und Verkehr“, des Bundesvoranschlages für das Jahr 1933 in der Fassung der Regierungsvorlage (B. 439) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.“

Ebenso hat der Finanz- und Budgetausschuß in diesen Sitzungen vom 11., 12. und 13. Jänner auch über das Kapitel 21, welches Handel, Gewerbe und Industrie betrifft, beraten.

Die Gesamtausgaben dieses Kapitels betragen 18.208.500 S, die Gesamteinnahmen 4.466.200 S.

Auch die Ansätze dieses Kapitels weisen aus genau denselben Gründen, wie ich sie vorhin erwähnt habe, wesentliche Kürzungen auf. Dies hat unter anderem bedauerlicherweise zur Folge, daß im Gewerbeförderungsdienste beträchtliche Einschränkungen durchgeführt werden müssen.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat auch dieses Kapitel angenommen und beantragt (*liest*):

„Der Nationalrat wolle beschließen:

„Dem Kapitel 21, „Handel, Gewerbe, Industrie“, des Bundesvoranschlages für das Jahr 1933 in der Fassung der Regierungsvorlage (B. 439) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.“

Spezialberichterstatter **Werner**: Hohes Haus! Der Finanz- und Budgetausschuß verhandelte das Kapitel 22, „Bergwesen“, des Bundesvoranschlages für das Jahr 1933 in seinen Sitzungen vom 11., 12. und 13. Jänner 1933.

Die Ausgaben bei Kapitel 22 sind insgesamt mit 842.600 S, die Einnahmen mit 275.400 S veranschlagt; demnach gegen das Jahr 1932 kleiner um 9800 S, beziehungsweise um 18.500 S.

Die Personalausgaben bei den Bergbehörden sind gegenüber dem Jahre 1932 um 4400 S niedriger veranschlagt.

Die Gesamteinnahmen beim Kapitel „Bergwesen“ sind, wie bereits erwähnt, gegen das Vorjahr um 18.500 S gesunken; von den Mindereingängen entfallen auf den Titel 1 5500 S und auf den Titel 4 15.000 S, während der Titel 2 eine Steigerung von 2000 S aufweist. Diese Mehreinnahme ist wegen der Erhöhung der Unterrichtsgebühren zu erwarten.

Der Finanz- und Budgetausschuß nahm das Kapitel 22, „Bergwesen“, an und beantragt (*liest*):

„Der Nationalrat wolle beschließen:

„Dem Kapitel 22, „Bergwesen“, des Bundesvoranschlages für das Jahr 1933 in der Fassung der Regierungsvorlage (B. 439) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.“

Spezialberichterstatter **Ing. Raab**: Hohes Haus! Der Finanz- und Budgetausschuß verhandelte das Kapitel 23, „Bauten“, des Bundesvoranschlages für das Jahr 1933 in seinen Sitzungen vom 11., 12. und 13. Jänner. Beim Kapitel 23 sind die Bundesaussgaben insgesamt mit 29.066.300 S, die Bundeseinnahmen mit 3.183.100 S veranschlagt.

Die Abg. Thoma und Leskobar stellten einen Antrag über den Ausbau der Gesäusestraße von Liezen bis Hiefslau, dessen zweiter Punkt dann zurückgestellt wurde.

Die zwei vom Ausschuß angenommenen Entschlüsse empfehle ich dem Hause ebenfalls zur Annahme.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat das Kapitel 23, „Bauten“, angenommen und beantragt (*liest*):

„Der Nationalrat wolle beschließen:

„1. Dem Kapitel 23, „Bauten“, des Bundesvoranschlages für das Jahr 1933 in der Fassung der Regierungsvorlage (B. 439) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

2. Die beige druckten Entschlüsse werden angenommen.“

Spezialberichterstatter **Werner**: Hohes Haus! Der Finanz- und Budgetausschuß unterzog das Kapitel 24, „Verkehr (Hohheit)“, des Bundesvoranschlages für das Jahr 1933 in seinen Sitzungen vom 11., 12. und 13. Jänner 1933 der Beratung.

An Ausgaben werden beim Kapitel 24 insgesamt 3.819.500 S, an Einnahmen 31.200 S veranschlagt. Gegen das Nachtragsbudget 1932 sind daher die Ausgaben um 56.200 S gesunken, die Einnahmen hingegen um 2000 S erhöht.

Für die staatliche Fremdenverkehrsförderung konnten nur 45.000 S, somit der gleiche Betrag wie im Nachtragsbudget 1932, veranschlagt werden, wiewohl infolge der außerordentlich schwierigen Verhältnisse, mit denen der österreichische Fremdenverkehr gerade jetzt zu kämpfen hat, eher eine Erhöhung der Mittel gerechtfertigt gewesen wäre.

Die persönlichen Ausgaben beim Titel 2, „Luftfahrtwesen“, die unter § 1, „Bodeneinrichtungen und Flugicherungsdienst“, vorgesehen werden, sind im Hinblick auf den auf das bescheidenste bemessenen Personalstand gleichgeblieben, dagegen haben sich die sachlichen Ausgaben beim vorerwähnten Paragraphen von 432.000 S auf 388.000 S vermindert.

Von dem im § 1 des Titels 3, „Schiffahrt“, vorgesehenen Kreditbetrage von 1.717.500 S entfallen 1.700.000 S auf die Beihilfe für die Erste Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft. Der Subventionsbetrag an diese Gesellschaft, der noch im Bundesfinanzgesetz 1932 mit 3,5 Millionen Schilling eingesetzt war, mußte unter dem Druck der finanziellen Lage des Bundes bereits im Nachtrag zu diesem Bundesfinanzgesetz auf das obige, wesentlich verringerte Ausmaß herabgemindert werden.

Im § 2 des Titels 3 ist unter den persönlichen Ausgaben für die Dienstbezüge des Signalwärterpersonals bei den Strombauleitungen in Mtschach und Grein an der Donau mit 13.500 S vorgesorgt.

Die Kreditvorsorge von 3500 S bei § 3 dient für Herstellungen an den Länden- und Hafeneinrichtungen.

Einnahmen bei Kapitel 24 ergeben sich im unveränderten Ausmaße gegen 1932 beim Titel „Luftfahrtwesen“ und in gesteigerter Höhe beim Titel „Schiffahrt“. Die letzteren Einnahmen betreffen Eich-

gebühren und gegebenenfalls Rückerlässe der vorläufig vom Bunde bestrittenen Kosten der Beseitigung von Schiffsahrtshindernissen.

Die dem Berichte beigedruckten Entschliessungen der Abg. Richter, Janicki, Dr. Eisler und Witternigg und des Abg. Dr. Hampel wurden vom Ausschusse angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat hierauf das Kapitel 24, „Verkehr (Hoheit)“, angenommen und stellt somit den Antrag (*liest*):

„Der Nationalrat wolle beschließen:

„1. Dem Kapitel 24, „Verkehr (Hoheit)“, des Bundesvoranschlages für das Jahr 1933 mit der vom Finanz- und Budgetausschuß bei der Verhandlung des Bundesfinanzgesetzes beschlossenen Änderung (enthalten im Bericht über das Bundesfinanzgesetz, Seite 3) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

2. Die beigedruckten Entschliessungen werden angenommen.“

Diese Entschliessungen lauten (*liest*):

„1. Die Förderung des Touristenverkehrs liegt im besonderen Interesse unseres Alpengebietes.

Der Bundesminister für Handel und Verkehr wird ersucht, der Generaldirektion der Bundesbahnen zu empfehlen, alle bisherigen Begünstigungen, wie Beistellung von Sonderzügen, Ausgabe der Touristenkarten usw., aufrechtzuerhalten.“

„2. Die Bundesregierung wird aufgefordert, den Bemühungen um das österreichische Donauprobem, insbesondere dem Ausbau und der Auswertungsmöglichkeit der Wiener Hafenanlagen, weitestgehende Unterstützung zu widmen, um bei eintretender Besserung im europäischen Wirtschaftsleben den internationalen Donauverkehr und Transithandel im alten und gewohnten Wiener Stapelplatz zu verankern.“

Spezialberichterstatter Heisinger: Hohes Haus! Der Finanz- und Budgetausschuß hat in seinen Sitzungen vom 31. Jänner und 1. Februar das Kapitel 28, Titel 1, „Post- und Telegraphenanstalt“, behandelt. Der gedruckte Bericht über diese Verhandlungen liegt vor.

Im Laufe der Debatte wurden mehrere Entschliessungen und Minderheitsentschliessungen beantragt. Einen Entschliessungsantrag der Abg. Plasser, Janicki, König und Sever, betr. die Anrechnung von Vordienstzeiten zur Erlangung höherer Bezüge, und einen Entschliessungsantrag der Abg. Doppler, Ing. Weigl und Kampitsch empfehle ich, anzunehmen.

Dagegen bitte ich, die zweite Minderheitsentschliessung abzulehnen, nachdem sie auch im Ausschusse nicht die nötige Mehrheit gefunden hat.

Im übrigen beantrage ich namens des Finanz- und Budgetausschusses (*liest*):

„Der Nationalrat wolle beschließen:

„Dem Kapitel 28, Titel 1, „Post- und Telegraphenanstalt“, des Bundesvoranschlages für das Jahr 1933 in der Fassung der Regierungsvorlage (B. 439) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.“

Der Finanzausschuß hat sich in seinen Sitzungen vom 11., 12. und 13. Jänner eingehend mit dem Kapitel „Eisenbahnen“ befaßt. Auch hier liegt der Bericht gedruckt vor, und es erübrigt sich daher, ihn zu verlesen.

Ich stelle namens des Finanz- und Budgetausschusses den Antrag (*liest*):

„Der Nationalrat wolle beschließen:

„Dem Kapitel 29, „Eisenbahnen“, des Bundesvoranschlages für das Jahr 1933 in der Fassung der Regierungsvorlage (B. 439) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.“

Spezialberichterstatter Leskovar: Hohes Haus! Der Finanzausschuß hat das Kapitel 28, Titel 4, „Montanbetriebe“, in seiner Sitzung vom 1. Februar in Verhandlung genommen.

Der Bericht liegt dem hohen Hause ja gedruckt vor, und ich glaube, daß ich die einzelnen Ziffern nicht zu verlesen brauche.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat dem Titel 4 des Kapitels 28 nach kurzer Debatte seine Zustimmung erteilt, und ich stelle namens des Ausschusses den Antrag (*liest*):

„Der Nationalrat wolle beschließen:

„Dem Kapitel 28, Titel 4, „Montanbetriebe“, des Bundesvoranschlages für das Jahr 1933 in der Fassung der Regierungsvorlage (B. 439) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.“

Spezialberichterstatter Kampitsch: Hohes Haus! Der Titel 5, „Kartographisches Institut“, des Kapitels 28 des Bundesvoranschlages für das Jahr 1933 wurde vom Finanz- und Budgetausschuß in der Sitzung vom 1. Februar 1933 in Verhandlung genommen.

Der Geldvoranschlag des Kartographischen Institutes weist kassamäßig Gesamtausgaben von 1.219.200 S aus, von denen auf den Personalaufwand 686.000 S und auf den Sachaufwand 533.200 S entfallen.

Im Vergleiche mit dem Jahre 1932 (Nachtragsbudget) sind die Ausgaben mit einem um 11.800 S geringeren Betrag eingestellt.

Bei den persönlichen Ausgaben besteht ein Mehraufwand von 41.000 S, der — trotz des Abbaues von fünf Angestellten — auf die gesetzlich anfallenden Gehaltsvorrückungen, auf die Erhöhung des Aufwandes für Ruhegenüsse und insbesondere auf die Überstellung von acht bisher aus dem Sachaufwand beschäftigten Eleven und sieben Arbeitern zu Vertragsangestellten zurückzuführen ist.

Die Sachausgaben sind mit einem Minderbetrage von 52.800 S gegenüber 1932 veranschlagt, da ungeachtet der Verteuerung der Betriebsmaterialien Minder ausgaben durch Drosselung allgemeiner Betriebs speisen und durch verminderte Materialabkäufe u. dgl. erwartet werden.

Die Einnahmen beim Kartographischen Institut belaufen sich für 1933 auf 1.354.700 S und sind gegen über dem Nachtragsvoranschlag 1932 um 58.700 S geringer angenommen. Die Einnahmen wurden nach den Gebarungserfolgen im abgelaufenen Verwaltungs jahr und unter Rücksichtnahme auf die wirtschaftliche Depression veranschlagt.

Der kassamäßige Überschuf beträgt für 1933 135.500 S und bleibt sohin gegenüber dem im Nachtragsfinanz geſetze 1932 vorgesehenen Betrag mit 46.900 S zurück.

Der Finanz- und Budgetauschuß nahm hierauf den Titel 5 des Kapitels 28 an und beantragt (liest):

„Der Nationalrat wolle beschließen:

„Dem Kapitel 28, Titel 5, „Kartographisches Institut“, des Bundesvoranschlages für das Jahr 1933 in der Fassung der Regierungsvorlage (B. 439) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.“

Dr. Hampel: Sehr geehrte Damen und Herren! Als ich vor ungefähr einem Jahre namens meines Klubs auf die damalige Wirtschaftssituation zu sprechen kam und hinsichtlich der Wirtschaftssituation in Handel, Gewerbe und Industrie damals vielleicht für viele Zuhörer etwas zu schwarz ausmalte, haben wir wohl alle gewiß nicht gedacht, daß diese Prophezeiungen hinsichtlich der Situation in den heute zur Verhandlung stehenden Wirtschaftszweigen sich so ungeheuer, ja geradezu katastrophal auswirken werden.

Den Kurs, der seit dem Herbst 1931 in der Wirtschaftspolitik Österreichs eingesetzt hat, sehen wir heute in seinen Folgeerscheinungen bei der Industrie in Österreich, wenn wir nur einen kurzen Blick auf die industrielle Kapazität Österreichs werfen, folgendermaßen gekennzeichnet: Während wir noch vor ungefähr vier Jahren in Österreich zirka 8000 Fabriksbetriebe in Tätigkeit hatten, ist diese Zahl im Jahre 1931 auf 7000 und von da an in geradezu beängstigender Form im nächsten Jahre, im Jahre 1932, auf 6000 Betriebe herabgesunken. Diese Ziffern würden natürlich an und für sich nicht alles sagen, man muß damit auch den Rückgang in der Beschäftigtenzahl vergleichen, der natürlich weitaus größer ist; denn die Arbeits losenziffer, die noch im Jahre 1930 in Wien ungefähr 75.000 betragen hat, ist im Jahre 1932 auf 150.000 gestiegen. Einer Abnahme der Zahl der fabriksmäßigen Betriebe um ungefähr 15 Prozent steht also bereits im Jahre 1932 eine Verdoppelung der Arbeitslosen ziffer gegenüber. Was sich in den letzten Monaten in den Fabriksbetrieben abgespielt hat, das ist uns aus der Zahl der Zusammenbrüche, der Ausgleiche und

der Konkurse zu deutlich wahrnehmbar, als daß man darüber noch viele Worte verlieren sollte.

Es ist aber auch interessant, einen Blick auf die Arbeitszeit zu werfen. Während im Jahre 1929 und Anfang 1930 noch 98 Prozent der industriellen Ar beiterſchaft 45 Stunden und darüber arbeiteten, ist diese Zahl im Jahre 1930 auf 90, im Jahre 1931 auf 80 und im Jahre 1932 auf 52 Prozent gesunken. Im Jahre 1929 arbeiteten nur etwa 2 Prozent der gesamten Arbeiterſchaft bis 44 Stunden. Diese Zahl steigt im Jahre 1930 auf 7 Prozent, im Jahre 1931 auf 20 Pro zent und im Jahre 1932 auf 43 Prozent. Eine Gesamt durchschnittsberechnung ergibt für die Industrie in Österreich eine gegenwärtige Arbeitszeit von zirka 42 Stunden, wobei aber einzelne Industriezweige ganz besonders katastrophal betroffen sind. So errechnet sich die Textilindustrie nur noch eine Durchschnitts arbeitszeit von 35 Stunden, die Eisen- und Metall industrie nur noch 42 Stunden, die Papiererzeugung und Papierverarbeitung gleichfalls nur noch 42 Stunden. Wir sehen also in diesen Ziffern den erschreckenden Rückgang der industriellen Kapazität in Österreich.

Wenn wir den Zeitraum von 1929 bis 1932 be trachten, so sehen wir aber auch noch etwas anderes, daß nämlich der Zeitpunkt, in welchem der niedrigste Arbeitslosenstand im Jahr erreicht wird, immer weiter im Kalenderjahr zurückgeht. Wir hatten beispielsweise im Jahre 1928 den niedrigsten Arbeitslosenstand im September, während der Höchststand dieses Jahres in den Jänner fiel, also eine Zeitspanne vom Jänner bis zum September. In den folgenden Jahren ver schiebt sich dann die niedrigste Arbeitslosenziffer, und zwar im Jahre 1929 bereits auf den August, in den Jahren 1930, 1931 und 1932 war die niedrigste Ar beitslosenzahl bereits im Juni erreicht. Das heißt, die Zeit der zunehmenden Beschäftigung wird immer kürzer, die Differenz zwischen dem niedrigsten und dem höchsten Stand der Arbeitslosen ist zusammen gedrängt; der Beschäftigungsstand in den sogenannten Konjunkturmonaten, also im Sommer, erhebt sich immer weniger über den Beschäftigtenstand in den Krisenmonaten, im Winter, bis schließlich zwischen Winter und Sommer in der Arbeitslosenzahl kaum noch eine nennenswerte Differenz besteht.

Was nun Einzelteile unserer Industrie anlangt, so möchte ich mit Rücksicht darauf, daß einige Herren bei den letzten Kapiteln sich mit so besonderer Wärme über die Erfolge des ungarischen Handelsvertrages ausgesprochen haben, nur ein Beispiel aufzeigen, das der Möbeldindustrie. Die Regierung hat wohl in Budapest für die Holzbauern ziemlich bedeutende Erfolge erzielt, indem ganz erhebliche Mengen von Schnittholz nach Ungarn laufen, aber man muß natürlich auch die Rehrseite der Dinge betrachten. Das Holz, das wir da nach Ungarn ausführen dürfen, wird natürlich in einer anderen, leider in veredelter

Form zum größten Teil wieder nach Österreich zurückgeführt, und die Klagen der Möbelindustrie sind in der letzten Zeit so gewaltig, daß man nahezu von einem völligen Zusammenbruch der Möbelindustrie in Österreich sprechen kann. Der Zentralverband der Holzverarbeitenden Gewerbe und sämtliche Tischlerkörperschaften Österreichs haben erst vor kurzem beim Herrn Handelsminister Dr. Jakoncig vorgesprochen und ihm das Jammerbild dieser Industrie vor Augen gehalten. Auch hier sprechen Ziffern eine sehr beredte Sprache. Während in den Jahren 1927 und 1928 die österreichische Möbelindustrie gegenüber einer Einfuhr von 1 Million Schilling eine Ausfuhr im siebenfachen Werte aufweist, haben sich diese Zahlen derart katastrophal verändert, daß bei Ungarn allein gegenüber einer Einfuhr von 6 Waggon im Jahre 1927 nunmehr im Jahre 1932 eine Halbjahreseinfuhr von 44 Waggon festzustellen ist. Für das Jahr 1933 haben bekanntlich die österreichischen Unterhändler in Budapest den Ungarn eine Einfuhr von 66 Prozent des Jahres 1931 zugebilligt. Das sind — ungerechnet in Zimmern — 1800 bis 2000 Zimmer. Der Preis eines solchen ungarischen Zimmers stellt sich ab Bahnstation Wien bereits um einige hundert Schilling billiger als der eines österreichischen Zimmers. Die Ursache dieses billigeren ungarischen Möbelpreises liegt vor allem darin — und es hat dies der „Pester Lloyd“ vom 16. Oktober 1932 auch selbst berichtet —, daß einerseits die Betriebe in Ungarn 70 bis 80 Stunden in der Woche hauptsächlich mit Lehrlingen und Hilfsarbeitern arbeiten, daß der Arbeitslohn bedeutend geringer ist als der österreichische — um zirka 30 Prozent —, daß aber außerdem die ungarische Regierung für die zur Ausfuhr gelangenden Möbel eine Frachtermäßigung von 33 Prozent gibt und ferner die nach dem Kriege neu erstandene Möbelindustrie Ungarns, beispielsweise die Möbelfabrik in Győr, in Raab, mit einer Unterstützung von 500.000 S versorgt. Sie stellt diese Unterstützung in Form eines Darlehens zu 2 Prozent jährlich zur Verfügung. Die Folge der steigenden Ausfuhr aus Ungarn nach Österreich ist, wie schon gesagt, der völlige Zusammenbruch der österreichischen Möbelindustrie, und wir sehen jetzt in den Ziffern, daß die Abnahme der Ausfuhr von Österreich gegenüber dem Jahre 1927 eine Verschlechterung von 63 Prozent aufweist, während die Zunahme der Einfuhr nach Österreich den hohen Prozentsatz von nicht weniger als 433 Prozent beträgt.

Etwas Ähnliches liegt auch in der Gruppe des Kraftfahrwesens vor. Dem hohen Hause ist ja bekannt, daß gerade die Angehörigen der Kraftfahrindustrie in der letzten Zeit sich etwas turbulent gemeldet haben und von der Regierung die Abhilfe vor allem der drückendsten Belastung gefordert haben. Man muß natürlich daran denken, daß in Österreich, das ja ein Land des Fremdenverkehrs sein soll, heute schon pro Kopf und Jahr das Kraftrad mit zirka 1500 S an Steuern und Abgaben

belastet erscheint, daß der Kraftwagen selbst eine Belastungskopfquote von 3000 bis 4000 S jährlich aufweist, und es ist uns ja nur allzu gut bekannt, daß alle Jahre im Herbst und im Jahre 1932 wieder nicht weniger als 30 Prozent sämtlicher Lizenzen zurückgelegt worden sind und daß im Laufe des heurigen Jahres die Katastrophe in der Kraftfahrindustrie noch weit ärger werden dürfte. Die Belastung, die im Jahre 1930 noch 24 Millionen Schilling ausgemacht hat, ist im Jahre 1931 durch die unterdessen erhöhten Steuern auf 64 Millionen gestiegen. Dabei sind hier die allgemeinen Bundes- und Landesabgaben noch nicht inbegriffen. Die Abgaben betreffen ja bekanntlich vor allem den Betriebsstoff. Da nun drei Viertel des Konsums auf das Kraftwagengewerbe entfällt und bei den bekannten Straßenverhältnissen in Österreich wir außer mit einigen guten Bundesstraßen ja gegenüber dem Ausland, insbesondere gegenüber den Weststaaten, mit durchwegs minderwertigen Straßen zu rechnen haben, so ergibt sich eine derartige Belastung, daß nicht mit Unrecht das gesamte Kraftfahrwesen von der Regierung eine Herabsetzung dieser Belastung fordert. Wir haben im Herbst des Jahres 1932 in Betrieb gehabt: 3200 Autobusse, 15.000 Lastwagen, 5280 Kraftdroschken. Die Zahl der in der Kraftfahrindustrie überhaupt Beschäftigten beträgt ungefähr 70.000. Wenn man die Familienmitglieder dieser 70.000 Menschen mit je drei annimmt, wie es allgemein üblich ist, so ergibt sich mit den Familienangehörigen ein Stand von ungefähr 200.000 Menschen, die aber nicht nur der Zahl nach, sondern auch vor allem wegen ihrer Bedeutung für das gesamte Wirtschaftsleben und vor allem für den Fremdenverkehr eine Berücksichtigung schon deshalb verdienen, weil die Lasten, die das Kraftfahrwesen in Österreich zu tragen hat, in keinem anderen Lande Europas auch nur annähernd gleich hoch sind.

Man wird natürlich die Klagen aller dieser Kreise um so mehr verstehen, als kürzlich eine andere Gruppe, und zwar die Lederwarenindustrie, dem Ministerium schwarz auf weiß den Beweis erbringen konnte, daß in dieser Industrie der Export im Jahre 1932 auf 4,8 Millionen Schilling zurückgegangen ist, während er im Jahre vorher noch 14 Millionen und im Jahre 1930 noch 28 Millionen ausgemacht hatte. Die Arbeitslosenziffer in der Ledergalanterie beträgt bei insgesamt 1500 Arbeitern bereits 1400, und es sind eigentlich nur mehr 100 Arbeiter und diese nur in Kurzarbeit in der genannten Industrie beschäftigt.

Ich habe dieser Tage in der „Neuen Freien Presse“ ein Inserat gelesen, das betitelt ist: „Maschineneinkäufer in Österreich.“ In diesem Inserat heißt es (*liest*): „In letzter Zeit erscheinen in Österreich namentlich vom Balkan Maschineneinkäufer, welche bemüht sind, möglichst ganze Anlagen industrieller Betriebe in Österreich aufzukaufen, die stillgelegt worden sind. Unter anderem ist derzeit eine bulgarische Einkaufskommission in Wien in der Richtung tätig, Walzwerkeinrichtungen

für Bulgarien zu beschaffen. Auch für die Türkei werden gebrauchte Maschinen verschiedener Art gesucht."

Es nimmt sich wie ein Hohn auf dieses Inserat aus, wenn gleichzeitig in derselben Nummer davon Mitteilung gemacht wird, wie sich die österreichische Regierung, vor allem das Handelsministerium bemüht, den Export nach Griechenland und der Türkei, also auch nach dem Balkan, zu fördern. Ich habe Gelegenheit gehabt, einen Bekannten von mir zu sprechen, der seit vielen Jahren und Jahrzehnten diesen Export nach Griechenland getätigt hat. Er hat auch wie durch einen glücklichen Zufall vor einigen Wochen einen ziemlich großen Auftrag aus Athen bekommen. Der Auftrag erging in Dollarbezahlung, also ein Geschäft, das der Unternehmer hier in Österreich selbstverständlich sehr gern durchgeführt hätte. Aber es war ihm unmöglich, denn auf Grund unserer Devisenbestimmungen hätte die Bezahlung im sogenannten „Tabakclearing“ zum Kurse von 7-10 S für den Dollar erfolgen sollen. Der genannte österreichische Unternehmer muß aber seine Rohstoffe zu 100 Prozent aus dem Auslande beziehen und muß natürlich für diese Rohstoffe den jetzt scheinbar allgemein anerkannten Satz, ein Agio von 22 Prozent für den Dollar, bezahlen. Der Mann war dieser Tage bei mir und sagte: Das Geschäft steht vor mir, ich kann es aber nicht ausführen, weil die Differenz von 22 Prozent bei Bezahlung des Dollars absolut so groß ist, daß der Gewinn nicht mehr hinreicht, um die Spesen und das Risiko meines Geschäftes zu decken.

Ich meine also, wenn die Regierung schon wirklich die Absicht hat — und ich zweifle nicht daran —, einen solchen Export zu fördern, dann darf sie dies nicht durch schöne Konferenzen tun, sondern dann muß sie dort einsetzen, wo dieser Export von Österreich nach dem Balkan wirklich nötig ist. Sie muß endlich die Währungs-politik in dem Sinne ändern, daß unser Handel und unsere Industrie wirklich in die Lage gesetzt werden, zu exportieren. Vorschläge haben wir ja seit Jahr und Tag überreicht. Wir haben vor allem immer wieder aufgezeigt, wie katastrophal die Auswirkungen der Devisenverordnung gerade auf Industrie und Handel sind. Wir haben leider mit unseren Prophezeiungen nicht nur recht gehabt, sondern unsere Befürchtungen diesbezüglich sind weit übertroffen worden.

Wir sehen heute in der gesamten österreichischen Industrie, die eine Exportindustrie ist, ein Leichenfeld, und es wird die Zeit nicht mehr fern sein, wo auch die letzte Exportfabrik ihre Tore sperren muß. Was dann eintreten wird, kann man sich um so leichter vorstellen, als nicht nur bei der Industrie, sondern auch beim Handel und Gewerbe dieselben katastrophalen Zustände bemerkbar sind.

Gewiß, hohes Haus, das Gewerbe hat zweifellos gegenüber der Industrie eine weitaus größere Widerstandskraft gegen die Auswirkungen der Wirtschaftskrise erwiesen. In der Zeit der Konjunktur, als die Industrie mit Bankkapital förmlich überschwenmt

worden ist, hat man — heute müssen wir sagen, Gott sei Dank — beim Gewerbe noch immer die Taschen sehr zugeknöpft gehabt, und auch berechnigte Gewerbedebite sind in der Zeit der Konjunktur nicht oder nur sehr ungern und zu hohen Konditionen begeben worden. Das ist dem Gewerbe sicherlich zugute gekommen. Denn während gerade die Bankenüberfremdung die Industrie in diese katastrophale Lage versetzt hat, konnte das Gewerbe noch immer notdürftig leben. Es war auch bei der steigenden Arbeitslosigkeit gerade im Gewerbe noch immer eine leise Hoffnung, als durch das persönlich gute Einbernehmen des Gewerbeunternehmers mit seinen Arbeitern diese kritische Situation auch mit finanziellen Lasten seitens der Unternehmer immer wieder, wenn auch nur zum Teil, hinausgeschoben werden konnte.

Der Personalabbau bei der Industrie hat, wie ich vorhin ausführte, schon Ende 1930 50 Prozent überstiegen. Da war es im Gewerbe noch immer nicht katastrophal, da hat das Gewerbe noch immer gemeint, irgendwie aus den allerschwersten Auswirkungen der Krise herauszukommen. Man hätte meinen sollen, daß nunmehr eine weitblickende Regierung in Anerkennung der Verhältnisse beim Gewerbe mit einer großzügigen Gewerbeförderung auch in finanzieller Hinsicht vorgegangen wäre, was ja damals vielleicht um so leichter gewesen wäre, als man zur selben Zeit auch der Landwirtschaft das berühmte Notopfer in der Höhe von zirka 80 bis 90 Millionen Schilling gegeben hat. Vielleicht hätte man mit einem Teil dieses Geldes, von dem wir heute wissen, daß dem kleinen Bauer gar nicht geholfen worden ist, in der Gewerbeförderung Tausende von Existenzen in Österreich schützen können. Aber der Widerstand des Gewerbes ist im letzten Jahre auch erlahmt. Die Arbeitslosenziffer ging, als der Unternehmer seine Gehilfen, seine Mitarbeiter abbauen mußte, auch hier sprunghaft in die Höhe. Wir sehen bei der Industriellen Bezirkskommission bereits im Juni 1932 die Zahl der gewerblichen arbeitslosen Gehilfen von 85.000 — inklusive der industriellen Arbeiter — auf 107.000 anschwellen. Aus den Aufweisen der Industriellen Bezirkskommission ist diese Ziffer im Dezember 1931 bereits mit 126.000 zu sehen. Das Arbeitslosenamt des Wiener Baugewerbes verzeichnet gegenüber einer Arbeitslosenziffer von 8200 im Jahre 1931 im Jahre 1932 eine solche von 13.000 arbeitslosen Bauarbeitern, während bei den metallverarbeitenden Gewerben in Wien allein der Stand der Arbeitslosen 30.000 Personen erreicht hat. Daß sich natürlich durch die Devisenbewirtschaftung auch bei dem Gewerbe, das auf dem Export angewiesen ist, die Verhältnisse ungleich rascher und schlechter entwickelt haben, ist ja bekannt. So hat sich in den textilverarbeitenden Gewerben die Arbeitslosenziffer in einem halben Jahre in Wien von 5800 auf 11.400 erhöht. Das Gold- und Silber Schmiedgewerbe, das ja besonders unter der Ungunst der Verhältnisse zu

leiden hat, hat nur mehr einen Beschäftigtenstand von 20 Prozent gegenüber dem Jahre 1929. Die Holzverarbeitenden Gewerbe weisen überhaupt nur mehr einen Arbeiterstand von zirka 18 Prozent auf, der außerdem noch durchwegs Kurzarbeit verrichten muß. Die Möbeltischler leiden, wie ich ja vorhin bei der Industrie erwähnt habe, unter dem ungarischen Dumping. Das Tapezierergewerbe hat im Jahre 1932 gegenüber 1931 einen Rückgang der Beschäftigtenziffer um nicht weniger als 40 Prozent zu verzeichnen. Und die öffentliche Hand hat, obwohl sie keine Fürsorge für das Gewerbe gezeigt hat, durch die Betätigung in verschiedenen Wirtschaftszweigen auch noch dafür gesorgt, daß nicht nur die unlautere Konkurrenz gewisser Privatunternehmer, sondern auch die der öffentlichen Hand das Ihrige dazu beigetragen hat, dem Gewerbe den Todesstoß zu versetzen.

Dazu kommt die Vermehrung der Kleinbetriebe. Es ist ja menschlich begreiflich, daß sich Arbeitslose — nicht immer die guten und qualifizierten — durch Errichtung von selbstständigen Betrieben einen Erwerb schaffen wollen und sich dann in ihrer Verzweiflung infolge der immer größeren Zahl der Betriebe durch Unterangebote zur Schmutzkonkurrenz verleiten lassen. All das hat natürlich zusammen mit der ständig steigenden Steuerbelastung das Seinige dazu beigetragen, daß heute das Gewerbe nicht mehr nur mit Forderungen kommt, sondern — was eben auch menschlich begreiflich ist — auf die Straße zieht und eine Sprache spricht, die man diesen konservativen Ständen vielleicht vor Jahresfrist noch gar nicht zugetraut hätte. Wenn man sich auf Grund der statistischen Angaben des deutschen Reichsamtes die Steuerbelastung gerade im Gewerbe und bei den Gesellschaften vor Augen hält und hier auf Grund dieser amtlichen Berichte liest, daß in Deutschland, auf den Gewinn berechnet, eine Besteuerung von 65 Prozent besteht, also die höchste Ziffer in ganz Europa, dann aber gleich Österreich, das kleine, schwache Österreich, mit über 63 Prozent kommt, und wenn man sich dann die Steuerskala in den anderen Staaten vor Augen hält — und ich möchte hier nur die großen Staaten anführen —: Frankreich mit 43, Italien mit 29, England mit 9 und schließlich Amerika mit 2-2 Prozent, wenn man sich weiter vor Augen hält, daß die Gesellschaften in Österreich eine Steuerleistung von 60 Prozent, in Frankreich von 46, in England von 15 und in den Vereinigten Staaten von 10 Prozent aufzuweisen haben, dann ist wohl auf Grund amtlicher Zahlen die Tatsache genügend gekennzeichnet, daß in Österreich eine Steuerpolitik getrieben wird, die nicht mehr fragt, woher nehme ich die notwendigen Beträge, um das Budget und all die anderen Erfordernisse in Ordnung zu halten, sondern die ganz einfach mit Größen operiert, die mit den tatsächlichen Ereignissen im Wirtschaftsleben absolut nicht mehr in Übereinstimmung stehen. Und wenn gestern oder vorgestern in einem Wiener Mittagsblatt nunmehr auch die sozialdemokratischen

Kaufleute von Wien ihre Forderungen erhoben haben — diese Forderungen sind mir persönlich sehr bekannt, weil ich sie zum Großteil seit Jahr und Tag auch aufstelle — und wenn sie verlangen, daß insbesondere eine Restriktion auf dem Gebiete der Steuerpolitik erfolgen soll, daß beispielsweise die Erwerbsteuer beseitigt und man langsam zu einer Einheitssteuer für das Gewerbe übergehen solle, dann begrüße ich solche Äußerungen. Aber es geht hier nicht nur um die Bundessteuern. Das Gewerbe ist ja beispielsweise in Wien, wie bekannt, viel mehr durch Landesabgaben belastet, die sich hier als Fürsorgeabgabe, die ja eine Produktionssteuer ist, als Inzeraten- und Ankündigungsabgabe, als Nahrungs- und Genußmittelsteuer, als Luftbarkeitsabgabe und wie sie alle heißen, äußern und die nicht nur reine Abgaben sind, sondern alle zusammentreffen können; und es wird sogar die Steuer von der Steuer wieder eingehoben. Aus all dem ergibt sich ein so katastrophales Bild, daß wir sagen müssen: Wenn es den sozialdemokratischen Kaufleuten gelänge, hier vor allem bei den Gemeinden und Ländern eine Brezche zu schlagen, dann werden wir sicherlich auch dafür sorgen — und wir werden dann vielleicht in diesem Hause die Kraft dazu haben —, daß der Bund endlich an die Vereinigung seiner Steuerfragen gehe. Überall dort, wo die Umsatzbesteuerung besteht, darf bekanntlich keine Steuer abgezogen werden, das heißt: der Wiener Gewerbetreibende muß beispielsweise die Warenumsatzsteuer auch von der Biersteuer bezahlen, er muß die Warenumsatzsteuer auch von der Nahrungs- und Genußmittelabgabe entrichten. Das klingt auf den ersten Blick etwas abnormal, aber es ist so. Und er muß umgekehrt auch die Nahrungs- und Genußmittelabgabe zum Beispiel von der Weinststeuer bezahlen. Er zahlt also eine Steuer auch von der anderen, weil ja ein Abziehen der Steuer nicht erlaubt ist. „Ist's Wahnsinn auch, so hat es doch Methode!“

Eine Milderung dieses Steuerdrucks möchte ich vom Herrn Finanzminister besonders bei den sogenannten Steuerrückständen erbitten. Die Bauern haben sich die Dinge bereits etwas gerichtet. Wenn bei ihnen wegen eines Steuerrückstandes zum Beispiel die Pfändung eines Tieres im Stall vollzogen werden sollte, sind die Bauern zusammengekommen und haben es verhindert, daß sich jemand bereit findet, eine solche Pfändung tatsächlich durchzuführen. Bei den Gewerbetreibenden in den Städten geht das nicht so einfach. Wenn wir vom Herrn Justizminister Doktor Schuschnigg unlängst gehört haben, daß im Jahre 1932 in Wien ungefähr 400.000 Exekutionen durchgeführt worden sind, das heißt also, daß fast jeder zweite oder dritte Wiener einer Exekution unterzogen wurde, dann ist das so entsetzlich, daß wir den Herrn Finanzminister bitten müssen, schon deshalb einzugreifen, weil man meiner Ansicht nach mit solchen Exekutionen vielleicht gar nicht die Interessen des Staatsäckels vertritt, denn meistens geht auch er

dabei leer aus, während die Existenz dieses armen Teufels durch die Pfändung bestimmt für alle Zeiten verwirkt ist.

Ich möchte nun über einen ganz interessanten Fall sprechen, und das ist die in der letzten Zeit plötzlich erfundene Haftung der Gattin eines Gewerbetreibenden für Rückstände an Krankenkassenbeiträgen. Da hat sich vor einigen Wochen etwas abgespielt: Ein Fabrikant in Wien hatte, wie halt fast alle Unternehmer, Rückstände bei der Arbeiterkrankenkasse. Eines schönen Tages kam ein Polizeiorgan zur Frau des Fabrikanten, die seit 1929 von ihm geschieden ist. Diese Frau wurde zur Zahlung der Rückstände in der Höhe von 5000 oder 6000 S belangt. Sie hat sich natürlich geweigert, aber es half ihr nichts, denn man konnte ihr nachweisen, daß ein Gesetz vom 20. Dezember 1928 besteht, welches diese Haftung vorsieht. Das war anscheinend wieder so ein Christkindl für gewisse Unternehmer in Österreich. Im § 38 dieses Gesetzes ist eine Bestimmung, die tatsächlich die Haftung der Frau beinhaltet. Wenn man an die Mehrheit des hohen Hauses die Frage richten würde, ob sie von der ominösen Bestimmung dieses Gesetzes weiß, wenn man also unsere Abgeordneten so auf Ehre und Gewissen danach fragen würde, dann glaube ich, sagen zu dürfen, daß die Mehrheit der Abgeordneten sicherlich nichts von dieser Bestimmung weiß. Diese Bestimmung ist aber nicht so eine einfache gesetzliche Bestimmung, sondern ein schwerwiegender Eingriff in die bürgerliche Rechtsordnung, und was sich heute bei der Krankenkasse abspielt, kann sich, wenn einmal ausgesprochen ist, daß das Vermögen der Ehegattin nicht mehr getrennt zu behandeln ist, heute oder morgen auch wo anders abspielen. Wir werden insbesondere unsere Agrarier auf diese Bestimmung aufmerksam machen müssen, denn gerade die Bauern haben für die bürgerliche Rechtsordnung hinsichtlich des Vermögens der beiden Ehegatten ein ganz besonderes Interesse und Verständnis. Ich bemerke aber, daß im Gesetze wohl diese Bestimmung enthalten ist, eine Begründung aber fehlt. Man verweist dort nur auf das Arbeiterversicherungsgesetz vom 1. April 1927. Das ist falsch. Da sehen wir plötzlich, daß sich dort ein Druckfehler eingeschlichen hat, denn im Arbeiterversicherungsgesetz ist es nicht der zitierte Paragraph, sondern § 212, der wohl auch keine Begründung enthält, der aber auf die Bestimmungen über die Haftung in den einschlägigen tschechoslowakischen Gesetzen hinweist. Und nun kommt etwas sehr Lustiges. Das tschechoslowakische Gesetz, das diese Bestimmung enthält, ist im Motivenbericht nur in tschechischer Sprache in Prag zu haben. Wenn also der österreichische Staatsbürger sich über die Gründe dieser Bestimmung im Arbeiterversicherungsgesetz, das noch gar nicht aktiviert ist, unterrichten will, dann muß er zuerst tschechisch lernen, damit er österreichische Gesetzestexte auch im Motivenbericht verstehen kann.

Nun, diese beiden Frauen — es sind zwei, die eine ist geschieden und unterdessen hat sich ein neuer Fall mit einer Witwe ereignet ... (*Prodinger: Sind das Mitinhaberinnen des Geschäftes?*) Das sind keine Mitinhaberinnen, die haben mit dem Geschäft ihres Mannes überhaupt nichts zu tun. Diese Frauen haben also an das Ministerium für soziale Verwaltung rekuriert, und der Herr Minister Reich hat ihnen recht gegeben. Aber nun kam die Arbeiterkrankenkasse und hat vom Sozialministerium an den Verwaltungsgerichtshof appelliert, und siehe da: auf Grund der immerhin vorhandenen gesetzlichen Bestimmungen hat der Verwaltungsgerichtshof den Bescheid des Sozialministeriums aufgehoben, und diese beiden Frauen müssen nun, obwohl sie weder mit dem Geschäft des Ehegatten etwas zu tun haben noch überhaupt mit dem Ehegatten beisammen sind — weil die eine geschieden und die andere eine Witwe ist —, die rückständigen Krankenkassenbeiträge der Arbeiterkrankenkasse bezahlen, und wenn sie nicht bezahlen können, dann werden sie natürlich in aller österreichischen Form entsprechend gepfändet werden.

Nun ein Wort über die Gewerbeordnung. Das hohe Haus und die Ausschüsse beschäftigen sich seit vielen Wochen mit der Gewerbeordnung, das heißt, die Gewerbetreibenden und die Handeltreibenden Österreichs bilden sich ein, daß ihre schwierige Situation doch einigermaßen durch die von der Regierung in die Gewerbeordnung aufgenommenen Bestimmungen und durch verschiedene Parteienanträge, die da eingebracht wurden, gemildert werden wird. Ich muß ehrlich sagen: ich glaube das nicht. Man wird die wirtschaftliche Situation der Handels- und Gewerbetreibenden mit der Gewerbeordnung bestimmt nicht bessern können. Aber diese Kreise bilden sich das ein, und wir wollen sie bei diesem guten Glauben lassen. In dieser Gewerbeordnung sehe ich jedoch drei, vier Punkte, vor allem den gerade in der jetzigen Krisenzeit geforderten Befähigungsnachweis und den Lokalbedarf, als so eminent wichtig an, daß ich sagen muß: die ganze Gewerbeordnung würde ihren Wert verlieren, wenn man hier wieder vom Befähigungsnachweis abrücken würde. Denn dann bleibt wenig übrig, besonders wenn eine weitere Kardinalforderung, die Gleichstellung der Konsumvereine mit dem legitimen Kaufmann, auch nicht durchgesetzt werden sollte. Wir haben ja seit Jahren, schon als der Herr Dr. Riesenböck Finanzminister in diesem Staate war, immer wieder etwas verlangt, wovon man glauben sollte, daß es selbstverständlich von einer Regierung bewilligt werden müßte, nämlich die steuerliche Gleichstellung der Konsumvereine mit den übrigen Privatgeschäften. Man sollte meinen, daß ein Kaufmann, der einen anderen konkurrenziert, zumindest dieselbe Steuer zahlen muß wie der andere und nicht vom Staate noch eine besondere steuerliche Begünstigung erfährt. Bisher war die Situation so: Draußen auf dem flachen Lande, aber auch in den

Städten waren die Konsumvereine verschiedener Couleur — wir sehen sie nicht nur auf der Linken und auf der Rechten, sondern auch in der Mitte des Hauses politisch vertreten — mit Rücksicht auf die steuerliche Ungleichheit in der Lage, den legitimen Kaufmann einfach niederzuknüppeln. Wenn heute in dieser Krisenzeit der Kaufmann verlangt, daß endlich steuerlich eine Gleichstellung erfolgen soll, dann wäre dies meines Erachtens eine so selbstverständliche Forderung, daß darüber gar nicht gesprochen werden dürfte. Aber wir sehen, daß vor allem die landwirtschaftlichen Genossenschaften für die Erledigung dieser Frage kein Verständnis haben, und wir hören leider in den letzten Tagen auch, daß die übrigen Konsumvereine noch immer nicht die gleiche steuerliche Behandlung wie die legitime Kaufmannschaft in Österreich zu ertragen gewillt sind. Man hat von den Gewerbestörern in der Gewerbeordnung gesprochen, und man will endlich einführen, daß den Gewerbestörern bei wiederholter Übertretung des Gesetzes die Werkzeuge weggenommen werden. Auch da haben wir wiederum einen Einbruch gesehen. Bürgerliche Parteien bringen hier Abänderungsanträge ein, die dahingehen, die Werkzeuge solchen typischen Gewerbestörern, wiederholt abgestraften Gewerbestörern nur dann wegzunehmen, wenn der betreffende Arbeiter diese Werkzeuge nicht zum Antritt eines Dienstpostens benötigt oder wenn solche Werkzeuge im Hause zur Verrichtung häuslicher Arbeiten nicht notwendig sind. Mit anderen Worten: In 100 Prozent der Fälle wird es bei der alten Übung bleiben, und man wird wiederum den Gewerbetreibenden auf diesem Gebiete keine Erleichterung bringen. Ich sage es hier ganz offen: Wenn die Gewerbeordnung ohne Befähigungsnachweis, ohne Lokalbedarf und ohne Gleichstellung der Konsumvereine in steuerlicher Hinsicht auf den Tisch dieses Hauses gelegt werden sollte, dann verzichten wir für unseren Teil auf die Behandlung einer solchen verstrümmelten Gewerbeordnung! *(Zustimmung bei den Parteigenossen.)*

Ein Stand, der nicht nur in der Behandlung durch die Regierung, sondern auch bei der Behandlung der verschiedenen Wirtschaftsobligationen im Staate überhaupt immer zuletzt daran zu kommen gewöhnt ist, ist unser Handelsstand. Wenn ich über diesen Stand einige Worte reden soll, muß ich natürlich vor allem darauf hinweisen, daß es hier insbesondere zwei Gebiete der Zwangswirtschaft sind, die den Handelsstand zum Ruin gebracht haben. Man hat sich ja in der Wirtschaft, die da seit Ende 1931 eingerichtet wurde, zur sogenannten Kontingentspolitik und in Verbindung damit zur Einfuhrverbotspolitik aufgeschwungen. Das Einfuhrverbot hat es wirklich so weit gebracht, daß nicht, wie die Regierung gemeint hat, in den letzten Monaten die Einfuhr unmöglich unnötiger Artikel gedrosselt wurde — man hat da von den Bananen gesprochen; die Bananen mußten so herhalten, um der österreichischen

Bevölkerung aufzuzeigen, wie verrückt und schrecklich doch jeder Import ist, der nach Österreich geht, man hat hier und da auch von Orangen oder Champagner gesprochen, der aus Frankreich kam, der Öffentlichkeit ist das zu verzeihen, aber die Regierung kann davon nicht freigesprochen werden —, sondern daß man mit der Einstellung des Imports auch den Export Österreichs weitaus stärker getroffen hat als den Import, und die Zahlen der Regierung selbst deuten darauf hin, daß in den letzten Monaten der Export Österreichs wieder unverhältnismäßig stärker zurückgegangen ist als der Import. Mit anderen Worten: das System ist falsch. Und wenn man heute so frohlockend ausruft, man habe jetzt mit dem Kontingentsystem Erfolge beim ungarischen Handelsvertrag gehabt, man werde hier mit dem Kontingentsystem so eine neue Ära in der Handelspolitik einrichten, so muß ich folgendes sagen: Was vor drei und vier Jahren noch Geltung gehabt hat, das scheint heute bereits wieder überholt, denn dieses ganze Kontingentsystem mit seinen Einfuhrverboten ist doch nichts anderes als die Stabilisierung des Schrumpfungsprozesses in der Wirtschaft, das heißt die Fixierung des Glendstandpunktes in der österreichischen Wirtschaft. Dieses Kontingentsystem ist nichts anderes als die dauernde Verhinderung der Vergrößerung des Handelsvolumens. Rakete, kalte Ziffern deuten das Debakel an, das unsere Regierung mit dieser Zwangspolitik seit Ende 1931 heraufbeschworen hat; aber es sind nicht allein die Ziffern, sondern auch die Hunderttausende österreichischer kleiner und großer Unternehmer, die täglich davon Zeugnis ablegen, und die Hunderttausende von Arbeitslosen, die heute nicht wissen, wo sie das bißchen Brot hernehmen sollen, zeigen, daß das System falsch ist, daß es bereits 12 Uhr schlägt und die letzte Minute ist, in der eine Änderung dieser gesamten Wirtschafts- und Handelspolitik von der Regierung eingeleitet werden mußte.

In einer solchen Zeit ereignet sich wieder etwas Interessantes: Der Herr Finanzminister verlangt von uns ein kreditwirtschaftliches Ermächtigungsgesetz, das der Finanzverwaltung die Möglichkeit gibt, die Zölle um 22 Prozent zu erhöhen. Warum 22 Prozent? Während der Herr Nationalbankpräsident sich noch vor kurzem krampfhaft bemüht hat, die Fiktion vom alten Wertbestand des österreichischen Schillings aufrechtzuerhalten, haben wir nunmehr vom Herrn Finanzminister endlich das offene Wort gehört, daß der Schilling um 20 Prozent seines Wertes gesunken ist. Das wissen wir, das hat die ganze Welt gewußt, das hat jeder kleine Wirtschaftsmensch draußen auf dem Lande seit vielen Monaten gewußt. Die gesamten österreichischen Zeitungen haben täglich vermerkt: Offiziöser Kurs der Nationalbank soundsso viel, aber wirklicher Kurs in Zürich nur soundsso viel. Die Nationalbank hat sich mit den gegebenen Tatsachen überhaupt nicht einverstanden erklärt, dort hat man

einfach gesagt: Der Schilling hat den alten Kurs. Schluß! Aus! Jeder muß das zur Kenntnis nehmen. Wehe aber, wenn so ein armer Unternehmer zur Nationalbank oder zum Giro- und Kassenverein gekommen ist, der bekanntlich jetzt die Umwechslung versteht, und dort Baluten zu dem von der Nationalbank festgelegten Kurs kaufen wollte. Da hätte er sofort zu hören bekommen: Lieber Freund, das gilt bei uns nicht! Das steht irgendwo in der Zeitung, das erklärt auch die Nationalbank, aber wenn du Schweizer Franken, Dollar oder holländische Gulden haben willst, muß du natürlich brav die 20 oder 22 Prozent Agio bezahlen.

Nunmehr sollen wir also die Zölle erhöhen. Unser Herr Finanzminister ist, glaube ich, nicht nur Finanzminister, sondern in seiner Brust lebt auch noch die alte Seele eines Vertreters der Industrie. Ich weiß, daß unser Finanzminister, den ich persönlich sehr gut kenne, manches, was er als Finanzminister leider zu tun genötigt ist, vom Standpunkt der Industrie und der Wirtschaft in Österreich lieber unterlassen möchte. Aber ich frage mich: Hat die Finanzverwaltung recht, wenn sie glaubt, mit diesen erhöhten Zöllen, mit denen sie die Wirtschaft schädigt — das weiß der Herr Finanzminister —, wenigstens das österreichische Budget besser gestalten zu können? Glaubt der Herr Finanzminister, damit den Staatsfädel auffüllen zu können? Wenn das der Fall wäre, dann müßte man sagen: Die Wirtschaft wird ohnedies planmäßig zugrunde gerichtet, es wird eben noch ein neuer Stein auf sie geschleudert, aber die Finanzverwaltung hat aus diesen Zollerhöhungen gewaltige finanzielle Vorteile. Falsch, meine Herren! Ich kann auch hier wieder mit Ziffern operieren. Der Voranschlag für 1932 sieht in den Zolleinnahmen 350 Millionen Ergebnis vor. Das „Neue Wiener Tagblatt“ hat im Oktober 1932 einen sehr interessanten Bericht gebracht, in dem gemeldet wurde, daß die Zölle bisher einen Eingang von 254 Millionen gehabt haben und daß der Durchschnitt der letzten Monate, die da noch übrigblieben, selbst zum günstigsten Satz des Vorjahres angenommen — was ja unmöglich ist —, einen Ertrag von 78 Millionen, zusammen also um 18.200.000 S weniger ergeben als der Voranschlag des Finanzministers. Das heißt also, die Zölle sind in Österreich bereits so hoch, daß ein Mehrertragnis nicht aufgebracht werden kann. Wir haben es ja bei der Erhöhung der Posttarife gesehen, wo damals der Herr Generalpostdirektor sehr eindringlich vor der Erhöhung der Tarife gewarnt hat; man hat sie gleichwohl beschlossen und hat dann gesehen, wie katastrophal der Einnahmerückgang sich vollzogen hat. Die Valorisierung der Zölle um 22 Prozent wird nicht nur eine schwere Belastung der Industrie darstellen, sie wird auch eine merkliche Verteuerung des ganzen Lebensstandards herbeiführen. Es ist dies eine Maßnahme, die auch schon deshalb abgelehnt werden muß, weil die Staats-

verwaltung aus ihr keinen finanziellen Nutzen haben wird.

Wenn man so über die Zölle spricht, muß man doch die Öffentlichkeit darüber informieren. Die Öffentlichkeit bildet sich zum großen Teil ein, wie der Herr Finanzminister einmal gesagt hat: Mein Gott, die Zölle zahlt doch nicht der Importeur, die zahlt doch das Ausland — warum sollen wir also den Ausländern nicht auch noch diese 22 Prozent wegnehmen? Nun, hohes Haus, bekanntlich muß der Importeur, der österreichische Kaufmann, bereits an der Grenze einen Zoll in der durchschnittlichen Höhe von 40 Prozent der Ware und darüber hinaus auch noch die Warenumsatzsteuer und die Krisensteuer entrichten, was wieder durchschnittlich 10 Prozent ausmacht. Der Kaufmann muß also 50 Prozent der gesamten Ware an die Staatskasse voraus erlegen, und da frage ich mich: Weiß der Kaufmann auch schon, wann er seine Ware verkaufen wird, weiß er vor allem, wann er, wenn er schon die Ware verkauft hat, das Geld für diese Ware erhalten wird? Ich frage mich weiter: Wie wird es dann ausschauen, wenn diese Zölle erhöht werden sollten, im Verhältnis mit den gewissen Nachbarstaaten, mit denen wir Vertragszölle haben? Es gibt ja Staaten, die auch eine Entwertung ihrer heimischen Währung zu verzeichnen haben. Wird es da nicht eine Menge neuer Retorsionsmaßnahmen gegen Österreich geben? Wie wird man es überhaupt ertragen, dem Ausland gegenüber eine Erhöhung der Zölle mündgerecht zu machen, wenn die bevorstehende Weltwirtschaftskonferenz eine allgemeine Herabsetzung der Zölle tatsächlich plant?

Wenn ich ein Wort über die Weltwirtschaftskonferenz sagen soll, dann erinnere ich daran, daß dieses kleine Österreich schon einmal durch unsern unvergeßlichen Dr. Schober in Genf den Vorschlag regionaler Verträge und später den Vorschlag einer Wirtschaftsunion zwischen Österreich und Deutschland gemacht hat — einer Wirtschaftsunion, der alle anderen Staaten Europas hätten beitreten können. Der Vorschlag des Vertreters des kleinen Österreichs ist weit über Europa hinaus als ein Vorschlag gewertet worden, der Beachtung verdiente.

Verehrte Frauen und Herren! Wir haben vielleicht als Österreicher immer noch diesen gewissen Minderwertigkeitsfaktor an uns kleben; wir bilden uns immer ein, daß wir viel zu nichtig sind, als daß wir bei allen diesen Konferenzen auch ein Wort für die Behebung der Wirtschaftskrise dreinzureden haben. Schauen Sie sich einmal bei dieser Weltwirtschaftskonferenz, von der man noch nicht weiß, ob sie im Frühjahr oder im Sommer stattfinden wird, den sogenannten vorbereitenden Ausschuß an! Dieser Ausschuß, der aus Männern der großen Staaten zusammengesetzt ist, scheint bereits vollständig versagt zu haben. Etwas Ähnliches, wie wir es im Jahre 1927 bei der ersten Weltwirtschaftskonferenz gesehen haben, wo man sich mit

bloßen Empfehlungen an die europäischen Staaten begnügt hat, wird das Ergebnis auch der nächsten Weltwirtschaftskonferenz sein, wenn nicht gerade die kleinen Staaten, wenn nicht gerade die Völker, um deren Existenz es geht, sich endlich aufschwingen und auch den großen Völkern Anträge unterbreiten, über die man vielleicht nicht wie im Jahre 1927 wird achtlos hinweggehen können. Als Beweis dafür sage ich folgendes: Das Jahr 1927 hat bei der Weltwirtschaftskonferenz sehr schwache Völker gesehen, aber auch noch Völker und Staaten, denen es wirtschaftlich verhältnismäßig gut gegangen ist. Das Jahr 1933 aber sieht die Wirtschaftskatastrophe bei allen Völkern, und ich meine, daß gerade diese Wirtschaftskonferenz endlich doch einmal an die Beseitigung der Hemmnisse wird schreiten müssen, die den Weltwirtschaftsverkehr und damit auch den Wirtschaftsverkehr der kleinen Nationen bedrücken.

Wir haben nun für diese Weltwirtschaftskonferenz einen ganz prominenten Vertreter erwählt: unser früherer Gesandter in Berlin Riedl wird sicherlich in der Lage sein, wenn Regierung und Parlament sich hier einen zielbewußten Weg vorschreiben, diesen Weg zu gehen, und der Mann, der eine jahrzehntelange Erfahrung im Wirtschaftsleben aufzuweisen hat, wird vielleicht bei dieser Weltwirtschaftskonferenz zumindest die Gedanken und die Wege aufzeigen können, zu denen man umkehren muß, wenn man eine Gesundung der Wirtschaft nicht nur in den kleinen Staaten, sondern in sämtlichen Staaten Europas wird herbeiführen wollen.

Ich hätte natürlich noch sehr vieles zu sagen. Wir hätten über die Kontingentverträge zu sprechen, wir hätten über die Arbeitsbeschaffungsprogramme zu reden, die heute in der Luft wirbeln. Unlängst hat die Industrie ein Arbeitsbeschaffungsprogramm vorgelegt, der Handelsminister hat auch ein solches Programm, kurz alle möglichen öffentlichen und privaten Stellen arbeiten jetzt mit solchen Programmen — sehr begreiflich, da ja die Not der Zeit nach dem Wiederaufbau des Wirtschaftslebens schreit.

Aber ein Wort möchte ich noch sagen, bevor ich zum Schluß schreite. Wenn wir Arbeitsbeschaffungsprogramme in die Tat umsetzen wollen, dann müßte man sich auch mit einem Programm beschäftigen, das bereits im Hause eingebracht ist, mit dem sogenannten Siedlungsprogramm. Unser Siedlungsprogramm müßte aber ganz anders aussehen als das, das die Regierung auf diesen Tisch gelegt hat und das einseitig landwirtschaftliche Siedlungen begünstigt. Ich bin natürlich gar nicht dagegen, daß man Bauern neu ansiedelt, wenn ich auch der Meinung bin, daß man zuerst die Vertreibung der Bauern von ihrer gegenwärtigen Scholle verhüten müßte, was auch eine Art praktischer Siedlungspolitik ist. Aber darüber hinaus schreit ja das Siedlungsprogramm nach einer Betätigung

gerade im Sinne der Stadtrand siedlung, nach einer Siedlung im Sinne einer zusätzlichen oder Erwerbslosen siedlung. Was wir brauchen, ist ja, dem Arbeiter, vor allem dem Kurzarbeiter zugunsten eines andern Erwerbslosen eine zusätzliche Beschäftigung zu geben, das heißt, der Arbeiter, der drei oder vier Tage in der Woche arbeitet, soll den Rest seiner Arbeit zum Aufbau seiner eigenen Scholle verwenden und dadurch ein zusätzliches Einkommen erhalten. Das allein wird unserer Meinung nach instande sein, hier wirkliche Arbeitsbeschaffung zu gewährleisten. Solange das Siedlungsprogramm sich nur auf die einseitige landwirtschaftliche Siedlung beschränkt, solange nicht die Erwerbslosen siedlung und vor allem die Stadtrand siedlung in dieses Programm hineinkommt — wir werden uns darüber ja noch lange bei der Beratung im Ausschuß zu unterhalten haben —, sehen wir dieses Siedlungsprogramm nicht als das an, was es sein soll, als ein wirkliches Arbeitsbeschaffungsprogramm.

Der Herr Minister Thaler hat gestern — das muß ich noch erwähnen — wieder einmal die Herabsetzung des Zinsfußes verlangt. Ich muß demgegenüber doch folgendes sagen: Sämtliche Parteien dieses hohen Hauses sind für eine Herabsetzung des Zinsfußes, die Christlichsozialen, der Heimatblock, die Sozialdemokraten, die Großdeutschen und der Landbund. Ich frage mich nun, wenn wir schon alle das wollen, wenn das gesamte Parlament diese Herabsetzung des Zinsfußes als eine Voraussetzung für einen Aufbau der Wirtschaft ansieht, warum geschieht es dann nicht? Wenn alle Parteien dafür sind, dann hätte es die Regierung doch so spielend leicht, im Einvernehmen mit der Nationalbank den Zinsfuß herabzusetzen. Vielleicht wird uns die Regierung darauf eine Antwort geben können. Ich aber möchte nur, weil diese Forderungen immer wieder in Versammlungen, im Parlament und in der Presse erhoben werden, betonen, daß es keinen Abgeordneten im österreichischen Parlament gibt, der nicht eine Herabsetzung des Zinsfußes wünschen würde.

Diese Gedanken, die ich da aus der Wirtschaft Österreichs entwickelt habe, wären natürlich unvollständig, wenn ich nicht zum Schluß sagen wollte, daß wir letzten Endes, wenn wir auch eine spezifisch österreichische Krise haben, deren Auswirkungen ich mir erlaubt habe etwas zu skizzieren und zu kritisieren, neben dieser spezifisch österreichischen Krise mit ihrer Zwangswirtschaft vom Jahre 1931 natürlich auch unter der Weltwirtschaftskrise leiden, und diese Weltwirtschaftskrise, soweit ihre Auswirkungen bis zu uns reichen, ist ja immer wieder eine Folge jener unseligen Diktate von 1918, die man fälschlich als Friedensverträge bezeichnet und die nicht nur politisch, sondern auch vor allem wirtschaftlich ganz Europa so durcheinandergebracht haben. Wenn dieses Diktat einmal von Deutschland und uns genommen sein wird, wenn es möglich sein wird, mit den sogenannten Siegern wieder einmal

einen echten Vertrag zu schließen — und, wie schon der Ausdruck Vertrag besagt, ist das ja eine gemeinsame Verständigung über alle die großen wirtschaftspolitischen Interessen —, wenn diese Friedensdiktate von Versailles und Saint-Germain einmal wirklichen Friedensverträgen weichen werden, dann werden nach unserer Meinung an der Spitze eines solchen wirklichen Vertrages die Gleichberechtigung und das Selbstbestimmungsrecht auch des deutschen Volkes gesichert sein müssen. Und wenn einmal die anderen Völker so weit gekommen sein werden, wenn endlich nach 14 Jahren seit dem unseligen Zusammenbruch die Welt wieder erkennen wird, daß nicht in der Gewalt, in der brutalen Willkür das Heil liegt und daß in einem wirklichen Völkerfrieden auch das deutsche Volk seinen Platz an der Sonne wieder erobern muß, dann, glaube ich, werden wir aus den wirtschaftlichen Erschwernissen der Gegenwart vielleicht doch einmal das Tor geöffnet sehen, durch das wir in eine bessere wirtschaftliche und damit für unser deutsches Volk auch bessere politische Zukunft werden eingehen können. *(Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen. — Während vorstehender Rede hat Präsident Dr. Ramek den Vorsitz übernommen.)*

Hollersbacher: Hohes Haus! Ich habe mich zum Worte gemeldet, um die hohe Regierung und das hohe Haus auf die Verhältnisse aufmerksam zu machen, die in unseren Gebirgsgegenden, besonders in der Steiermark, bestehen, wo sich ein direkter Notstand zu entwickeln droht. Mit Rücksicht auf die große Wirtschaftskrise wurde im vorigen Jahre in der Absicht, die Ausfuhr eines wichtigen Artikels, nämlich des Holzes, und auch die Ausfuhr anderer Artikel zu fördern, der ungarische Handelsvertrag gekündigt und ein neuer geschaffen, von dem man sich bedeutende Verbesserungen und leichtere Absatzmöglichkeiten erhoffte. Wie steht nun die Sache? Seit Inkrafttreten des neuen ungarischen Handelsvertrages gestalten sich — das weiß ich aus Zeitungsberichten, dann auf Grund einer Reihe von Zuschriften, aber auch auf Grund von Mitteilungen amtlicher Bahnstellen — die Auswirkungen dieses Handelsvertrages gerade in bezug auf den Holzabsatz bis heute noch außerordentlich trostlos. Von einem großen Bahnamt, wo der ganze Teil des Holzes eines bedeutenden steirischen Holzabsatzgebietes durchlaufen muß, habe ich erfahren, daß noch vor zwei Jahren rund 300 Waggon Holz monatlich nach Ungarn gerollt sind, im vorigen Krisenjahr 1932 in der Zeit vom 1. Jänner bis zum 20. Februar 80 Waggon und vom 1. Jänner bis zum 20. Februar 1933, das ist also schon seit dem Inkrafttreten des neuen Handelsvertrages, aber nur mehr 7 Waggon Holz nach Ungarn abgegangen sind.

Eine besonders große Rolle spielt in diesen Gebieten weiter der Viehverkehr. Aber auch die Viehpreise sind in der letzten Zeit durch die zu große Einfuhr von Vieh aus dem Auslande sehr gedrückt. Durch den Rückgang

der Absatzmöglichkeit besonders bei Holz sind Verhältnisse geschaffen worden, die sich in diesen Gebieten nicht nur bei den Bauern außerordentlich drückend und katastrophal auswirken, sondern auch bei den Arbeitern, Frächtern sowie bei den gewerblichen und industriellen Sägebetrieben. Darunter leiden also nicht nur die Bauern,* Arbeiter, Frächter und die Sägeindustrie, sondern im besonderen Maße auch das Gewerbe. Durch den Ausfall der Einnahmen für unser Holz ist in diese Gebirgsgebiete direkte Not eingezogen, die tatsächlich derart groß ist, daß man nicht nur in vielen Häusern von Bauern oder Arbeitern, sondern auch von Gewerbetreibenden, besonders Kleingewerbetreibenden, wie Schmieden, Wagnern, Sattlern, Schneidern und Schustern usw., kaum 5 S finden würde, wenn man auch das ganze Haus durchstöbern würde.

In dieser Not kommen jetzt die Zahlungen an Steuern, die gerade in diesen Gebieten außerordentlich hoch und drückend sind, da bei der herrschenden Arbeitslosigkeit zahlreiche Ausgesteuerte den Gemeinden zugewiesen werden, weil ferner die Gemeinden für die Wege und für die Kosten der Durchzugsstraßen aufkommen müssen; dazu kommt weiter der Zinsendienst für die in den letzten Jahren in den Alpengebieten ganz außerordentlich angewachsene Verschuldung. Die Bezirke der Oststeiermark sind in den letzten sechs Jahren viermal verhaftet worden. Das hat eine kolossale Verschuldung zur Folge gehabt, deren Verzinsung dermalen ganz unmöglich geworden ist. Dazu treten die Forderungen der Versicherungsanstalten und die sonstigen Auslagen, die eben in der Familie gemacht werden müssen. In diesen Gebieten sind derartige Verhältnisse entstanden, daß man die übelsten Folgen befürchten muß. Da muß also geholfen werden. Die Regierung muß alles daransetzen, diesen Gebieten zu helfen, wenn dort nicht Anarchie einreißen soll. Sie haben von den Vorfällen in Vorau gehört. Nicht Zahlungsunwilligkeit der Bevölkerung war die Ursache, daß sie sich ereignet haben, sondern das Geld hat gefehlt, weil keine Absatzmöglichkeiten vorhanden waren. Wenn da nicht Hilfe geschaffen wird, dann werden derartige Vorfälle weiter um sich greifen und sich nicht nur bei Exekutionen von Versicherungsbeträgen, sondern auch von Steuern und Zinsen usw. ereignen. Wie kann da geholfen werden? Da müssen in erster Linie Steuerstundungen und auch Stundungen des Zinsendienstes und anderer Forderungen gewährt werden. Die Exekutionen müssen so lange hinausgeschoben werden, bis die Einnahmemöglichkeiten sich gebessert haben. Vor allem aber müssen Absatzmöglichkeiten geschaffen werden und da insbesondere für das hauptsächlichste Erzeugnis dieser Gebiete, für Holz. Die Hoffnungen, die wir auf den ungarischen Handelsvertrag gesetzt haben, haben sich leider nicht erfüllt, dieser Vertrag hat sich dermalen überhaupt nicht ausgewirkt. Ich möchte daher den folgenden Antrag stellen und ihn dem hohen Hause zur Annahme empfehlen.

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, die ungarische Regierung zu veranlassen, dafür Sorge zu tragen, daß das in dem jüngst abgeschlossenen Handelsvertrag vorgesehene Kontingent an Holz auch tatsächlich abgenommen werde, widrigenfalls an eine Herabsetzung des Ungarn zugestandenen Viehkontingents gedacht werden müßte.“

Es wird weiter alles darangesetzt werden müssen, den hohen Zinsfuß zu ermäßigen. Wenn der hohe Zinsfuß nicht ermäßigt wird, werden im Laufe einiger Jahre viele Existenzen zugrunde gehen.

Weiter bitte ich den Herrn Minister für Handel, Verkehr und Bauten, er möge trachten, daß hinsichtlich der Straßenerhaltung und der Durchzugsstraßen etwas geschieht. Ich stelle mir vor, diese Durchzugsstraßen könnten ebenfalls in das sogenannte Straßenfondsgesetz einbezogen werden.

Schließlich möchte ich noch zu einem Kapitel sprechen, das besonders für die Steiermark von großer Bedeutung ist. Es betrifft das Obst, das ebenso für die Produzenten wie für den Handel wichtig ist.

Wir haben im Vorjahre in Steiermark eine überaus reiche Obsternte gehabt. Eine große Anzahl von Waggons sind heute noch lagernd, eine Menge, die kaum im Inlande wird aufgezehrt werden können. Es ist befremdend, wenn die Bevölkerung hören muß, daß die Ausfuhr nach Deutschland oder nach Polen großen Schwierigkeiten begegnet, befremdend darum, weil gerade diese Staaten kolossale Mengen von Waren zu uns hereinbringen und unsere Handelsbilanz in bezug auf diese Staaten sehr passiv ist.

Zusammenfassend möchte ich sagen: Wir vertrauen auf unsere Regierung. Ich appelliere aber an sie, die vorgeschlagenen Maßnahmen durchzuführen und Abgabemöglichkeiten besonders für diese notleidenden Gebiete zu schaffen. *(Lebhafter Beifall rechts.)*

Der genügend unterzeichnete Antrag Hollersbacher wird zur Verhandlung gestellt.

Frau Freundlich: Hohes Haus! Im allgemeinen wird man die Besetzung eines so wichtigen Ministeriums, wie es das Ministerium für Handel und Verkehr ist, wohl davon abhängig machen, wer der tüchtigste, der fähigste Bewerber ist, um eine Stellung wie die des Handelsministers einnehmen zu können. Wir müssen leider in Österreich feststellen, daß das Handelsministerium jedesmal als Schacheroberjekt zwischen den Parteien benutzt wird, jedesmal das Handelsministerium nicht dem tüchtigsten Bewerber, sondern immer jener kleinen Partei übergeben wird, die man gerade aus den Verhältnissen einer politischen Situation heraus zu kaufen bemüht ist. Und so besteht dann immer für das Handelsministerium die Schwierigkeit, eine schlechte und schwache Position in der Gesamtregierung einzunehmen. Wir haben es schon bei den früheren Koalitionsregierungen immer beklagen müssen, daß der Einfluß des Handelsministeriums und der Einfluß

des Handelsministers gegenüber der Gesamtregierung ein außerordentlich schwacher und zurückgedrängter ist. Wir können aber jetzt in den Blättern, die dem Herrn Minister Jaksch nahestehen, immer wieder lesen, welchen Einfluß die Fünfmännerpartei auf die Entscheidungen der Regierung ausübt, wir können immer wieder lesen, daß sie der Regierung ihren Willen zu dieser oder jener Tat aufzwingt, wir können auch in der Regierungspresse manchmal lesen, daß da Erpressungen stattfinden, die unerträglich sind. Man muß sich aber doch wundern, warum diese Partei diese Forderungen immer nur in Fragen stellt, die mit dem Ressort nicht in Verbindung stehen, „daß ihr Minister verwaltet, sondern daß sie diese Macht, die sie angeblich besitzt, benutzt, um andere Forderungen bei der Regierung durchzusetzen, zum Beispiel noch einen Minister zu bekommen, noch ein Pöstchen für irgend jemanden, der unbedingt untergebracht werden muß, wie der Herr Staatssekretär Jey, noch eine Waffensuche zu ungelegener Zeit und ähnliche Dinge. Das erscheint der Partei des Herrn Ministers wichtiger als die großen Fragen unserer Handelspolitik, als jene drängenden Fragen, die wir heute zu lösen haben, wenn unsere Wirtschaft nicht vollständig zugrunde gehen soll.

Wir alle wissen, der österreichischen Wirtschaft geht es schlecht, und es wäre ganz müßig, wenn ich hier noch darauf verweisen wollte, wie stark die Schrumpfung der Industrie ist und wie der Industriefriedhof ständig wächst. Es wäre ganz müßig, darüber zu sprechen, daß heute auch die gewerblichen Kreise unter der Wirtschaftskrise zu leiden haben; denn jeder, der in Österreich lebt, kann aus den täglichen Erscheinungen, aus der Presse, aus den Versammlungen und Demonstrationen sehen, wie stark das Wirtschaftsthermometer dieses Staates gesunken ist und wie wir tatsächlich immer mehr und mehr zu einem vollständigen wirtschaftlichen Zusammenbruch kommen.

Ich möchte hier aber auch noch feststellen, wenn so viel über den agrarischen Kurs gesprochen wird, wenn von der Industrie und vom Gewerbe immer darüber geklagt wird, ihre Interessen finden in der Wirtschaftspolitik der Regierung keine Vertretung, daß für diese Wirtschaftspolitik der Herr Handelsminister voll verantwortlich ist. Entweder vertrete ich die Interessen, die mir anvertraut sind, entweder habe ich die Kraft, die Forderungen durchzusetzen, zu deren Vertretung ich berufen bin, oder ich habe diese Kraft nicht. Wenn ich die Kraft nicht habe, dann bleibt mir eine einzige Konsequenz: dann muß ich meinen Platz räumen und ihn jenen Männern anvertrauen, die mit größerer Energie, mit größerer Zielklarheit und größerer Konsequenz die Interessen der Industrie, des Gewerbes und der städtischen Bevölkerung zu vertreten imstande sind.

Wir müssen leider aus den Äußerungen des Herrn Ministers und aus den Arbeiten, die nun auf wirt-

schaftspolitischen Gebiete durchgeführt werden, feststellen, daß wir jeden Plan und jedes Ziel vermissen. Man hat manchmal den Eindruck einer sehr umfangreichen „Geschäftshuberei“, man hat den Eindruck, daß unser Herr Handelsminister ein ausgezeichnete Reklamechef wäre. Man kann in den Zeitungen immer wieder lesen: der Herr Handelsminister empfängt, er verhandelt, er proponiert; aber nirgends sehen wir ein praktisches Resultat dieser Wirtschaftspolitik. Wir können zum Beispiel feststellen, unsere Handelspolitik befindet sich in einer Sackgasse, auf keinem Gebiete unserer Handelspolitik geht es vorwärts, im Gegenteil, es geht ständig zurück. Wir können feststellen, das Handelsvolumen ist auf 24,4 Prozent der Menge nach und auf 38 Prozent dem Werte nach zurückgegangen, wir können feststellen, das Handelsvolumen in Österreich geht schneller zurück als in anderen Staaten, die uns benachbart sind. Das sind doch Erscheinungen, die jede Regierung, vor allem jeden Handelsminister, mit einer quälenden Sorge erfüllen müßten. Man kann doch nicht einfach warten, bis die ganze Wirtschaft zusammenbricht.

Da kommen wir immer wieder zu der einen großen Frage: Nach welchen Gesichtspunkten sollen wir unsere Handelspolitik orientieren? Der Herr Handelsminister hat sich auf der einen Seite dagegen ausgesprochen, daß die österreichische Handelspolitik nach Autarkiebestrebungen orientiert werde. Er hat in einem Artikel, den er geschrieben hat, und bei Empfängen, die er gewährt hat, sich gegen die Autarkie, gegen die Einfuhrverbote ausgesprochen. Auf der anderen Seite hat derselbe Herr Minister bei der Kohlenenquete, nachdem das Projekt des Kohlenmonopols gefallen war, erklärt: Wir werden unsere Kohlenwirtschaft dahin orientieren, daß wir Kompensationsgeschäfte durchführen, wir werden also nicht einen freien Verkehr, sondern einen Kompensationsverkehr erhalten. Der Kompensationsverkehr wird automatisch wieder zu Einfuhrbeschränkungen führen.

Wir sehen eine gewisse Zickacklinie in unserer Handelspolitik, und das scheint wohl auch eine der Ursachen zu sein, warum wir handelspolitisch nicht vorwärts kommen. Es ist durchaus nicht empfehlenswert, wenn wir das Beispiel nachahmen, das jetzt Deutschland und andere Staaten geben. Deutschland übertreibt die Autarkiebestrebungen so weit, daß auch in Deutschland das Aktivum der Handelsbilanz von Monat zu Monat sinkt. Wir haben schon ein so starkes Passivum in unserer Handelsbilanz, daß wir uns solche Experimente nicht gestatten können. Wenn wir feststellen, der Anteil der Ausfuhr an der Einfuhr ist in Österreich von 69 auf 56 Prozent gesunken, dann sehen wir, es ist höchste Zeit, daß wir uns handelspolitisch neu orientieren. Wir sehen, daß alle handelspolitischen Verhandlungen stocken. Die Verhandlungen mit Deutschland sind zum Stillstand gekommen, ebenso die Verhandlungen mit Polen und der Tschechoslowakei.

Auf keinem Gebiete sehen wir einen Fortschritt. Es werden hier und da neue Handelsvertragsverhandlungen begonnen, aber immer scheitern diese Verhandlungen in der kürzesten Zeit. Das einzige, was die Regierung bisher zustande gebracht hat, ist der berühmte ungarische Handelsvertrag. Es haben schon meine beiden Vorredner darauf hingewiesen, daß man diesen mit soviel Hosanna begrüßten Handelsvertrag anscheinend sehr weitgehend überschätzt hat. Ich möchte daran erinnern, wir haben schon im Finanzausschuß darauf hingewiesen, daß Österreich zwar die Rindereinfuhr, zu der wir verpflichtet sind, voll tätigen muß, daß die Rinder tatsächlich nach Österreich eingeführt werden; wir sehen aber ungeheure Schwierigkeiten beim Holzexport. Wir konnten in den Zeitungen lesen, daß sich da Kompetenzschwierigkeiten geltend machen. Die Großhändler mit dem Handelsministerium haben einen Kampf gegen die Waldbesitzer und das Bundesministerium für Landwirtschaft geführt, und die Aufteilung der Kontingentlieferungen bereiten nicht nur in Österreich große Schwierigkeiten, sondern auch die Ungarn sind heute nicht imstande, die Kontingente, zu deren Abnahme sie sich verpflichtet haben, zu den Preisen, die sie garantiert haben, in Ungarn unterzubringen, und Ungarn bezieht noch heute Holz von der Tschechoslowakei, von Rumänien und Jugoslawien, weil sich dieses Holz billiger stellt als das österreichische. Wir sehen, der ungarische Handelsvertrag war durchaus nicht der Erfolg, den man uns versprochen hat. Es muß zugegeben werden, daß der Herr Handelsminister nur einen sehr bescheidenen Anteil bei dem Abschluß aller Handelsverträge hat. Denn es wird ja die Handelspolitik nicht mehr vom Handelsministerium geführt, sondern das Bundeskanzleramt und der Herr Vizekanzler Winkler haben heute einen viel entscheidenderen Einfluß auf den Abschluß von Handelsverträgen als das Handelsministerium. Aber trotzdem muß festgestellt werden, daß auch beim Abschluß des ungarischen Handelsvertrages durchaus nicht erreicht wurde, daß die Interessen der Industrie und des Gewerbes geschützt werden konnten.

Es hat der Herr Bundeskanzler vor kurzem im Finanzausschuß selbst zugeben müssen, daß die Kontingentverträge nicht imstande sind, einem großen Teil unserer industriellen und gewerblichen Produktion überhaupt zu dienen. Wir haben damals die Frage an ihn gerichtet, wenn die Kontingentpolitik, diese Handelspolitik, die auf den Ein- und Ausfuhrkontingenten beruht, sich für die Industrie und das Gewerbe nicht als ergiebig erweisen sollte, wenn die ganze Geschmacksindustrie, die Lederindustrie und die Möbelindustrie und viele andere, davon keinen Vorteil haben, warum dann überhaupt die Aufrechterhaltung von Einfuhrverboten und die Kontingentpolitik angestrebt werden. Der Herr Bundeskanzler hat damals gesagt, er werde diese Politik aufrechterhalten, weil sie die Grundlage für neue Handelsverträge bilden soll. Wir

sehen aber, diese Einfuhrverbote bringen uns handelspolitisch keine Vorteile. Wir haben erfahren, Ungarn hat uns angetragen, die Einfuhrverbote beiderseitig aufzuheben. Die österreichische Regierung ist auf diesen Vorschlag nicht eingegangen. Wir sehen, daß die Tschoslowakei im Abbau ihrer Einfuhr- und Devisenbeschränkungen mit Riesenschritten vorwärts geht. In Österreich bleibt alles beim alten. Wir bekommen keine Erleichterung auf handelspolitischem Gebiet. Wir können aber in Österreich nicht leben, keine Klasse kann in Österreich leben, wenn es uns nicht gelingt, unsere großen Industrien wieder anzufurbeln. Alles andere ist Stückwerk, alles andere ist ein ganz überflüssiges Bemühen. Man kann mit einem Siedlungsprogramm kleinen Mengen von Menschen eine neue Existenz schaffen. Sagen wir schon, wir sind imstande, 10.000 Menschen durch die Siedlungsprojekte der Regierung eine neue Existenz zu schaffen. Aber, meine Herren, was sind 10.000 Menschen, wenn wir 400.000 Arbeitslose — die Ausgesteuerten eingerechnet — in Österreich zu verzeichnen haben? Wir können unsere Wirtschaft nur dann wieder zu einem neuen Gedeihen und in eine bessere Situation bringen, wenn es uns gelingt, unserer Exportindustrie die Wege ins Ausland zu eröffnen. Unsere Handelspolitik steht im Mittelpunkt unserer wirtschaftlichen Aufgaben, und es kann nicht genügen, da immer wieder nur einzelnen Sonderwünschen Rechnung zu tragen. Man muß endlich einmal erkennen, daß auch die Landwirtschaft ihre Produkte nicht mehr verkaufen kann, wenn die Industriebevölkerung keine Beschäftigung hat. Warum haben wir denn die Katastrophe auf dem Wiener Milchmarkt? Warum haben wir denn jetzt die Schwierigkeiten mit der Bewirtschaftung der Milch in Österreich? Weil ein großer Teil der Bevölkerung nicht mehr imstande ist, Milch zu kaufen, und weil man auch die Molkereiprodukte nicht mehr abnehmen kann. Ja, wenn das Industrievolk zugrunde geht, dann kann die Landwirtschaft nicht gedeihen, und man muß bei unseren handelspolitischen Aufgaben endlich einmal auch an die Forderungen der Industrie denken und sich darüber klar werden, daß wir mit Einfuhrverboten und mit Kontingenten die österreichische Industrie nicht retten können.

Wir haben in den letzten Monaten immer wieder darauf hingewiesen, wie ungeheuer wichtig die ganze Investitionspolitik des Staates für die Ankurbelung unserer Industrie ist. Wir sehen, daß von 1930 bis 1933 der Rückgang der Investitionen, die durch Staatsmittel damals in die Wege geleitet wurden, fast 300 Millionen beträgt, so daß die österreichische Industrie um 300 Millionen Schilling weniger an Aufträgen vom Staate, von den Bundesbahnen und von der Postverwaltung bekommen wird als im Jahre 1930. Es gibt eben sehr viele Industrien, die die Privatwirtschaft gar nicht in ausreichendem Ausmaße beschäftigen kann. Die Privatwirtschaft kann keine Lokomotiven bestellen, die Privatwirtschaft verwendet elektrotech-

nische Einrichtungen nicht in jenem Maße, wie es nur der Staat und die öffentlichen Körperschaften tun können. Ja, wohin soll diese Schrumpfung unserer Wirtschaft noch führen? Wir haben den Herrn Handelsminister im Finanzausschuß aufgefordert, uns endlich einmal sein Programm für eine großzügige Arbeitsbeschaffung vorzulegen. Wir müssen leider feststellen, daß dieses Programm armselig gewesen ist, ja daß man überhaupt nicht recht wußte, ob man es ein Programm nennen soll. Es war eine Farce, eine Verhöhnung und das in einer Situation, die so katastrophal und schwierig ist wie die Situation, in der wir uns heute wirtschaftspolitisch befinden. Der Herr Minister hat uns angekündigt, es werde ein Straßenbaufonds-gesetz eingebracht werden. Wenn man sich dieses Gesetz ansieht, findet man, daß der Staat 5 Millionen Schilling jährlich für den Straßenbau zur Verfügung stellen will; einige Millionen sollen die Länder aufbringen. Wir alle wissen, ein großer Teil unserer Bundesländer ist bankrott, die Defizite in den Bundesländern sind so groß, daß sie gar nicht mehr imstande sind, ihre eigenen normalen Funktionen aus ihrem eigenen Einkommen durchführen und bewirtschaften zu können. Woher sollen also die Länder die Mittel nehmen, zum Beispiel das Land Niederösterreich? Woher soll ein solches Land, das mit dem ständigen Defizit ringt, die Mittel nehmen, um den Straßenbaufonds zu subventionieren? Man spricht dann immer von den Interessenten; aber wir hören doch, wie die Interessenten heute wirtschaftlich aussehen. Der Herr Abg. Dr. Hampel hat uns ja geschildert, wie die Bankrotte und Insolvenzen zunehmen. Ja, werden Menschen, die selbst kein Geld haben, um ihre Betriebe aufrechtzuerhalten, imstande sein, Mittel aufzubringen, um den Straßenbaufonds zu subventionieren? Der Staat hat selbst seinerzeit 42,767.000 S. ausgegeben, um unsere Straßen herzurichten. In diesem Jahr geben wir nur mehr einen ganz kleinen Betrag aus, nämlich 19,885.000 S. Wir haben kein Geld. Gewiß, aber wenn wir Geld zu vielen anderen Dingen haben, müßte es auch dafür vorhanden sein. Ich möchte nur einmal fragen, was zum Beispiel solche Experimente, wie jetzt die überflüssige Hirtenberger Angelegenheit, die österreichische Wirtschaft kosten. Das hat uns sicherlich handelspolitisch sehr viel geschadet. Wenn man sich einmal fragt, wie viele hunderttausende Schilling der Staat ausgeben muß, wenn er so unvernünftige Dinge, wie Waffenjucken in Arbeiterheimen, durchführt, oder was es manchmal kostet, wenn man Aufmärsche bewachen muß, damit den Aufmarschierenden nichts geschieht, so muß man sagen, da können Sie sehr viel Geldmittel finden, die man wirklich wirtschaftspolitisch günstiger und klüger verwenden könnte. Da haben wir also den großen Vorschlag eines Straßenbaufonds. Wir hören, daß das Gesetz schon fertig war, als der Herr Minister das Ministerium übernahm. Aber es ist ja auch ganz gleichgültig, wer diesen Plan ausgeheckt hat, eine Hebung

unserer Wirtschaft kann man von diesem Gesetze wirklich nicht erwarten.

Der zweite Punkt des Programms ist die Frage der Siedlung, über die ich ja auch schon einiges gesagt habe. Siedeln ist gewiß eine sehr schöne Sache, aber vergessen wir nicht, daß auch das Siedeln Geld kostet. Es genügt ja nicht, wenn man dem Siedler ein Stück Landes übergibt, man muß ihm auch zu Betriebskapital verhelfen. Erkundigen Sie sich einmal beim tschechoslowakischen Bodenanwalt, wie viele Millionen der tschechoslowakische Staat aufwenden mußte, um die verteilten Landgüter nun auch wirklich der Bewirtschaftung und einer rationalen Pflege zuzuführen! Der Siedler braucht Vieh, braucht Maschinen, braucht Investitionskapital. Man kann deshalb nicht erwarten, daß dieses Siedlungsgesetz der Regierung instande sein wird, unsere Wirtschaft anzukurbeln.

Und der dritte Gedanke des Herrn Ministers ist der Gedanke der Miliz. Ja, ich weiß nicht, ob das überhaupt ein wirtschaftspolitischer Gedanke ist, es mag vielleicht ein machtpolitischer Gedanke sein, aber ein wirtschaftspolitischer Gedanke ist er wohl nicht. Man kann sich vielleicht vorstellen, daß man den Arbeitslosen, die man in Milizsoldaten verwandelt, weniger bezahlen kann, als die Arbeitslosenunterstützung ausmacht; man kann sich vielleicht vorstellen, daß durch die Bestellung von Uniformen einiges für die Industrie geleistet werden könnte, aber vergessen wir doch vor allem nicht: wann werden wir diesen Gedanken der Miliz überhaupt verwirklichen können? So stehen die Verhältnisse ja bei der Abrüstungskonferenz in Genf noch lange nicht, daß der französische Vorschlag einer Neuorientierung der Militärsysteme in Mitteleuropa gesiegt hätte. Das sind doch leere Worte! Und das ist doch kein Arbeitsbeschaffungsprogramm, das wird doch der österreichischen Industrie nicht helfen, die Krise zu überwinden, in der wir alle zugrunde zu gehen beginnen.

Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, es ist möglich, die österreichische Wirtschaft anzukurbeln, es ist möglich, Arbeit zu beschaffen. Wir haben erst vor kurzem den Vorschlag gemacht, die innere Anleihe, die aufzunehmen wir das Recht haben, nicht dazu zu verwenden, um die Schulden, die wir für die Creditanstalt bei der Nationalbank machen mußten und die mehr als 500 Millionen Schilling betragen, zurückzahlen, sondern daß wir diese 200 Millionen Schilling, die wir als innere Anleihe aufbringen können, ausschließlich für große staatliche Aufgaben im Interesse unserer Industrie verwenden sollen. Ich möchte darauf hinweisen, daß wir jetzt in der ganzen Welt eine vollständige Umstellung im Verkehrssystem erleben, daß man überall von den schweren Eisenbahnen und Lokomotiven zu den viel leichteren und viel schneller beweglichen Schienenautobussen übergeht, daß man überall die Straßenbahn durch Autobusse ersetzt, daß man überall versucht, Straßen für den Autoverkehr besonders

herzurichten. Ich möchte darauf hinweisen, es wäre dringend notwendig, ein neues Wohnbauprogramm des Bundes auszuarbeiten. Es gibt für die Industrie keine wichtigere Beschäftigung als eine große Zahl von Wohnbauten, denn bei der Errichtung von Wohnbauten werden alle Industrien beschäftigt. Es ist das große Verdienst der Gemeinde Wien, daß sie durch ihr Wohnbauprogramm der Wiener Industrie immer ein so großes Maß an Beschäftigung verschaffen konnte. Da wären Möglichkeiten, die Regierung sieht sie aber nicht. Man hat manchmal das Gefühl: wozu haben wir eigentlich eine Regierung? was tut sie? Regierung, wo bist du? Denn wirtschaftspolitisch haben wir schon lange nicht mehr das Gefühl, daß wir überhaupt regiert werden. Die Wirtschaftspolitik der Regierung besteht darin, daß sie immer wieder konstatiert, die Wirtschaft bricht zusammen und man müsse infolgedessen neue Ersparungsmaßnahmen durchführen. Ich fürchte, es wird uns so ergehen, wie dem Bauern, der seinem Roß das Fressen abgewöhnen wollte. Wie das unvernünftige Tier nur noch ein Bündel Heu täglich zum Fressen gebraucht hat, ist es gestorben. Man nimmt der österreichischen Wirtschaft durch die fortwährenden Sparmaßnahmen die Lebensmöglichkeiten. Eines Tages werden auch wir nicht mehr weiter können. Es ist absolut notwendig, daß die Frage der Arbeitsbeschaffung nicht ein Feld werde, auf dem alle möglichen berufenen und unberufenen Leute sowie eine Schar von Dilettanten sich breitmachen können, sondern die Regierung muß ein wirkliches Arbeitsbeschaffungsprogramm vorlegen, nicht ein Programm, über das man nur lachen kann, weil es keine Wirkung verspricht. Wir brauchen eine wirkliche Beschäftigung unserer Großindustrie. Wenn es gelingt, unsere Großbetriebe wieder lebensfähig zu machen, wenn wir nur einen Teil der Menschen, die jetzt nicht arbeiten, wieder unterbringen können, dann wird auch die Konsumartikelindustrie und auch das Gewerbe wieder Beschäftigung finden. Dies ist der Schlüssel zu unserer Wirtschaft. Wir sind ein Industriestaat, ein Staat, in dem die industrielle Bevölkerung gegenüber allen anderen Bevölkerungsschichten überwiegt, und müssen deshalb die industrielle Bevölkerung wieder beschäftigen. Das ist unsere große Aufgabe. Wenn die Regierung nicht fähig ist, diese große Aufgabe zu lösen, wenn sie handelspolitisch nicht vorwärts kommt, wenn alle Handelsvertragsverhandlungen stocken, wenn wir nicht imstande sind, neue Aufträge an die Industrie zu geben, wenn die Regierung nicht imstande ist, ein Arbeitsbeschaffungsprogramm dem Hause vorzulegen, dann hat die Regierung nur eine einzige Möglichkeit: dann soll sie demissionieren und einer Regierung Platz machen, die die Kraft und das Verständnis, den Willen und den Mut hat, eine wirkliche Neubelebung unserer Wirtschaft durchzuführen! *(Beifall links.)*

Nachdem ich nun über die großen Fragen unserer Wirtschafts- und Handelspolitik gesprochen habe, möchte

ich auch einige Worte zu einer andern Frage sagen, wozu mich die Ausführungen des Herrn Abg. Doktor Hampel zwingen. Der Herr Abg. Dr. Hampel hat von der Verhandlung über die Gewerbeordnung gesprochen. Wir geben ohne weiteres zu, daß wir den Standpunkt des Herrn Abg. Dr. Hampel teilen, die Gewerbeordnung wird nicht imstande sein, das Gewerbe wieder zu beleben. Das Gewerbe braucht Arbeit und nicht Verordnungen. Geseze sind eine sehr nützliche und notwendige Einrichtung, sie können aber nur dann Leben spenden, wenn auch die Wirtschaft imstande ist, zu leben. Es ist ganz ausgeschlossen, daß wir durch eine neue Zünfterei, durch eine Verschärfung der Bestimmungen über den Befähigungsnachweis und ähnliche Dinge unsere Wirtschaft und unser Gewerbe wieder beleben können. Der Herr Abg. Dr. Hampel hat es aber in diesem Zusammenhange auch für notwendig befunden, darauf hinzuweisen, daß mit der Gewerbeordnung auch noch andere Ziele und Zwecke verfolgt werden sollten als nur diejenigen, dem Gewerbe neue rechtliche Einrichtungen zu schaffen. Der Herr Abg. Dr. Hampel hat gesagt: Auf eine Gewerbeordnung, die nicht imstande ist, die Konsumgenossenschaften unter die Gewerbeordnung zu stellen, auf eine solche Gewerbeordnung verzichtet er. *(Zustimmung in der Mitte.)* Ich möchte doch darauf hinweisen, daß diejenigen Leute, die auf die Unterstellung unter die Gewerbeordnung verzichten, nicht nur die Konsumgenossenschaften selbst sind, sondern daß auch die sämtlichen Gremien und Handelsgenossenschaften auf unsere Mitgliedschaft verzichten. Denn die Gewerbeordnung kann ja das Problem der Besteuerung gar nicht lösen, die Gewerbeordnung hat mit der Steuerfrage überhaupt nichts zu tun. *(Zustimmung links.)* Sie kann nur ganz schematisch verfügen, daß die Konsumgenossenschaften der Gewerbeordnung unterstellt werden sollen, das heißt, daß die Konsumgenossenschaften Zwangsglieder der Gremien und der Handelsgenossenschaften werden müssen.

Ich möchte Ihnen nun erzählen, wie es mit einer solchen Zwangsgliedschaft der Konsumgenossenschaften in diesen gewerblichen Zwangsorganisationen beschaffen ist. Eine Konsumgenossenschaft in Steiermark, die in einem Orte liegt, wo sehr viele Sommerfrischler jedes Jahr ihre Wirtschaft führen, hat auf ihre Steuerbegünstigung verzichtet und hat den Verkehr mit jedermann begonnen. Daraufhin wurde ihr von der steirischen Landesregierung der Auftrag erteilt, sie möge Mitglied der Handelskammer und Mitglied des Gremiums der betreffenden Handelsgenossenschaft werden. Das hat die Konsumgenossenschaft getan. Und wie der Vertreter dieser Konsumgenossenschaft zur ersten Versammlung dieses Gremiums gekommen ist, hat man zu ihm gesagt: Ja, was wollen Sie denn da? Um Gottes willen, kommen Sie doch nicht wieder, wir brauchen Sie ja nicht als Mitglied, wir wollen Sie gar nicht als Mitglied haben, Sie werden uns doch nur

Schwierigkeiten machen, Sie werden doch nur unsere Zusammenarbeit stören, Sie werden ja nur die Führer für unsere Opposition stellen, die uns ohnehin Schwierigkeiten macht, wir bitten Sie sehr: kümmern Sie sich doch nicht um uns, wir haben gar kein Interesse daran, daß Sie Mitglied bei unserem Gremium sind! *(Heiterkeit links.)* Meine Herren! Das sind die starken Bedürfnisse, die die Kaufmannschaft hat, die Konsumgenossenschaften als gleichberechtigte Faktoren in ihren Zwangsorganisationen begrüßen zu können!

Die Frage der Besteuerung steht ja gar nicht zur Diskussion. Zur Diskussion steht die Gewerbeordnung, und wir reden im Unterausschuß und bei den Parteiverhandlungen über die Gewerbeordnung. Wenn Sie über die Steuern reden wollen, dann müssen es Steuergeze sein, die dem Hause unterbreitet werden. Da haben wir in aller Offenheit folgendes erklärt: Die Kaufleute zahlen im Höchstfalle, auch der größte Kaufmann, $7\frac{1}{2}$ Prozent Erwerbsteuer. Die Konsumgenossenschaften haben zwar das Recht, sich 1 Prozent ihres Umsatzes von dem Überschuß abzugiehen; ich möchte aber darauf hinweisen, daß wir im alten Österreich das Recht hatten, uns 7 bis 8 Prozent von der Steuerbemessungsgrundlage abzugiehen, also bedeutend mehr, als uns die Reform der Körperschaftssteuer im Jahre 1923 gegeben hat; von dem Rest müssen wir 12 Prozent Steuer bezahlen, demnach um $4\frac{1}{2}$ Prozent mehr als der größte Kaufmann ... *(Werner: Der kaufmännische Betrieb, der eine Aktiengesellschaft oder Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist, muß auch Körperschaftssteuer zahlen!)* Wir sind keine Aktiengesellschaft und sind auch keine Gesellschaft mit beschränkter Haftung. *(Werner: Eine verschleierte Aktiengesellschaft!)* Herr Kollege Werner, ich vermute nicht, daß Sie in das Geheimnis eindringen werden, den Unterschied zwischen einer Genossenschaft und einer Aktiengesellschaft zu verstehen, dazu dürfte Ihr volkswirtschaftliches und Ihr Verständnis für rechtliche Bestimmungen nicht ausreichen. Eine Konsumgenossenschaft und eine landwirtschaftliche Genossenschaft, jede Genossenschaft ist eine Vereinigung von Personen, eine Aktiengesellschaft ist eine Vereinigung von Kapital. Das ist der fundamentale Unterschied zwischen diesen beiden Gruppen wirtschaftlicher Organisation. *(Werner: Warum vereinigen sich die Personen? Um Kapital zu vereinigen!)* Nein, denn das Kapital, das die Personen vereinigen, besteht in einem Genossenschaftsanteil von 10 bis 20 S ... *(Werner: Klein oder groß, es ist dasselbe!)* Nein, 10 oder 20 S sind doch nicht an sich ein Kapital, die Anteile werden nur ein genossenschaftliches Betriebskapital, zur Verfügung gestelltes, Herr Kollege Werner! Aber das verstehen Sie nicht, und ich werde mir nicht die Mühe geben, Ihnen das zu erklären. *(Zwischenrufe links.)* Nein, der Herr Kollege Werner wird nie etwas lernen, davon bin ich überzeugt, der Herr Kollege Werner hat noch nichts gelernt, er ist der Sohn seines Vaters,

und das genügt. Der Herr Kollege Werner hat nicht das geringste Bedürfnis, auf diese tiefen soziologischen und finanzrechtlichen Unterschiede zwischen einer Kapitalsassoziation und einer Vereinigung von Personen einzugehen. (Werner: Danke für das Kompliment!) Sehr gerne geschehen! (Heiterkeit links.) Ich kann Ihnen noch mehrere Komplimente dieser Art machen.

Jedenfalls möchte ich feststellen, daß von der Frage und der Entscheidung, ob die Konsumgenossenschaften der Gewerbeordnung unterstellt werden oder nicht, die Frage, welche Steuern die Konsumgenossenschaften zu zahlen haben, in gar keiner Weise berührt wird, sondern daß die Steuergesetze jetzt überhaupt nicht zur Diskussion stehen.

Ich möchte aber noch folgendes zu der Frage der Gewerbeordnung sagen. Der Herr Minister scheint selber nicht mehr an die Gewerbeordnung und an die Gesetzgebung dieser Gewerbeordnung zu glauben, denn er versendet jetzt einen Gesetzentwurf an die verschiedenen wirtschaftlichen Körperschaften, den er ein „Gesetz zur Förderung des Gewerbes“ nennt. Dieses Gesetz ist nichts anderes als ein Verbot, daß irgend jemand ein gewerbliches Unternehmen errichten darf, ja, man könnte da sagen: Wehe dem, der sich in Österreich wirtschaftlich betätigen will! Wer den Mut hat, in Österreich einen Wirtschaftsbetrieb zu schaffen, der wird mit der Todesstrafe belegt, denn das ist jetzt eines der schwersten Verbrechen, wenn in Österreich jemand den Mut hat, sich wirtschaftlich zu betätigen. Aber in diesem Gesetzentwurf ist als letzte Instanz, die die Zustimmung geben muß, ob jemand einen Gewerbebetrieb eröffnen darf oder nicht, der Herr Minister eingesetzt. Und da wir von allen Interventionen, die in den Zeitungen bekanntgegeben worden sind, wissen, wozu man solche Rechte von Ministern sehr gerne braucht oder mißbraucht, so besteht in einer solchen Bestimmung eine sehr ernste Gefahr. Wenn zuletzt der Herr Minister zu erlauben hat, ob ein Betrieb entsteht, dann wird es so sein, wie beim Kaffeehaus am Stephansplatz, wo alle Interessenten gesagt haben: Der Lokalbedarf ist nicht da, aber wo es durch die Interventionen der Heimwehtrabgeordneten möglich gewesen ist, den Interessenten die Konzession zu verschaffen, und das Kaffeehaus am Stephansplatz wird errichtet. So wird es aussehen, wenn als letzte Instanz der Herr Minister darüber zu entscheiden hat, wer in Österreich einen Gewerbebetrieb einrichten darf und wer nicht. Das sind alles Mäzchen! Wenn Sie glauben, daß Sie mit solchen einschränkenden Bestimmungen, mit einer Verschärfung des Befähigungsnachweises, mit dem Lokalbedarf und ähnlichen Dingen unser Gewerbe vor dem Untergang retten, irren Sie. Das einzige, was Österreich retten kann, ist eine zielbewußte Handelspolitik, das einzige, was uns helfen kann, ist ein großzügiges Programm für die Arbeitsbeschaffung, sind Aufträge an unsere Industrie, damit sie wieder Beschäftigung geben kann, damit sie Arbeiter einzu-

stellen imstande ist, und dann werden alle anderen wirtschaftlichen Kreise der Bevölkerung davon ihren Vorteil haben. Steigende Arbeitslosigkeit zeigt als Fieberthermometer der Zeit an, daß die Wirtschaft zugrunde gehen muß. Wenn wir imstande sind, die Arbeitskräfte wieder in die Industrie einzustellen, wenn wir durch eine großzügige Arbeitsbeschaffung und vor allem durch eine großzügige Handelspolitik, die alle Beschränkungen des Verkehrs so weit aufhebt, als es möglich ist, unsere Wirtschaft wieder beleben, nur dann werden wir davon sprechen können, die österreichische Handelspolitik, die österreichische Wirtschaftspolitik, der österreichischen Wirtschaft hat man genützt und geholfen. (Lebhafter Beifall links.)

Kreuzberger: Hohes Haus! Die kolossale Wirtschaftskrise, von der meine Vorredner bereits gesprochen haben, hat nicht nur unser Land heimgesucht, sondern wir sehen ihre Auswirkungen überall, selbst in Staaten, die als Siegermächte aus dem Weltkrieg hervorgegangen sind, in Staaten, in denen die Industrie viel mehr rationalisiert ist als bei uns und bezüglich der Sozialversicherung so gut wie keine Belastung zu tragen haben. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist zum Beispiel die Erzeugung an Roheisen und Stahl auf 22 Prozent der früheren Kapazität zurückgegangen, bei Automobilen auf 24 Prozent und bei landwirtschaftlichen Maschinen auf 42 Prozent. Schon diese Tatsachen zeigen, daß es nicht die Schuld unserer Regierung ist, wenn sich unsere Handelsbilanz in so ungünstiger Weise entwickelt. Wir sehen, daß auch in Deutschland, dessen Industriefabrikate Weltruf genießen, ein bedeutender Rückgang der Ausfuhr zu verzeichnen ist und daß sich die Handelsbilanz Deutschlands von Monat zu Monat verschlechtert. Der Aktivsaldo ist im Monat Dezember auf 68 und im Monat Jänner auf 23 Millionen gesunken. Auch in der Tschechoslowakei sehen wir, daß die Ausfuhr im Verhältnis zur Einfuhr im Sinken ist.

Wie sehen nun die Verhältnisse bei uns aus? Wir haben im Dezember 1932 eine Einfuhr von 117 Millionen und eine Ausfuhr von 67.2 Millionen gehabt; im Jänner 1933 hatten wir eine Einfuhr von 91.1 und eine Ausfuhr von 47.7 Millionen. Unsere Handelsbilanz weist im letzten Jahre ein Passivum von über 600 Millionen Schilling auf, trotz Devisensperre und trotz Einfuhrverboten. Es ist dies eine Tatsache, die alle Kreise unserer Bevölkerung mit Besorgnis und Unruhe erfüllen muß, weil wir, wenn sich das Verhältnis zwischen Einfuhr und Ausfuhr auch weiterhin so ungünstig entwickelt, wir unbedingt eine Erschöpfung der Kreditfähigkeit unseres Bundesgebietes, einen Bankrott unserer Wirtschaft erleben müssen. So wie jeder Familienerhalter, jeder Geschäftsmann oder Gewerbetreibende, der Jahr für Jahr mehr ausgibt als einnimmt, mit der Zeit sein Ansehen und seine Kreditfähigkeit verliert, so geht es auch in unserem

Bundesgebiet. Infolgedessen genügt es nicht, daß unsere Bundesregierung den besten Willen hat, in dieser Beziehung durch Schaffung von Präferenzverträgen und Steigerung des Fremdenverkehrs eine Besserung herbeizuführen, sondern es muß die gesamte Bevölkerung unseres Bundesgebietes dadurch mithelfen, daß sie in erster Linie bestrebt ist, heimische Produkte zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse heranzuziehen und nicht sie mit ausländischen Produkten zu decken. Dadurch wird es möglich sein, das Handelspassivum entsprechend zu verringern und eine Gesundung unserer Wirtschaft herbeizuführen.

Ich will einige Zahlen anführen, um darzulegen, bezüglich welcher Produkte bei uns die Einfuhr gegenüber der Ausfuhr besonders überwiegt. Wir sehen zum Beispiel, daß wir an lebenden Rindern 12 Millionen mehr einführen als ausführen, an Schweinen 98 Millionen, an Pferden 1·7 Millionen, an Geflügel, lebend, 2·2 Millionen, an frischem Fleisch 13·7, an Eiern 16·8, an Obst 6·7, an Geflügel und Wildbret 13·9 Millionen.

Aus diesen Posten geht hervor, daß für unsere Landwirtschaft hier noch ein großes Betätigungsfeld vorhanden wäre, welches noch nicht ausgeschöpft ist. Wenn unsere Landwirtschaft Futtermittel einführen würde, dann könnten die Produkte, die wir heute aus dem Auslande zur Bedarfsdeckung einzuführen gezwungen sind, in unserem Bundesgebiet erzeugt werden. Damit wäre erreicht, daß wir einen großen Teil heute feiernder Arbeitskräfte beschäftigen könnten, es würde die Konsumkraft unseres Volkes erhöht und gesteigert werden und so ein wesentlicher Punkt der Verminderung von sozialen Abgaben verwirklicht werden.

In Industrieprodukten führen wir speziell viel ein: in Wollwaren 11 Millionen, in Seidenwaren 16, in Seidenge spunsten 7, in Lederwaren und Schuhen 2·7 und in elektrischen Bedarfsartikeln 10·6 Millionen. Wenn wir den gesamten Betrag erfassen würden, welchen wir bei vernünftiger Einstellung an Einfuhrprodukten aus dem Ausland ersparen könnten, so würde sich bei uns eine viel gesündere Wirtschaft herausbilden können.

Wenn wir uns fragen, warum eigentlich die Bevölkerung unseres Bundesgebietes dieser schlechten Handelsbilanz so teilnahmslos, so indifferent gegenübersteht, so müssen wir das darauf zurückführen, daß in unserer Schule die Grundbegriffe von Heimatliebe und Volkstum viel zuwenig erfaßt und gelehrt werden und daß wir in unseren heimischen Bildungsstätten Lehrbücher verwenden, in denen nicht einmal das Wort „Österreich“ vorkommt. Das ist eine Schande, die nicht genug festgenagelt werden kann (*Rufe rechts: Sehr richtig!*), und es ist eine Schande, daß als Präsident an der Spitze des Bundesverlages (*Prodinger: Sie haben es notwendig! Das hat mit der Wirtschaftskrise etwas zu tun?*), wo so etwas möglich ist, gerade einer von den Leuten steht, die sich hier in unserem Parlament vor allem als national führende Deutsche

ausspielen. Wie anders war es zum Beispiel voriges Jahr in England, als es dort zu Schwierigkeiten gekommen ist: Da ist die gesamte Bevölkerung dafür eingetreten, daß in erster Linie nur Produkte des eigenen Gebietes verwendet werden. Bei uns aber müssen wir die Schuld an diesen Verhältnissen dem Umstande zuschreiben, daß die Grundbegriffe von Heimatliebe und Volkstum in unseren Schulen viel zuwenig gewürdigt und gelehrt werden und daß sich dort Elemente betätigen, die unsere Jugend dazu erziehen wollen, ihren Blick immer über die Grenzen hinaus zu richten, nicht aber auf unser Bundesgebiet. Gerade wir Österreicher haben ein Recht darauf, stolz zu sein auf die Kultur, die unsere Vorfahren hier geschaffen haben, auf die Kulturarbeit und Leistungen, die sie im Abwehrkampf ... (*Prodinger: Gegen die Türken!*) Sowohl gegen die Türken und Slawen vollbracht haben.

Ich komme nun zu dem Kapitel Gewerbe und weise darauf hin, daß die Friedhöfe unserer Industrie, die große Zahl der Arbeitslosen, der Rückgang der Steuerkraft unserer Industrie, unseres Gewerbes und unseres Handels, die vielen Ausgleiche und Konkurse, die ungeheure Zahl von Exekutionen eine beredte Sprache führen, in welcher verzweifelter Lage sich der Handels- und Gewerbebestand befindet. Wenn schon der Sprecher der Landwirtschaft auf den unhaltbaren Zinsfuß hingewiesen hat, so müßten wir vom Gewerbebestand betonen, daß der gegenwärtige Zinsfuß für Handel und Gewerbe unerträglich ist und unbedingt gesenkt werden muß. Die Spannung zwischen Anlage- und Leihgeldzinsfuß muß eine entsprechende Ermäßigung erfahren. Wenn es in anderen Staaten möglich ist, den Zinsfuß entsprechend zu senken, so wird dies auch bei uns möglich sein und wir werden alles daran setzen, um auf diesem Gebiete eine Erleichterung für den Handels- und Gewerbebestand herbeizuführen. (*Prodinger: Wir sind da einig! Der christlichsoziale Klub soll das aber dem Herrn Kienböck sagen!*)

Eine unbedingte Lebensfrage für den Gewerbebestand ist es ferner, daß das gewerbliche Kreditwesen eine Förderung erfährt und so dem Gewerbe billigeres Geld zur Verfügung gestellt werden kann. Dringend notwendig ist auch eine Reform des öffentlichen Lieferungs wesens. Auf dem Gebiete der Sozialversicherung müssen unbedingt Reformen getroffen und durch eine Senkung der Kosten der Institutionen eine Anpassung an die Tragfähigkeit unserer Wirtschaft herbeigeführt werden. Es ist ferner ein unhaltbarer Zustand, daß man kleine Gewerbetreibende, wie Friseure, kleine Gastwirte und manche Bureaus, wegen der Zwergmotoren, die sie verwenden, zwangsweise in die Unfallversicherung einbezieht. Für diese Gewerbetreibenden müssen unbedingt Normen geschaffen werden, damit sie nicht ihr gesamtes Personal in der Unfallversicherung versichern müssen.

Die Ersparungen, welche das Budget auf dem Gebiete des Sachaufwandes vorsieht, bedeuten für die

Industrie und das Gewerbe schwere Einbußen, und während sie auf der einen Seite eine Entlastung des Budgets bewirken, wird auf der andern Seite durch die erzwungene Entlassung vieler Arbeitskräfte die Sozialversicherung in ungeheurem Maße in Anspruch genommen und so der für das Budget erzielte Effekt wieder aufgehoben. Ersparungen werden nur auf Grund einer durchgreifenden Verwaltungsreform möglich sein, und unsere hohe Beamtenchaft muß endlich einmal einsehen, daß unser Personalstand viel zu hoch ist und unbedingt der derzeitigen Größe unseres Bundesgebietes angepaßt werden muß. Es ist das sicher auch im ureigensten Interesse unserer gesamten Beamtenchaft gelegen.

Wenn ich noch hinzufüge, daß eine Konvertierung unserer Staatsschuld zum Zwecke einer entsprechenden Senkung ihres Zinsfußes ein Gebot der Stunde ist, so will ich in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß die Staaten, die unser Bundesgebiet geschaffen haben, die Verpflichtung haben, uns auch lebensfähig zu erhalten, und infolgedessen darauf eingehen müssen, daß eine Konvertierung vorgenommen wird und daß der Zinsendienst, welcher derzeit $7\frac{1}{4}$ Prozent beträgt, wenigstens auf 4 Prozent heruntergebracht wird. Dadurch würde eine entsprechende Ersparung in unserem Haushalte herbeigeführt werden, die es den Handels- und Gewerbetreibenden sowie der gesamten Bevölkerung erleichtern würde, ihre Verpflichtungen zu erfüllen. Auf alle Fälle muß aber festgestellt werden, daß die Steuerleistung derart hoch ist, daß sie eine weitere Belastung unter keinen Umständen mehr verträgt. Wir haben Vertrauen zur Regierung und glauben daher, daß sie, von ernstem Willen beseelt, imstande sein wird, die Lebensmöglichkeiten der Bevölkerung zu gewährleisten. Wir werden infolgedessen einmütig für das Budget stimmen, bitten aber die Regierung und stellen an sie das Verlangen, der Bevölkerung keinesfalls mehr eine weitere Belastung aufzubürden. *(Beifall rechts.)*

Gbner Anton: Hohes Haus! Die heute schon mehrfach erörterten Verhältnisse in der Holzindustrie Österreichs veranlassen mich, einiges noch dazu zu sagen. Die Holzindustrie ist in den letzten Jahren von einer Krise heimgesucht worden, wie man sie seit Jahrzehnten nicht kannte. Vor ungefähr drei Jahren sind Handelsverträge mit Deutschland, Ungarn, Italien und der Schweiz abgeschlossen worden. Die gegenwärtigen Interessenten, die Wald- und Sägewerksbesitzer sowie die Holzhändler haben ihre Wünsche zum Ausdruck gebracht, den gegenseitigen Konkurrenzkampf aufgenommen und dadurch den auswärtigen vertragsschließenden Mächten die Gelegenheit geboten, Verträge zuungunsten der österreichischen Holzindustrie abzuschließen. Als der vorige Handelsvertrag mit Deutschland abgeschlossen war, haben die deutschen Vertragspartner den Wunsch ausgesprochen, die Rund-

holzausfuhr aus Österreich zu begünstigen, dafür aber die Schnittholzausfuhr so wie bisher mit einem Zoll zu belasten. Die Großgrundbesitzer, die großen Forstbesitzer, die Domänenverwaltung und auch der Einfluß des Ministeriums für die Forstwirtschaft haben dazu geführt, daß tatsächlich die Rundholzausfuhr begünstigt und die Schnittholzausfuhr wesentlich beeinträchtigt wurde. Namhafte Vertreter der Holzindustrie haben an die Folgen, die daraus entstehen können, erinnert. Selbst Mandatäre der christlichsozialen Regierungspartei haben darauf aufmerksam gemacht, daß es, wenn der Vertrag in dieser Form abgeschlossen wird, nur ganz kurze Zeit dauern wird, bis die Sägeindustrie Österreichs vollständig geschlagen und die Holzindustrie in Österreich kein Faktor in der Volkswirtschaft mehr sein wird. Man hat damals darauf verwiesen, daß naturgemäß alle Staaten, die von Österreich Rundholz beziehen, sich darauf einrichten werden, selbst Sägewerke auf ihrem Gebiete entstehen zu lassen, soweit solche nicht schon vorhanden sind, und die Aufträge ihren eigenen Werken zukommen zu lassen. Es ist eine Tatsache, daß seit dem Vertragsabschluß an der italienischen, schweizerischen und deutschen Grenze neue moderne Sägewerke gebaut wurden, die heute eine mächtige Konkurrenz für die österreichische Holzindustrie und die österreichischen Sägewerke darstellen. Während im Jahre 1928 noch Schnitthware im Werte von 218 Millionen Schilling nach Deutschland ausgeführt wurde, beträgt der Wert der heutigen Warenausfuhr nicht einmal mehr 70 Millionen. Die ganze Sägeindustrie Österreichs ist zum Stillstand gekommen, von den Werken, die im Jahre 1928 noch Vollbetrieb hatten, arbeiten heute kaum noch 30 Prozent. Der Großgrundbesitz, der Forstbesitz und die österreichische Domänenverwaltung waren der Ansicht, daß durch die Begünstigung der Rundholzausfuhr das Rundholz im Preise steigen werde, und die verschiedenen Interessenten haben auch unseren Bauern, die über geringeren Waldbesitz verfügen, erklärt, daß dann das Blockholz im Preise steigen wird. Inzwischen aber haben wir sowohl von dem Abg. Hollersbacher wie schon früher im Ausschuß von dem Abg. Paulitsch die berechtigte Klage gehört, daß, wo früher die Bauern, die Sägewerksbesitzer und die Arbeiter von der Holzwirtschaft lebten, völliger Stillstand eingetreten ist, daß in allen Gebirgstälern und -gräben der Bauer und der Bauernknecht, der Waldarbeiter und der Gewerbetreibende unter dem Zusammenbruch der österreichischen Holzwirtschaft furchtbar leiden.

Da sollte man nun meinen, daß jetzt die Stimmen, die vor drei, vier und fünf Jahren beim Abschluß der Handelsverträge mit Deutschland, Italien und der Schweiz gewarnt haben, Gehör finden werden. Leider ist das nicht der Fall. Wir konnten in den letzten Wochen in den bürgerlichen Zeitungen lesen und auch aus dem Munde des Vizekanzlers Winkler hören, daß ein sehr günstiger Handelsvertrag mit Ungarn abgeschlossen

wurde, der besonders auf die österreichische Holzwirtschaft Rücksicht nimmt. Ungarn hätte den österreichischen Unterhändlern eine wesentlich größere Schnitwarenausfuhr zugestanden als bisher, in der nächsten Zeit würden 7000 Waggon Schnitware nach Ungarn ausgeführt werden können. Heute sind wohl auch die größten Schwärmer überzeugt, daß von diesen 7000 Waggon nur ein sehr geringer Teil ausgeführt wird und in absehbarer Zeit wird ausgeführt werden können. Alle Tages- und Fachzeitungen, wie der „Österreichische Holzmarkt“, weisen jetzt nach, daß seit dem Abschluß des neuen Handelsvertrages mit Ungarn weit weniger Schnitware dorthin ausgeführt wird als früher. Aus ausländischen Fachzeitungen aber können wir entnehmen, daß, während unsere Unterhändler über den Vertragsabschluß mit Ungarn berieten, Rumänien, ein mächtiger Holzwirtschaftsstaat, in einem Vorvertrage mit Ungarn ein Kontingent von 30.000 Waggon zugesprochen erhielt, das er aber wirklich wird liefern können, während Österreich bis heute nicht einmal 800 Waggon liefern konnte, daß ferner zu der gleichen Zeit ein wenigstens in seiner wirklichen Wirkung wesentlich günstigerer Vertrag mit der Tschechoslowakei von Ungarn abgeschlossen wurde und daß auch mit Jugoslawien Verhandlungen geführt wurden, die für die jugoslawische Holzindustrie wesentlich günstigere Bestimmungen erwarten lassen, als die für den österreichischen Holzexport nach Ungarn sind.

Durch diese unleidlichen Verhältnisse ist es so weit gekommen, daß in der österreichischen Holzwirtschaft, die einmal ein mächtiger Zweig der österreichischen Wirtschaft war, die Arbeiter fast bis zum letzten Mann arbeitslos geworden sind. Während im Jahre 1928 in Österreich 50.000 Forstarbeiter beschäftigt waren, sind gegenwärtig nicht einmal mehr 12.000 Forstarbeiter beschäftigt. (*Rufe links: Hört! Hört!*) In der Sägeindustrie und in der sonstigen Finalindustrie Österreichs sind im Jahre 1928 noch 70.000 Arbeiter beschäftigt worden, gegenwärtig sind es nicht einmal 15.000 Arbeiter und Angestellte. (*Rufe links: Hört! Hört!*) Von 120.000 Arbeitern und Angestellten, die noch im Jahre 1928 in der Holzindustrie beschäftigt waren, sind jetzt nicht einmal mehr 27.000 tätig. (*Rufe links: Hört! Hört!*) Ein katastrophaler Rückgang! Wenn wir heute in unseren Fachzeitungen nachlesen und beobachten, welche furchtbaren katastrophalen Wirkungen — wie wir es vorausgesagt haben — alle diese Vertragsabschlüsse zeitigen würden, so müssen wir konstatieren, daß wir leider recht gehabt haben. Man sollte meinen, daß wenigstens diese furchtbaren Beispiele, die hier aufgezeigt wurden und die ja auch den Regierungsstellen bekannt sind, dazu angetan sein sollten, dafür zu sorgen, daß die nächsten Verträge für die Holzwirtschaft vorteilhafter abgeschlossen werden.

Die österreichische Wirtschaft und im besonderen die österreichische Holzwirtschaft ist ja nicht nur durch die schlechten Vertragsabschlüsse in diese katastrophale

Lage geraten, sondern es haben sich auch die Folgen der Credit-Anstalt auf dem Holzmarkt gezeigt. Die Devisenperre hat dazu beigetragen, daß die Wirtschaft in der Holzindustrie leider noch mehr zurückgegangen ist. Alle Fachmänner sind sich darüber einig, daß, wenn nicht in der nächsten Zeit von seiten der Regierung und der verantwortlichen Stellen alles darangesetzt wird, um wirklich auf diesem Gebiet das zu leisten, was notwendig ist, dann auch die wenigen Sägewerke, die heute noch im Betriebe sind, zum Stillstand kommen werden.

Nur einige Ziffern will ich hier anführen, um dem hohen Hause zu zeigen, wie katastrophal die Holzwirtschaft zurückgegangen ist. Die Holzausfuhr Österreichs betrug noch im Jahre 1928 25·9 Millionen Meterzentner mit einem Werte von 248 Millionen Schilling. Im Jahre 1931 waren es nur mehr 12·2 Millionen Meterzentner im Werte von 101 Millionen Schilling. (*Rufe links: Hört! Hört!*) Also schon ein Rückgang um mehr als 60 Prozent. Im Jahre 1932 betrug die Holzausfuhr aus Österreich nur mehr 8 Millionen Meterzentner — also nicht einmal mehr ein Drittel vom Jahre 1928 — im Werte von 66·6 Millionen Schilling gegenüber 248 Millionen Schilling im Jahre 1928. Dem Werte nach ist die Ausfuhr aus Österreich um 73 Millionen, der Menge nach um 66 Prozent im Rückgang. Der Durchschnittspreis betrug im Jahre 1928 9·6, im Jahre 1931 8·34 und im Jahre 1932 8 S. Nun wird von unseren Gegnern — mit Vorliebe auch seitens der Regierungsvertreter — darauf hingewiesen, daß der österreichischen Volkswirtschaft nicht geholfen werden könne, weil eben Rußland den europäischen Holzmarkt ganz gewaltig überschwemme, so daß der österreichischen Holzwirtschaft nicht mehr geholfen werden könne. Nun, die Ziffern zeigen uns, daß Rußland allerdings in seinem Fünfjahrplan eine ganz kolossale Summe aufgestellt hat, und zwar 81 Millionen Meterzentner im Jahre. Geliefert aber wurden nur 51 Millionen, das sind also von dem im Fünfjahrplan vorgesehenen Quantum nur 62·32 Prozent. Aber auch von dieser kolossalen Summe, die hier aufscheint, ist auf dem Weltmarkt die russische Holzausfuhr nur in einem geringen Ausmaß in Geltung getreten, weil die ganze Ausfuhr aus Rußland nur 2·5 Prozent beträgt.

Die Herren haben nun den österreichisch-ungarischen Handelsvertrag abgeschlossen und uns erklärt, daß der Vertrag der österreichischen Holzwirtschaft die Möglichkeit bietet, in der nächsten Zeit 7000 Waggon auszuliefern. Ich habe schon früher darauf verwiesen, daß im ganzen bisher nicht einmal 800 Waggon geliefert worden sind.

Wie verteilt sich aber diese Menge, die im österreichisch-ungarischen Handelsvertrag festgesetzt ist? Ich will hier nicht die Ansicht eines Sozialdemokraten zitieren, weil sie vielleicht als nicht glaubwürdig angesehen werden könnte. Aber ich will Ihnen auf Grund der „Allgemeinen

Jagd- und Forstzeitung" zeigen, wie diese Kreise die Wirkungen für die österreichische Holzindustrie einschätzen. Die „Allgemeine Jagd- und Forstzeitung" schreibt in einem Artikel (*liest*): „Das Geschäft mit Ungarn ist noch nicht in Gang gekommen. Ungarn hat Einfuhrbewilligungen auf 800 Waggon erteilt, deren Aufteilung auf jene Firmen, auf die sie lauten, mit dieser Woche beginnen muß. Die gewollte Berücksichtigung auch der kleinsten Sägewerke, die nie das Geschäft mit Ungarn gepflogen haben, begegnet unüberwindbaren Schwierigkeiten und ist geeignet, die Abwicklung des Geschäfts zu stören und die Preise herabzuwirtschaften. Tatsächlich wurden diese Schwierigkeiten bei den Vorverkäufen eskomptiert und Schleuderangebote gemacht. Ob und wie der deteriorierte Preis eine Berichtigung nach aufwärts erfahren kann, ist ungewiß. Nachdem Ungarn die Aufnahme des Schnittholzkontingents sichergestellt hat, wird man zweckmäßigerweise damit rechnen müssen, daß auf die Erteilung der Einfuhrbewilligungen kaum eine größere Züngerenz österreichischerseits wird ausgeübt werden können. Man wird sich wohl oder übel begnügen müssen, die Länderkontingente nur ungefähr einzuhalten und in das Geschäft nicht bestimmend einzugreifen."

Aus diesem Bericht einer maßgebenden österreichischen Zeitung ist zu entnehmen, daß selbst das, was zwischen Österreich und Ungarn im Handelsvertrag bestimmt wurde, nicht von den wirklichen Holzinteressenten in Österreich geliefert werden kann, sondern daß sich hier wie nach dem Kriege in das Holzgeschäft Elemente hineingedrängt haben, die niemals mit der Holzwirtschaft irgend etwas zu tun hatten, die aber anscheinend von hohen Stellen in Österreich begünstigt werden, weil sie einer gewissen Bewegung angehören und in diesen Kreisen verkehren.

So wie der österreichisch-ungarische Handelsvertrag der österreichischen Holzwirtschaft in der nächsten Zeit leider keine Besserung bringen wird, müssen wir heute auch konstatieren, daß die Brüder im Reich der österreichischen Holzwirtschaft in der nächsten Zeit nicht zu helfen gewillt sind; im Gegenteil: wir haben in den letzten Tagen aus dem Deutschen Reich Nachrichten bekommen, die das Schlimmste für die österreichische Holzwirtschaft erwarten lassen. Ich möchte hier beispielsweise anführen, daß Deutschland im Jahre 1928 an unserer Holzexport mit 1.1 Millionen Tonnen beteiligt war, im Jahre 1929 mit 557.000 Tonnen, im Jahre 1930 nur mehr mit 390.000 Tonnen, im Jahre 1931 mit 161.000 Tonnen und im Jahre 1932 nur mehr mit 50.000 Tonnen. Wir haben nun erwarten können, daß die österreichische Regierung in der nächsten Zeit in Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland tritt, und auch deutsche Kreise waren der Meinung, daß der österreichischen Holzwirtschaft geholfen werden muß, und sie haben aufgezeigt, daß der österreichische Export nach Deutschland in keinem Verhältnis zu dem Import Deutschlands aus anderen Staaten steht.

Wir haben nach Deutschland am Export teilgenommen: im Jahre 1928 mit 43 Prozent, im Jahre 1931 nur noch mit 14 Prozent und im Jahre 1932 nur noch mit 5 Prozent. Die Einfuhr in Deutschland ist um 25 Prozent zurückgegangen, der Anteil der österreichischen Einfuhr nach Deutschland ist aber um 75 Prozent zurückgegangen. (*Hört! Hört! links.*) Nun haben wir den Zeitungen entnehmen können, daß der handelspolitische Ausschuss des deutschen Reichstages in einem einstimmig gefaßten Beschluß die Reichsregierung aufgefordert hat, den österreichischen handelspolitischen Forderungen weitgehendes Entgegenkommen zu zeigen, wobei insbesondere an die zollfreie, zollbegünstigte oder frachtbegünstigte Einfuhr von Schnittholz gedacht sein soll. Der deutsche Forstwirtschaftsrat wurde dahin informiert, daß es sich hierbei um 300.000 bis 350.000 Festmeter Holz handeln dürfte; er hat gegen jede Begünstigung Österreichs bei der Holzeinfuhr Protest erhoben. Wenn auch verlautet, daß die am 31. Jänner beendeten Verhandlungen mit Deutschland zufriedenstellenden Verlauf genommen haben, so sind Ziffern nicht bekannt geworden. Österreich ist im Handelsverkehr mit Deutschland hoch passiv und muß einen angemessenen Ausgleich erreichen. Deutschland kann um die Begünstigung der österreichischen Holzeinfuhr nicht herumkommen und muß auf jeden Fall mit ihr rechnen. Es wird Sache beider sein, Maßnahmen zu treffen, daß der Holzmarkt dadurch nicht gestört wird.

Das haben wir aus den deutschen Zeitungen entnehmen können. Hier wird gesagt, Österreich soll zollfrei oder zollbegünstigt bei der Holzeinfuhr in Betracht kommen, es soll frachttarifflich begünstigt werden.

Da ist nun ein besonderes Kapitel aufzuzeigen. Die österreichische Regierung hat für alle Schmerzensrufe der österreichischen Sägeindustrie und ihrer Arbeiter bisher vollständige taube Ohren gezeigt. Es ist nun folgende groteske Feststellung zu machen: Während Polen von Sosnowice über deutsches Gebiet nach Frankreich auf einer Strecke von mehr als 1000 Kilometer sein Rundholz und sein Schnittholz ausführt, liefert Polen frachttarifflich um 25 Prozent billiger das Holz von Polen nach Frankreich, als das beim österreichischen Holzhändler oder Sägewerksbesitzer der Fall ist. Noch mehr: Jugoslawien muß, wenn es Holz nach Frankreich liefert, über Österreich und durch Deutschland ganz genau dieselbe Strecke liefern, als es bei uns in Österreich der Fall ist. Jugoslawien liefert aber sein Holz um 17 Prozent billiger durch Deutschland als Österreich das Holz durch Deutschland liefern kann. (*Hört! Hört! links.*)

Wir sehen also, auf der einen Seite wird von allen maßgebenden Faktoren erklärt, jeder einzelne habe ein warmführendes Herz für die zugrunde gehende Holzindustrie. Der heutige Herr Handelsminister Janczic hat sofort alle Herren der Holzindustrie zu

einer Enquete zusammengerufen. Er hat die Waldbesitzer, die Sägewerksbesitzer, die Holzhändler zur Enquete einberufen und hat dort gezeigt, welchen Weg sie gehen müßten, wie der Weg gemeinsam beschritten werden muß, um eine Besserung herbeizuführen, wohl wissend, daß die Großforstbesitzer ganz andere Interessen haben als die Sägewerksbesitzer, die ihr Rundholz von den Großforstbesitzern kaufen müssen, und daß die Sägewerksbesitzer ganz andere gewerberechtliche Bestimmungen für ihre Arbeiterschaft haben, als das bei den Großforstbesitzern der Fall ist, daß die sogenannten Inhaber von forstwirtschaftlichen Nebenbetrieben der Gewerbeordnung, dem Achtstundentag nicht unterliegen, sondern auf Grund der verschiedenen Landesarbeiterordnungen den Zehnstundentag für sich in Anspruch nehmen, daher ohnedies schon weit begünstigter sind als die Sägewerksbesitzer. Aber der Herr Dr. Jafoncig, der gegenwärtige Handelsminister, hat allen Herren, gleichgültig wie sie wirtschaftlich eingestellt waren, den Forstbesitzern, den Waldbesitzern, den Sägewerksbesitzern und auch den Holzhändlern erklärt, er sehe sich berufen, alles zu tun, um ihre Interessen beim Abschluß des Handelsvertrages mit Ungarn wahrzunehmen. Nun, wie diese Interessen beim Abschluß des Vertrages wahrgenommen worden sind, habe ja ich und haben auch andere Herren schon aufgezeigt. Es war ja in allen Zeitungen zu lesen, daß die Verhandlungen so geführt wurden, daß heute eigentlich eine Ausfuhr nach Ungarn noch weniger möglich ist als früher.

Aber nicht nur bei der Sägewerksindustrie hat diese Regierung vollständig versagt und alles beim alten gelassen, sondern auch in der sogenannten Möbelindustrie ist von ihr Jahre hindurch nichts unternommen worden. Wir hatten einmal in Österreich eine sehr blühende Möbelindustrie, und unsere Erzeugnisse sind als Geschmacksmöbel, gut gearbeitet, in aller Herren Länder gegangen, nach England, Frankreich, Italien, nach dem Balkan usw. Seit einigen Jahren haben aber alle diese Staaten, die durch Jahrzehnte Möbel aus Österreich bezogen haben, für die Einfuhr österreichischer Möbel hohe Zölle festgesetzt, und wir müssen heute bei besser ausgefertigten Möbeln bis zu 40 Prozent des Warenwertes an Einfuhrzöllen in den verschiedensten Staaten, in Frankreich, Italien usw., bezahlen. Wenn jemand dagegen aufgetreten ist, hat die österreichische Regierung immer nur ein Achselzucken dafür gehabt und erklärt, da lasse sich nichts machen, die Handelsvertragsverhandlungen hätten eben kein besseres Ergebnis gezeitigt.

In der letzten Zeit haben aber wieder Verhandlungen mit Ungarn stattgefunden, bei denen die Möbelindustrie ein wesentlicher Faktor gewesen ist. Die Wiener Tischlermeister sind unter Führung des Gewerkschaftsvorstandes Röß zum Herrn Handelsminister Dr. Jafoncig gegangen und haben ihm wohlklagend dargelegt, wie entsetzlich das Tischlergewerbe

in Wien daniederliegt: 12.000 Tischler arbeitslos, im ganzen noch ungefähr 4000 Tischler beschäftigt. Die Tischlermeister haben nichts mehr zu beißen und zu nagen, weil jede Verdienstmöglichkeit fehlt. Und in dieser Zeit, wo in Österreich keine wie immer geartete Verdienstmöglichkeit für die Möbeltischler vorhanden ist, liefert Ungarn begünstigt 1800 Zimmer jährlich nach Österreich. Die Deputation der Tischlermeister hat diese Dinge dem Herrn Dr. Jafoncig vor Augen geführt und erklärt, es sei unmöglich, die österreichischen und besonders die Wiener Tischlermeister so zu behandeln. Herr Dr. Jafoncig hat erklärt, er werde alles daransetzen, den Forderungen der Tischlermeister gerecht zu werden. Wie hat er nun dieses Versprechen erfüllt? Er ist aus Budapest zurückgekommen, und als neuerdings eine Deputation der Tischlermeister bei ihm erschien, sagte er: Meine Herren, es war sehr schön in Ungarn, aber leider konnten wir für die Tischlermeister und die Möbelindustrie nichts machen. Es bleibt also alles beim alten und die Ungarn bekommen noch immer die begünstigte Ausfuhr nach Österreich von ungefähr 1800 Zimmern. Es konnte eben dagegen nichts unternommen werden.

Am Sonntag hat ein Tischlertag in Graz stattgefunden, zu dem alle Bundesländer ihre Delegierten entsendet haben. Auch Wiener Tischlermeister und der Sekretär ihres sogenannten Gewerbeschutzverbandes, Herr Schramek, haben an dieser Konferenz teilgenommen. Die Tischler haben dort ein furchtbares Klagegedicht über den Niedergang der österreichischen Möbelindustrie gesungen und haben eine Deputation beauftragt, unter allen Umständen im Handelsministerium vorstellig zu werden und auf die Folgen des furchtbaren Vertragsabschlusses aufmerksam zu machen. Die österreichische Regierung kümmert sich um diese kleinen Leute nicht. Bei den Wahlen werden sie ja doch wieder, durch die bürgerliche Presse beeinflusst, ihre Schuldigkeit als Antimargisten tun, sie werden wiederum die Antimargisten wählen, und wenn sie ihre Schuldigkeit getan haben, dann können sie wieder gehen. Der Herr Handelsminister und alle übrigen Herren, die dann neuerdings zu Vertragsabschlüssen in den verschiedenen Staaten erscheinen werden, werden nach wie vor die österreichischen Sägewerksbesitzer, die österreichische Möbelindustrie, die Inhaber der Möbeltischlereien so verraten, wie sie sie diesmal beim Vertragsabschluß mit Ungarn verraten haben. *(Lebhafter Beifall links.)*

Glshuber: Geehrte Frauen und Herren! Es ist zu begrüßen, daß der Bericht zum Kapitel „Post- und Telegraphenanstalt“ mit aller Offenheit auf die besonders traurige Lage der Vertragsangestellten im Postdienst hinweist. Es heißt da wörtlich *(liest)*: „Leider sind bei diesem Abbau auch Härten unterlaufen, die vielleicht nicht zu umgehen, jedenfalls aber schmerzlich fühlbar waren. Insbesondere der Abbau der Ver-

tragsangestellten kommt hier in Betracht. Die meisten von ihnen sind dadurch ihrer einzigen und letzten Verdienst-, ja Daseinsmöglichkeit beraubt und dem Elend und der Verzweiflung preisgegeben worden, da nicht zu gewärtigen steht, daß sie in Bälde im Post- und Telegraphendienst wieder und dauernd Verwendung finden könnten. Wenn da eine Hilfe möglich wäre, so sollte nichts unterlassen werden, sie ungesäumt ins Werk zu setzen."

Das Los der Vertragsangestellten ist tatsächlich ein trauriges. Im Zuge der Abbaumaßnahmen sind auch Vertragsangestellte von ein bis fünf Dienstjahren abgebaut worden. Leute, die fast durchweg Mittelschulbildung mit Reifeprüfung haben und in allen Zweigen des postfachtechnischen Dienstes gut ausgebildet waren. Auch verheiratete Vertragsangestellte und Familienerhalter wurden von diesen Abbaumaßnahmen schwer betroffen.

Ich möchte das Augenmerk des Herrn Bundesministers für Handel und Verkehr, von dem in Postlerkreisen bekannt ist, daß er den Personalangelegenheiten stets das wohlwollendste Interesse entgegenbrachte, auf die Lage der Vertragsangestellten lenken und um Abhilfe ersuchen.

Es wäre zweckdienlich, daß jene vollausgedienten Beamten über 60 Lebensjahre, die heute noch im Dienste stehen, pensioniert oder mit Wartegeld beurlaubt und an deren Stelle enthobene Vertragsangestellte mit mehr als einem Dienstjahr eingestellt würden.

Ich bin der letzte, der erprobte Beamte verdrängen will, aber wir leben in derartigen Notzeiten, daß soziale Opfer von allen Seiten gebracht werden müssen.

Vom staatsfinanziellen Standpunkt betrachtet, bedeutet die Pensionierung der Ausgedienten eine Ersparung, auf der anderen Seite die Einberufung der Vertragsangestellten keine neue Belastung, da sie dann der Arbeitslosenunterstützung nicht mehr zur Last fallen, wenn sie im Dienste stehen. Die Spannung zwischen Arbeitslosenunterstützung und Entlohnung eines Vertragsangestellten ist bestimmt niedriger als die Differenz vom Aktivitätsbezug und Pensionsbezug der Ausgedienten.

Jüngere Leute, besonders wenn sie Familienerhalter sind, bedürfen der so bescheidenen Einnahmen verhältnismäßig eher und mehr als die ältere Generation. Außerdem beträgt ja diese Einnahme oft nur die Hälfte oder ein Drittel der Pensionsbezüge der älteren Beamten und das bei gesteigerten Lebensbedürfnissen usw. Ich meine nun, daß man den Satz im Berichte auf diese Stelle anwenden soll: „Wenn eine Hilfe möglich wäre, so sollte nichts unterlassen werden, sie ungesäumt ins Werk zu setzen."

Ich erlaube mir, noch folgende Anregungen zu geben:

Was die Verkehrswirtschaftsprämie anbelangt, so stellt sie einen Bestandteil der persönlichen Bezüge dar und bildet die einzige Begünstigung der Post- und

Telegraphenangestellten. Auch andere Ressorts geben ihren Angestellten verschiedene Begünstigungen. Solange Spitzengehälter in den vom Staate subventionierten Unternehmungen bestehen, wäre die Entziehung der Wirtschaftsprämie eine Ungerechtigkeit.

In bezug auf das Doppelverdienertwesen möchte ich sagen, daß die Unmöglichkeit einer Arbeitsbeschaffung und die große Zahl von arbeitsuchenden Menschen unerbittlich zur Außerdienststellung von doppelverordneten und zur Unterbringung brotloser Menschen zwingt. Im Postdienste gibt es eine Anzahl von Bediensteten, wo Mann und Frau im Postdienste beschäftigt sind, wodurch einem arbeitslosen Vertragsangestellten die Verdienstmöglichkeit genommen wird. Wenn daher die Dienstunfähigen, die Dienstunwilligen und die Doppelverdiener den Postdienst verlassen würden, so wäre für die Vertragsangestellten Arbeit und Brot geschaffen.

Eine weitere Mißere der Vertragsangestellten betrifft die nicht rechtzeitige Ausbezahlung der Reisevergütungen. Die Vertragsangestellten werden aus dienstlichen Gründen von einem Amt zum andern gesendet und müssen sich die Reise beim Dienstantritt und bei der Rückkehr in den Wohnort selbst bezahlen. Die Vertragsangestellten haben aber kein Geld zur Verfügung, um die Reisekosten vorstufweise zu erlegen, und müssen aus diesen Gründen oft auf den angeordneten Posten verzichten. Die Arbeitsämter sind verpflichtet, den arbeitsuchenden Arbeitern die Hinreise zum Arbeitsort zu vergüten. Dem entzieht sich aber die Postverwaltung. Jenen Vertragsangestellten, die zur Vertretung von Amtsvorständen bestimmt werden, würde eine Zulage gebühren. Die dazu verwendeten Beamten erhielten bisher eine tägliche Zulage von 7 bis 10 S, die Vertragsangestellten erhalten nichts, obwohl sie eine Wohnung in zwei Orten bezahlen müssen. Die Verwendung von verheirateten Vertragsangestellten als Administratoren von Postämtern hätte, solange keine Zulagen gegeben werden, überhaupt zu unterbleiben.

Über Sparmaßnahmen bei der Post- und Telegraphenanstalt wäre folgendes zu bemerken. Zur Beseitigung des Defizits der Post- und Telegraphenanstalt wären verschiedene Reformen am Platze, die weder das Personal noch die Bevölkerung ungerecht belasten würden. Hierzu gehören erstens die Aufhebung der Postgebühren in Jahresgebührenbeträgen durch Behörden und Ämter und Einführung der Dienstmarken wie im Deutschen Reiche. Es würde dadurch vielen Portohinterziehungen ein Riegel vorgeschoben werden. An den den Parteien bekannten Zähltagen wird fast nichts aufgegeben, nach den Zählungen sind wieder große Aufgaben. Hierdurch entsteht eine schwere Schädigung der Postanstalt. Ferner wäre eine Zusammenlegung der Postdirektionen Steiermark und Kärnten in eine Direktion mit dem Sitz in Graz in Betracht zu ziehen und die Auflösung der so kleinen

Direktion in Klagenfurt, so wie es vor dem Kriege war.

Ein weiteres Kapitel betrifft die Anerkennungsgebühren der Rabag. Die jährliche Anerkennungsgebühr der Rabag beträgt für die Postanstalt 1 S 50 g. Die Einhebung und Verrechnung der Radiogebühren verschlingen namhafte Beträge, so daß die Postanstalt einen Schaden erleidet. Der Jahresbeitrag, den die Rabag einsteckt, beträgt 24 S. Könnte es da nicht vielleicht dazukommen, daß überhaupt die Rabag von der Postanstalt übernommen wird?

Über die Rückvergütung der Postsparkasse möchte ich folgendes bemerken. Die Postsparkasse zahlt der Postanstalt für die viele Arbeit bei Tausenden von Postämtern den lächerlichen Betrag von 3 Millionen Schilling jährlich. Dafür übernimmt der Staat das Defizit der Postsparkasse. Bei der Postsparkasse haben die Angestellten 15 Monatsgehälter, daher soll auch die Postanstalt entsprechend der Leistung bezahlt werden. Einen schweren Ausfall an Einnahmen hat die Postanstalt durch die Devisenverordnung erlitten.

Durch die Devisenordnung entstand die Beschränkung des Auslandpostverkehrs. Da die Devisenordnung als Notmaßnahme seitens der Regierung eingeführt wurde, soll der Postanstalt eine Rückvergütung gutgeschrieben werden.

Die Post- und Telegraphendirektionen und die Ämter sollen einen größeren Wirkungskreis bekommen, wodurch bedeutende Ersparungen in der Verwaltung gemacht würden. Es muß heute zum Beispiel wegen jeder Kleinigkeit, die bei einem Amte zu reparieren ist, die Meldung an die Direktion erstattet werden, die Postdirektion ist aber nicht zuständig, sondern muß die Sache an die Generaldirektion weitergeben. Das ist eine Doppelgeleisigkeit und eine Erschwerung der Arbeit und bedarf auch eines größeren Apparates.

Die Disziplinarverfahren werden oft viele Monate, ja sogar über ein Jahr hingezogen und dadurch unnütze Auslagen verursacht.

Der für die österreichischen Verhältnisse viel zu komplizierte und zu große Verwaltungsapparat ist zu verkleinern und zu vereinfachen.

Die Heraushebung der Post- und Telegraphenangestellten aus den Arbeiterkammern ist ein alter Wunsch der Post- und Telegraphenangestellten. Die Angestellten der Post- und Telegraphenanstalt unterstehen gerade so wie die Tabakangestellten dem Gehaltsgefeße 1924. Letztere wurden aus der Arbeiterkammer laut Zahl 3. A 94 vom 26. Mai 1926 des Verwaltungsgerichtshofes herausgehoben. Auch die Postangestellten unterstehen dem Gehaltsgefeße 1924 und sind daher von der Arbeiterkammerumlage zu befreien. Es ist mir bekannt, daß ein Verfahren in dieser Sache beim Verwaltungsgerichtshof anhängig ist.

Eine bedeutende Ersparung und Vereinfachung bedeutet die Zusammenlegung der Postdirektion Wien

und der Telegraphendirektion Wien in eine gemeinsame Post- und Telegraphendirektion Wien. Diese Zusammenlegung ist bereits in Durchführung begriffen und ist ein ausschließliches Verdienst des Herrn Bundesministers für Handel und Verkehr. Weitere Reformen wären in folgenden Richtungen vonnöten:

Ermäßigung der Telephonabonnentensprechgebühren: Durch die fortwährenden Erhöhungen der Abonnenten- und Fernspreckgebühren haben durchschnittlich 10 bis 20 Prozent der Teilhaber ihre Stationen gekündigt, beziehungsweise aufgelassen. Desgleichen ist die Anzahl der Gespräche um 20 bis 30 Prozent zurückgegangen, so daß an Stelle von Mehreinnahmen Mindereinnahmen an Telephonengebühren erzielt wurden.

Herabsetzung der Telegraphengebühren: Diese sollten um wenigstens 30 Prozent heruntergesetzt werden, sie sind im Vergleiche zu anderen Staaten viel zu hoch. Im Telegraphenverkehr ist ein Rückgang von 50 bis 70 Prozent zu verzeichnen. Wir haben alles, was wir zu einem modernen Telegraphenverkehr brauchen: gefabelte Linien, Apparate, Beamte, die keine Arbeit haben, weil keine Telegramme aufgegeben werden. Dem ist nur durch Herabsetzung der Gebühren abzuhelpen. Ich weiß aus dem Munde des Herrn Ministers selbst, daß er sich mit dieser Idee trägt, und ich würde ebenfalls bitten, daß sie verwirklicht werde.

Zu erwähnen wäre in diesem Zusammenhange noch die Herabsetzung der Einschreibgebühr für rekommandierte Sendungen, da die Einnahmen hierfür ebenfalls stark zurückgegangen sind, sowie die Auflassung unrentabler Kraftwagenlinien. Untragbar wäre eine Verschlechterung des Zustellendienstes am Lande, zum Beispiel in größeren Orten, wie man es in Bischofshofen — nur einmal täglich — geplant hat.

Was die Bundesbahnen betrifft, möchte ich nur eines sagen: Es wird nicht anders gehen, als daß man sich allseits zu der Ansicht durchringt, daß die Bundesbahn ein gemeinnütziges Unternehmen ist, das in der heutigen Form als kommerzieller Betrieb unhaltbar ist und ehest wieder in die Bundeshoheit zurückzuführen wäre.

Wenn man von dem Standpunkte ausgeht, daß Industrie, Handel und Gewerbe einen höchst wichtigen Körper im Wirtschaftsgebiet des Staates darstellen, dessen Adern und Nerven die Verkehrsanstalten sind, dann ist es am Platze, diesen wichtigen Adern das nötige Blut zuzuführen, auf daß es zirkuliere in dem Körper der Wirtschaft und diesem Körper zur vollen Gesundung verhelpen und ihn gesund erhalte. *(Beifall auf der äußersten Rechten.)*

Stein: Hohes Haus! Das Interesse an diesem Spezialbudget „Bundesministerium für Handel und Verkehr“ ist begreiflicherweise ein allgemeines, fühlt man doch in diesem Budgetkapitel gewissermaßen den Pulsschlag des österreichischen Wirtschaftslebens, und

wenn die Mehrheitsparteien sich nicht die Politik zurechtgelegt hätten, das Parlament vor der Öffentlichkeit herabzusetzen, das Parlament für die wirtschaftlichen Zustände verantwortlich zu machen, wäre das Interesse noch ein lebhafteres und reineres. So aber müssen wir tagtäglich aus öffentlichen Rundgebungen und aus den Zeitungen vernehmen, daß der Nationalrat gar keinen Kontakt mit dem Wirtschaftsleben hat, ja, daß der Nationalrat aus irgendeinem Sadismus heraus die Wirtschaft zu erschlagen unternommen habe. Wenn diese Anklagen einen Sinn haben sollen, wenn sie sich vielleicht beziehen sollen auf die Zeit bis zum Jahre 1920, wo die Sozialdemokraten mit an der Regierung beteiligt waren, so möchte ich einen Augenblick annehmen, ohne es zuzugeben, daß vielleicht damals Fehler gemacht worden sind. Ich möchte aber darauf aufmerksam machen, daß Beschlüsse des Ministerrates einstimmig gefaßt zu werden pflegen und daß zweitens seit der Zeit schon 13 Jahre verflossen sind, in welchem Zeitraum die bürgerlichen Parteien reichlich Gelegenheit gehabt hätten, einige Fehler auszubessern. Haben sie das nicht getan, dann tragen sie selbstverständlich die Verantwortung dafür. Meinen Sie aber Beschlüsse, die nach dem Jahre 1920 gefaßt sind, und erblicken Sie in ihnen eine Schädigung der Wirtschaft, dann überlassen wir ruhigen Mutes und ruhigen Gewissens die ganze Verantwortung für den Fehler, der geschehen ist, den bürgerlichen Parteien.

Wir verstehen es sehr wohl, daß diese Redewendungen nichts anderes sein sollen als eine Art Ablenkungsmanöver. Wir wissen sehr wohl, in welcher schwierigen Situation sich das Wirtschaftsleben befindet, wir haben gar nicht die Absicht, erst hervorzuheben, wie wesentlich die Wirtschaftskrise der ganzen Welt auch unser Wirtschaftsleben mitgerissen und schwer gefährdet hat. Aber weil die Dinge so sind, möchte ich doch einige, wenn ich so sagen darf, psychologische Betrachtungen vorerst anstellen. Man hat sich jetzt bei uns zur Methode gemacht, daß man einzelne Teile dieser großen Wirtschaftsfragen heraushebt und glaubt, sie lösen oder einer Lösung näherbringen zu können. Man übersieht, daß die Wirtschaft Dienst an der Allgemeinheit ist und nicht eine Quelle für persönliche Bereicherung einzelner oder einzelner Gruppen. In dem Augenblicke, wo man darauf ausgeht, den Gedanken der Ständeverfassung — oder wie das Zeug heißen mag — besonders zu forcieren, gibt man damit selbst kund, daß man diesem Egoismus, also der schrecklichsten Erscheinung und schrecklichsten Auswirkung der Wirtschaftskrise, Konzessionen zu machen bereit ist.

Das Budget des Bundesministeriums für Handel und Verkehr soll eigentlich organisch aufgebaut sein auf den Tatsachen, die uns umgeben, die wir sehen, und sollte auch Gedanken, leitende Gedanken für die weitere Zukunft aussprechen. Und da ist es begreiflich, daß in die erste Linie der Betrachtung der breiten Öffentlichkeit das Hauptproblem gerückt ist, die Aus-

einandersetzung mit der Krise, der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Dazu bedarf es der Kenntnis der Tatsachen. Was wir aber auf seiten der bürgerlichen Wirtschaftsführer erblicken, ist, daß sie wie der gottselige Jeremias auf den Trümmern des Wirtschaftslebens sich niederlassen und Tränen vergießen, raunzen, greinen, verdächtigen, schimpfen, herabsetzen, aber sich nicht aufzuraffen vermögen zu irgendeiner konstruktiven und wirklichen Tat. Auch aus diesem Budget — und das muß mit aller Klarheit herausgearbeitet werden — dringt nicht ein einziger Strahl der Wärme und des Verständnisses für diese Tatsachen hervor, aus diesem Budget kann man nicht ein Stückchen Zuversicht und Glauben an die Zukunft unseres Wirtschaftslebens erblicken; denn dieses Budget der nicht protokollierten Firma, die das Bundesministerium für Handel und Verkehr verwaltet, der Firma Jakoncig, Winkler, Dollfuß und Kompagnie, ist begreiflicherweise der Sklave der Anschauungen, die bei den bürgerlichen Parteien herrschen. Wie soll man dann von diesem Budget verlangen, daß es sich mit dem Problem der Bekämpfung der Krise wirklich entscheidend und bestimmend auseinandersetzt? Die Herren beruhigen sich mit dem Hinweis darauf, daß in Österreich eine Arbeitslosenunterstützung besteht, und wenn sie diese auch noch so sehr bekämpfen und gefährden, so berufen sie sich doch darauf und glauben, damit sei genug getan. Dennoch sagen ihnen auch Theoretiker und Praktiker der bürgerlichen Politik, daß jetzt aktive Wirtschaftspolitik, aktive Konjunkturpolitik vor allem notwendig ist.

Die Wirtschaft ist krank. Die Wirtschaftskrise ist ja nichts anderes als eine furchtbar tiefgehende Störung aller Funktionen des Wirtschaftslebens. Diese kranke Wirtschaft muß jetzt erst allmählich wieder gehen lernen, sie muß gehen gelehrt werden, und das soll unter der Führung des Bundesministeriums für Handel und Verkehr geschehen, und zwar auf beiden Gebieten: sowohl auf dem Gebiete, wenn ich so sagen darf, der Außenpolitik des Wirtschaftslebens, der Handelsvertragspolitik, als auch im inneren Leben, bei der Politik im Innern des Landes.

Verschiedene Redner haben auf die merkwürdige Art der Leitung der Handelsvertragspolitik hingewiesen. Lassen Sie mich kurz rekapitulieren, was wir da erleben. Seit den Tagen, da die Zollunion, vielleicht zur Anzeit, vielleicht ungeschickt angepackt, begraben werden mußte, hat man uns in Aussicht gestellt, man werde eine Erweiterung des Wirtschaftsraums anstreben. Man hat uns damals bilaterale und noch weiter verzweigte Handelsverträge in Aussicht gestellt, man hat davon gesprochen, daß man durch Präferenzzölle eine solche Erweiterung anzustreben bemüht sein wird. Man hat, nachdem Stresa eigentlich den Mißerfolg dieses Gedankens besiegelt hat, sich wieder zurückgezogen auf die bloße Anleihe, mit deren Hilfe man die Wirtschaftspolitik in Österreich auf die Beine bringen wollte, und nachdem auch dieser Gedanke zusammengebrochen

war, steht man vor einer absoluten Unklarheit. Die Regierung hat uns im Finanzausschuß durch den Herrn Bundeskanzler — und nicht durch den Bundesminister für Handel und Verkehr — sagen lassen, die Regierung stehe nicht auf dem Standpunkt einer absolut liberalen Wirtschaftspolitik, sie sei aber der Meinung, die Privatinitiative möglichst stark zur Geltung und Auswirkung kommen lassen zu müssen und auf diesen Auffassungen die Vertragsverhandlungen führen zu sollen.

Wie sieht es nun mit den Vertragsverhandlungen aus? Wir sind mit Deutschland in Verhandlungen; die deutschen Delegierten sind abgereist und haben uns als besondere Empfehlung nicht die 75 Millionen Reichsmark, die Herr Hitler angeblich uns angeboten haben soll, geboten, sondern Zollerhöhungen, von denen die deutschen Zeitungen, vor allem der „Börsen-kourier“, der dem Herrn Eugenbergr sehr nahesteht, gesagt haben, daß damit eigentlich der Außenhandel Österreichs geradezu unmöglich gemacht werden soll. Wir stehen in Handelsvertragsverhandlungen mit Polen. Alle Zeitungen sind einig darin, daß kein Schritt nach vorwärts gemacht werden kann, weil erstens die Frage der Kohleneinfuhr und zweitens die Anwendung des neuen Zolltarifs der polnischen Republik, der ganz exorbitante Erhöhungen vorsieht, noch nicht geklärt seien. Wir stehen auch mit der Tschechoslowakei in Handelsvertragsverhandlungen. Die tschechoslowakische Handelskammer hat am 4. Februar, also vor wenigen Tagen, darauf hingewiesen, daß diese Verhandlungen nicht vorwärtsgelien, nicht weil irgendwelche Schwierigkeiten besonderer wirtschaftspolitischer Art, sondern rein administrativer Art, also die Frage der Einfuhrverbote, der Kontingentpolitik usw. bestehen. Und über den ungarischen Handelsvertrag, über den hier so viel gesprochen wurde, lassen Sie mich nur eines aus der Rede des ungarischen Abgeordneten von Biro anführen, die in den letzten Tagen gehalten wurde und in der er ein Urteil abgegeben hat, das wir uns merken sollten (*liest*): „Die Landwirtschaft hat keinen besseren Abnehmer als den industriellen Arbeiter. Innerhalb der Märkte muß also für den Ausbau und für die Entfaltung der Industrie gesorgt werden“ — eine Mahnung, die außerordentlich wertvoll ist deshalb, weil bei diesem ungarischen Handelsvertrag auf unsere Frage, was für die Industrie gemacht worden ist, geantwortet wurde, man habe erreicht, daß die ungarische Regierung die Zulassung österreichischer Elektrofirmen zu Offerten in Ungarn eingeräumt hat. Aber nur zu Offerten — irgendeine weitere Berücksichtigung war für die Elektroindustrie nicht zu erreichen.

Ich möchte nicht weiter darüber reden, wie sich die Dinge jetzt abwickeln bei der Erneuerung des Vertrages mit Dänemark und Litauen, weil es da noch eine Reihe von Fragen gibt, die nicht genügend geklärt erscheinen. Aber die Auswirkung dieser Handelsvertragsverhandlungen, des Zustandes, in dem wir

im letzten Monat leben, lassen Sie mich doch ein wenig betrachten.

Unsere Ausfuhr ist gegenüber Italien um 800.000 S zurückgegangen, gegenüber der Tschechoslowakei um 6 Millionen, von 9.7 auf 3.7 Millionen, gegenüber der Schweiz um 1.8 Millionen, gegenüber Jugoslawien um 1 Million, gegenüber Frankreich um eine halbe Million. Und so geht es fort. Unsere Einfuhr ist gestiegen: aus Jugoslawien um 4.2 Millionen, aus Polen um 1.4 Millionen. Das sind die Auswirkungen, welche die bisherige Führung der Handelsvertragsverhandlungen gezeitigt hat.

Wie sieht es aber mit der, wenn ich so sagen darf, rein administrativen Förderung unseres Exportes, der doch die Grundlage unserer ganzen Wirtschaft darstellt, aus? Wir haben im ganzen 183 Konsularämter, davon sind nur 10 wirkliche Berufsconsuln, und die Verteilung ist sehr fragwürdig und sehr wenig zweckmäßig. Das Budget, das sich mit dieser Frage beschäftigen soll, hat den Betrag von 1.046.000, der im Jahre 1932 vorgeesehen war, auf 970.000 herabgesetzt, also um 80.000 S weniger, so daß man sich vorstellen kann, wie die Förderung des Exportes draußen aussehen kann.

Aber zusammenfassend möchte ich mich bezüglich der ganzen Methoden auf Professor Eulenburg, eine gewiß anerkannte Kapazität auf dem Gebiete der Handelspolitik, berufen, der gemeint hat, daß Handelspolitik nicht nur durch Präferenzen oder Kontingentierungen gemacht werden könne, noch viel weniger durch Einfuhrdrosselung oder autarische Bestrebungen, sondern einzig durch zähe und stete Anpassung an die wechselnden Bedürfnisse der Weltwirtschaft.

Freiheit braucht die Wirtschaft — Freiheit und Ruhe, und beides ist in der Außenpolitik und im Wirtschaftsleben sehr stark beeinträchtigt.

Und nun ausführlicher ein interessanteres Kapitel, das ist die Innenarbeit der österreichischen Handelspolitik. Wie sieht es da bei uns aus? Welches sind die Tatsachen, die „Realitäten“, welche der Herr Streeruwitz gewünscht hat? Eine halbe Million Arbeiter und Angestellte sind arbeitslos. Die Zahl der Selbstmorde wächst von Tag zu Tag. Die Lebenshaltung der Arbeiter und Angestellten wird immer mehr herabgedrückt, der Brotkonsum wird täglich kleiner, der Zucker- und Kaffeeabsatz sind auf die Hälfte zurückgegangen. Die Fleischnhauer beklagen sich, daß der Übergang zur sogenannten kalten Küche ihnen Konkurrenz macht, nur weil, von Selchern geboten, sie billiger ist. Das Budget sieht einen Rückgang der Warenumsatzsteuer vor, es spricht von einem großen Rückgang verschiedener Genussmittel, es gibt also ohne weiteres zu, daß sich da etwas abspielt, was man damit so ausdrücken könnte, daß der unbekannte Konsument in ein großes verschwiegene Grab verschwunden ist. Der Konsument besteht nicht, denn wir haben doch erlebt, daß in Österreich im Juni 1931 an Lohn und Gehalt 141 Millionen Schilling ausbezahlt wurden,

im Juni 1932 nur noch 112 Millionen. Also um 20 Prozent ist die Lohnsumme zurückgegangen. Das ist natürlich ein Stück Abbau der Kaufkraft und eine Gefährdung des Ganges des ganzen Wirtschaftslebens. Und doch beschäftigt man sich jetzt allgemein draußen in der Welt damit, an die Lösung des Problems von einem andern Gesichtswinkel aus zu gehen. Da hat der Herr Staatssekretär Bang, ein Agrarier, in Deutschland davon gesprochen, es handle sich um die Wiederherstellung der Binnenkaufkraft. Der Reichskommissär für Arbeitsbeschaffung Goeride meinte, Arbeitsbeschaffung sei nicht allein Wiederherstellung der Sachausgaben, sondern in Verbindung damit müsse die Wiederherstellung der Kaufkraft der breiten Massen stehen.

Was sind nun weitere Tatsachen des wirtschaftlichen Lebens? Der Export unserer Fertigwaren ist im Jänner 1933 wiederum nahezu um 26 Prozent unter den Tiefstand gesunken, auf dem dieser Export schon im Jänner 1932 war. Rohstoffe und Halbfabrikate führten wir in diesem Monat um 42 Prozent weniger als im Vorjahre ein, das heißt die Produktion hat wieder einen geringeren Bedarf an Rohmaterialien. Im Jahr 1929 konnten wir 67 Prozent unserer Einfuhr mit unserer Ausfuhr an Fertigfabrikaten bezahlen, im Jahr 1932 waren es nur mehr 57 Prozent. Wie sich das auswirkt, ersieht man am besten aus der Schätzung der Gesamtproduktion in Österreich, nach der wir im Jahre 1929 für 6½ Milliarden Schilling, im Jahre 1932 aber nur mehr für 2½ Milliarden Schilling Waren produziert haben, was einen Rückgang um 4 Milliarden bedeutet.

Gestatten Sie, daß ich vor allem aus einem Gebiete der industriellen Betätigung einige Tatsachen anführe, nämlich aus der österreichischen Metallindustrie. Wir haben seit 1929 in einer Reihe der wichtigsten Branchen dieser Industrie einen geradezu beängstigenden Rückgang zu verzeichnen, nämlich bei der Eisen- und Stahlindustrie, in den Eisenkonstruktionswerkstätten, in den Maschinenfabriken, in den Lokomotiv- und Waggonfabriken, in der Elektroindustrie, in der Stark- und Schwachstromindustrie, in der Automobilindustrie. Ein großer Teil der Fabriken ist gesperrt, die übrigen nutzen ihre Kapazität höchstens zu 30 Prozent, ja sogar nur zu 20 Prozent aus, was natürlich eine ungeheure Verteuerung der Produktion zur Folge hat.

Der Export unserer Finalindustrie nach Deutschland ist unter die Hälfte, der in die Tschechoslowakei unter ein Drittel gesunken. Erst kürzlich hat Herr Generalsekretär Dr. Margaretha einen Überblick über die Beschäftigung der Fabriken aufgestellt und mitgeteilt, daß dort, wo im August 1929 noch 100 Arbeiter beschäftigt waren, im August 1931 in der Eisen- und Stahlindustrie nur 41, in der Starkstromindustrie 40, in der Schwachstromindustrie 39, in der landwirtschaftlichen Maschinenfabrikation 31, in der Automobilindustrie 25, in der Eisenkonstruktion 20, in der Emailgeschirrherstellung 19 und in der berühmten, guten,

hervorragenden österreichischen Sensenindustrie sogar nur 4 Arbeiter statt 100 beschäftigt waren. (*Lebhaftes Rufe links: Hört! Hört!*)

Das sind Zustände, die natürlich ganz furchtbar sind und die dann zur Folge haben, daß die Mitgliederzahl der Krankenkassen in Wien, vor allem die Zahl der Mitglieder aus diesen Großbetrieben, in den letzten Monaten einen Rückgang um 14 Prozent aufzuweisen hatte. Der Obersteirische Stahlwerksverband hat bei seiner letzten Generalversammlung mitgeteilt, daß die Erzeugung von Roheisen seit 1923 auf 27 Prozent gesunken ist. Die Erzeugung von Stahl, also eines der stolzesten und bekanntesten österreichischen Industrieprodukte, ist auf 37 Prozent heruntergegangen, die von Stabeisen auf 43 Prozent. Natürlich ist auch die Arbeiterzahl entsprechend kleiner geworden. Der Berechnung des Herrn Dr. Margaretha entnehme ich, daß die Zahl der Arbeiter in 200 Wiener Metallindustriebetrieben von 39.054 im Jahre 1929 auf 16.470, also auf 42 Prozent, zurückgegangen ist. Wir haben diese Verhältnisse sich auch noch in einer anderen Richtung auswirken gesehen. Es ist eine Neuerscheinung bei uns: Agenten, die für Bulgarien, für die Türkei und für andere Länder Maschinen aus unseren Fabriken, ja sogar ganze Einrichtungen kaufen, wie es zum Beispiel erst lehtthin mit einem Walzwerk geschehen ist.

Der Konsum an Eisen ist in Österreich von 70 Kilogramm im Jahre 1929 auf 16-8 Kilogramm im Jahre 1931, der Konsum an Kupfer von 2-6 auf 0-6 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung zurückgegangen. Der Elektrostrombedarf ist im letzten Jahr von 100 auf 93 gesunken. Ich bitte, mir nicht zu überbeln, wenn ich bei dieser Gelegenheit auf die Ausführungen des Herrn Kollegen Mayrhofer mit einem Wort reagiere. Kollege Mayrhofer hat die Gemeinde Wien aufgefordert, für die Popularisierung des Elektrostromes etwas zu unternehmen und ihr Interesse am Gasverbrauch zurückzustellen usw. Nein, darum handelt es sich nicht. Das ist nicht das Wesentliche. Es ist nicht zu leugnen, daß die Elektroindustrie eine der — wie die Fachleute sagen — industriellen Reserven ist. Da könnte noch viel geschaffen werden. Denn wenn wir bedenken, wie klein die Zahl der Telephon Teilnehmer und wie gering noch immer die Zahl der Kabag Teilnehmer ist, die überdies im letzten Jahre dank der famosen Führung und der politischen Einstellung der Kabag um mehr als 14.000 zurückgegangen ist — nicht bloß aus Gründen der Krise, sondern als Abwehr dagegen, wie die Kabag verwaltet wird —, wenn wir uns das alles vor Augen führen, sehen wir, daß da tatsächlich noch verschiedenes geleistet werden könnte. Die Popularisierung der Elektrizität auf dem flachen Lande könnte ganz außerordentlich gefördert werden. Aber diese Popularisierung müßte zentral, einheitlich, nicht bloß von der Gemeinde Wien, sondern im ganzen Bundesgebiet nach einem vorgefaßten und wirklich klaren Plane durchgeführt werden.

Gestatten Sie mir, Ihnen die Zustände, die durch die merkwürdige Latenlosigkeit in Österreich eingerissen sind, an einigen wenigen Fällen aus dem Gebiete der Industrie zu illustrieren. Was ist mit Bleiberg? Die Bleiberger Bergwerks-Union ist nach schweren Mühen und Anstrengungen unter Zusammenarbeit von Arbeitnehmern und Regierung und der zuständigen Unternehmung wieder einigermaßen in Gang gekommen, wie die Kollegin Tusch hier mitgeteilt hat. Es geht nun wieder schlecht. Daraufhin bietet die Bleiberger Bergwerks-Union, wie die Herren ja auch lesen konnten, der Postverwaltung, also dem Bundesministerium für Handel und Verkehr, 2500 Tonnen Blei mit dem Bemerkten an, daß sie bereit sei, die Bezahlung auf eine längere Reihe von Jahren zu kreditieren. Dieses Blei wird zur Herstellung von Bleikabeln gebraucht. Die Bleiberger Bergwerks-Union hat bis jetzt eine Antwort auf dieses Angebot noch nicht bekommen. Es scheint ja, daß sie reifen wird, sie hat sie aber jedenfalls noch nicht bekommen. Aber wir haben in derselben Zeit, da in Bleiberg nahezu 3000 Tonnen Blei lagernd sind, Blei nach Österreich eingeführt.

Ich frage: Was ist mit der Bestellung der elektrischen Eisenbahnsignale? Eine Angelegenheit, die nach dem Eisenbahnunglück bei Göß eine besondere Aktualität bekommen hat. Wir haben in Wien drei Firmen, die sich mit dem Signalapparatenaubau beschäftigen. Keine hat zu tun. Alle drei haben — und ich war nicht unschuldig an diesen Verhandlungen — sich bereit erklärt, der Bundesbahnverwaltung zu kreditieren. Herr Rost von Tomningen hat es nicht erlaubt, das müßte zum Völkerbund gehen. Die Apparate werden nicht gebaut. Ich weiß nicht, ob das zur Sicherheit des Verkehrs besonders viel beitragen wird, die Firmen haben jedenfalls ihre Belegschaft entlassen müssen. Das ist aktive Politik!

Ich frage, was ist mit der Röhrenfabrik geschehen, deren Einrichtung auf dem Gebiete des Arsenal in greifbare Nähe gekommen war? Es ist nichts daraus geworden infolge irgendwelcher bürokratischer Schwierigkeiten, die da gemacht worden sind.

Ich möchte die Frage der Mühlenbauaktiengesellschaft von Aggersdorf anführen, einer Filiale von Braunschweig. Die wurde eingestellt. Wir haben Verhandlungen eingeleitet, es hat eine ausländische Firma sich erbötig gemacht, diese Fabrikation hier aufzunehmen. Der Bundesminister für Handel und Verkehr ist über die Sache informiert, ich war einige Male in der Angelegenheit bei ihm, in der Sache ist gar nichts geschehen, wir kommen keinen Schritt vorwärts.

Ich möchte ferner die Frage einer Textilfabrik in Trumau-Marienthal anführen. Seit Monaten sind Bemühungen am Werk, um diese Fabrik ins Leben zu rufen, der Herr Minister ist darüber unterrichtet. Ich weiß, welche Schwierigkeiten sich ihm da entgegenstellen. Obzwar die Firma sich verpflichtet hat, 350 bis 400 Arbeiter einzustellen, ist es wegen der Zoll-

bestimmungen und der Erschwerungen der Einfuhr von Halbfabrikaten nicht möglich.

Ich frage: Was ist mit dem österreichischen Kupfer? Die Mitterberger Kupferhütte ist stillgelegt, man verkauft die Maschinen und Einrichtungen, weil die Produktion nicht rentabel war. Jetzt erfahren wir, daß sich auf dem Kupferweltmarkte neue Dinge abspielen. Japan hat ungeheuer viel Kupfer angekauft, die Lager haben sich gelockert, der Kupferpreis steigt, aber unsere einzige Kupferhütte im Lande ist und bleibt tot, weil wir so viel aktive Wirtschaftspolitik auf dem Gebiete der Industrie entfalten.

Wie sieht es im Gewerbe aus? Ich werde es natürlich unterlassen, mich mit Fragen der Gewerbeordnung und der verschiedenen Branchen ausführlich zu beschäftigen, aber lassen Sie mich folgendes in Erinnerung rufen: Wir haben in Wien eine alte, berühmte Branche, das ist die Herstellung von medizinischen Instrumenten. Amerikanische Ärzte kamen her und haben hier ihre Instrumente eingekauft. Wir haben den deutschen, den englischen, den amerikanischen Markt erkämpft gehabt, plötzlich ist alles abgerissen. Warum? Ja, warum? Weil bei uns zugehört wurde, wie auf deutsche Fabrikate österreichische Marken eingepreßt und eingearbeitet wurden, als ob es österreichisches Material, österreichisches Produkt wäre, während es eigentlich reichsdeutsches oder anderes Material war.

Die Ledergalanteriewaren, ein Stolz der österreichischen Gewerbetätigkeit, hat dem Herrn Minister erst vor ganz wenigen Tagen ihr Leid geklagt, wie es um sie bestellt ist, es fehlt ihr an jeder Förderung, an jeder systematischen Arbeit. Dann verstehen wir es — ich wiederhole, ich lehne es ab, mich hier in diesem Zusammenhange damit zu beschäftigen —, daß das Gewerbe geradezu meutert, meutert nicht gegen Personen, sondern meutert gegen dieses merkwürdige und sehr fragwürdige System der österreichischen Wirtschaftspolitik, meutert gegen die Wirtschaftspolitik der Mehrheitsparteien.

Und im Handel? Im Handel, der jetzt mit Devisenbewirtschaftung und sonstigen Verboten geradezu erschlagen wurde, erleben wir es jetzt, daß 134 Direktionen von Niederlassungen tschechoslowakischer Firmen aus Wien abwandern. Lesen Sie doch die beweglichen Klagen, die der Generalsekretär Dr. Brichta in den Fachzeitungen veröffentlicht hat, was da geschehen soll! Bedenken Sie, daß wieder Hunderte, ja Tausende von Angestellten und Arbeitern brotlos werden, aus dieser Politik heraus, die Sie auf dem Gebiete des Handels betreiben. So sind die Tatsachen! Lassen Sie sie auf sich einwirken.

Wir verhandeln das Kapitel „Handel und Verkehr“, aber von den Führern der Industrie und des Handels hat sich niemand zum Worte gemeldet, die Herren haben zu dieser Frage kein Wort zu sagen und sind erstaunt, wenn ihre Anhänger fahnenflüchtig werden und erkennen, daß nur die Sozialdemokratie nicht bloß

die Kraft, sondern auch die Absicht hat, sich des Wirtschaftslebens anzunehmen. *(Beifall links.)* Da tritt der Herr Streeruwitz auf und hält eine Rede in der Generaldebatte. Kennst du den Herrn Streeruwitz, den Herrn Kammerpräsidenten? Fürwahr, er dient euch auf besondere Art, möchte man gerne variieren. Kein Wort des Protestes gegen die agrarische Politik, das vorzubringen er auf Grund des Beschlusses des Kammertages eigentlich verpflichtet gewesen wäre; kein Wort der Klage über das Feiertagesgesetz, über das die Handelskammer sich auch so böse entsetzt hat! Mit keiner Silbe hat er darauf hingewiesen, daß irgendwo geklagt wird, sondern sich damit begnügt, uns zu sagen, es geht uns schlecht, aber nicht schlechter als den andern. Ich möchte nicht ermüden, aber lassen Sie mich wieder einiges zur Richtiggstellung der Ausführungen des Herrn Altbundeskanzlers vorbringen: Während in Ungarn der Kupferverbrauch um 38 Prozent, in Deutschland um 23 Prozent, in der Tschechoslowakei um 27 Prozent, in der Schweiz und in Polen um 20 Prozent zurückgegangen ist, ist er bei uns um 64 Prozent zurückgegangen. Während der Produktionsstand, gemessen am Jahre 1913, in der Welt auf 91 Prozent, in Deutschland auf 62 Prozent, in Belgien auf 87 Prozent, in Frankreich auf 92 Prozent in Großbritannien auf 75 Prozent gesunken ist, ist er in Österreich auf 62.1 heruntergegangen. Gegenüber dem Jahre 1928 aber stehen wir noch hinter Deutschland, wo er auf 53.8 Prozent, bei uns aber auf 53.6 Prozent zurückgegangen ist. Dabei hat sich die deutsche Industrieproduktion vom August 1932 bis zu den letzten Wochen 1932 von 59 auf 63.6 Prozent gebessert, während sie bei uns zurückgegangen ist.

Die Hoheisenproduktion, die in Deutschland in den letzten Monaten wieder angestiegen ist, ist in Österreich von 1.900.000 Tonnen auf 511.000 Tonnen zurückgegangen — in Deutschland ein Ansteigen um 27.9 Prozent, bei uns ein Rückgang um 80 Prozent! *(Hört!-Rufe links.)* Aber es geht uns nicht schlechter als den andern, beruhigt der Herr Altbundeskanzler sein Gewissen.

Die Maschinenindustrie ist in Frankreich auf 73, in England auf 69, in den Vereinigten Staaten auf 45, in Deutschland auf 42, in Österreich auf 20 Prozent zurückgegangen. Und das ist alles daselbe, das ist ganz gleich!

Der Exportrückgang ist nur in Ungarn größer als bei uns in Österreich, dort 45, bei uns 41 Prozent.

Und ich möchte wissen, ob auch in der übrigen Welt von 155 Aktiengesellschaften, die Rechenschaft ablegten, wie bei uns 97 ohne jede Dividende geblieben sind.

Aber Herr Streeruwitz hat auch noch etwas anderes vorgebracht, worüber ein Wort gesagt werden muß. Er hat hier über die Sekte der Anfurber gehöhnt. Wir sind stolz darauf, daß wir zu der Sekte gehören. Denn es sind nicht die schlechtesten Wirtschaftsmenschen, die sie bilden. Von Albert Thomas, dem hervorragenden

Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, angefangen bis zu einer Reihe hervorragender Wirtschaftsführer in Deutschland gehören sie alle dazu. Aber ich verstehe, der Herr Streeruwitz muß von seinem privatkapitalistischen Standpunkt aus dagegen auftreten. Schon das Wort „Anfurbelung der Wirtschaft“ ist nämlich eine Anklage gegen die Privatunternehmer. Das wäre doch ihre Pflicht, und sie hätten nicht erst zu warten, daß jemand anderer anfurbelt. Wenn man aber vom Anfurbeln spricht, dann spricht man damit ein Urteil über die Wirtschaftsführer aus: sie sind unfähig und haben ihre Unfähigkeit glatt erwiesen, die Wirtschaft zu führen, deshalb der Ruf nach Anfurbelung. Der Staat soll nicht mittun? Ich müßte eine ganze Litanei von Fällen anführen, wie überall in der Welt die Staatshilfe angerufen wird, in den Vereinigten Staaten, in England usw. Ich werde mich damit begnügen, etwas anderes aufzuzeigen.

Der Herr Bundesminister für Handel und Verkehr hat in einem Vortrag gesagt, er sei für den autoritären Staat. Wenn das einen Sinn für die Wirtschaft haben soll, dann heißt es, der Staat soll die Autorität haben, auf die Wirtschaftsführung, auf die Wirtschaftseinleitung Einfluß zu nehmen. Er ist aber vor seiner eigenen Courage geschohen und hat das Kohlenmonopol mit- samt dem Seefehlner weggehen lassen. Aber er hat auch sonst zurückgeschoben und die Autorität des Staates nicht besonders geltend gemacht. Streeruwitz aber ist gegen das Anfurbeln. Da müssen wir sagen: Es geht eben nicht anders; wir sind überzeugt, eine andere Belebung der Wirtschaft als durch Anfurbeln mit Staatsmitteln ist ausgeschlossen.

Betrachten wird das Budget unter diesem Gesichtswinkel, so sehen wir dort den bescheidenen Betrag von 6 Millionen. Das zeigt nicht die Absicht, die Wirtschaft anzufurbeln. Oder der Herr Minister hat es uns verschwiegen und gewartet, bis er einen Vortrag in der Gemeinschaft christlicher Akademiker halten konnte, wo er mitteilte, daß ein großer Plan besteht, der nämlich, die Reichsbrücke zu bauen — das ist sein Wirtschaftsplan! —, dann die Kabelleitung nach Passau, weil das die deutsche Post verlangt, und daß der Straßenbau eingeleitet werden soll, über den so oft gesprochen wird. Gar so reichlich ist das nicht. Aber das Budget kann ja nichts anderes sein als ein Nieder- schlag des Gedankenreichtums, der Intelligenz, der Laikraft unserer privaten Wirtschaftsführer. Das ist die Wirtschaftspolitik der bürgerlichen Welt! Zusammenbruch auf der ganzen Linie! Nicht bloß die Arbeitslosigkeit klagt Sie an, auch der Zusammenbruch der Existenz Ihrer Leute ist eine schwere Anklage. Und so bleibt nichts übrig, als den Staat zur Anfurbelung heranzuziehen. Autoritär nennen Sie den Staat, und Sie übersehen, daß der autoritäre Staat ein Rudiment zu etwas anderem ist, das Rudiment des sozialistischen Staates, den wir, die Arbeiter- und Angestelltenschaft, uns erkämpfen werden.

Es fügt sich gut, daß Sie eine solche Abdikation der privatkapitalistischen Wirtschaft durch dieses Budget aussprechen, das uns da vorgelegt wurde. Wir sind Ihnen dankbar dafür. Dieses antimarxistische Budget ist nämlich das schönste Panegyrikon auf die Lehre, die wir vertreten, auf die marxistische Lehre; das ist die schönste Huldigung für die Manen Karl Marx', dessen Todestag sich zum fünfzigsten Male jährt. Die Unfähigkeit der bürgerlichen Wirtschaftspolitik, der Zusammenbruch — das ist die Grundlage, auf der jeder Arbeiter und jeder Angestellte sieht, daß der Kapitalismus reif geworden ist, daß der Kapitalismus sich ausgelebt hat. Ihre Funktion haben Sie nicht zu erfüllen vermocht. Die vielen hungernden Menschen sind die Ankläger gegen Sie. Die Volkstedeck der des Urteils, das über Sie gefällt wird, werden die Wähler bei den Wahlen sein! *(Lebhafter Beifall links. — Während vorstehender Rede hat Präsident Dr. Straßner den Vorsitz übernommen.)*

Rampitsch: Verehrte Frauen und Herren! Wenn man sich die Reden, die zum Kapitel „Fremdenverkehr“ im Finanzausschuß gehalten wurden, angehört hat, mußte man zur Überzeugung kommen, daß alle Parteien dieses Hauses dem Fremdenverkehr große Bedeutung beimessen und wünschen, daß er mit allen Mitteln gefördert wird. Unter diesen Umständen ist es um so bedauerlicher, daß man für diesen wichtigen Zweig unserer Volkswirtschaft nur den Betrag von 45.000 S übrig hatte. Abg. Paulitsch sagte: Fremdenverkehrspolitik ist die beste Währungspolitik! Nun, mit 45.000 S kann man keine besonders gute Fremdenpolitik betreiben. 45.000 S ist ein Betrag, den ein mittlerer Hotelbetrieb für seine jährliche Propaganda auszugeben genötigt ist, und wir in Österreich sind viel zu arm, als daß wir uns den Luxus leisten könnten, keine Propaganda zu betreiben.

Wenn wir uns über die Bedeutung des Fremdenverkehrs klar werden wollen, müssen wir einen Blick in die Statistik werfen. Der Fremdenverkehr ist gegenüber anderen Wirtschaftszweigen von ausschlaggebender Bedeutung. Das erweisen die folgenden Saldoziffern der wesentlichen Posten der Zahlungsbilanz. Leider steht mir nur die Zahlungsbilanz bis 1929 zur Verfügung. Ich werde die Zahlen für das Jahr 1929 anführen: Saldo aus Warenaus- und -einfuhr minus 1080,4, Goldaus- und -einfuhr minus 17,7 Millionen, Placierung von Neuemissionen minus 4,8, An- und Verkauf von Wertpapieren minus 4,7, Saldo aus dem Fremdenverkehr plus 190 bis 200, Transithandel plus 110 Millionen, Transitverkehr plus 74,1 Millionen. Das Aktivum aus dem Fremdenverkehr ist also das größte in der gesamten Bilanz, und zwar noch größer als die zwei der Größe nach nächsten Posten „Transithandel“ und „Transitverkehr“ zusammen genommen. Das ist die Bedeutung des Fremdenverkehrs für die inländische Volkswirtschaft.

Aber auch für den gesamten europäischen Fremdenverkehr ist der österreichische Fremdenverkehr von größter Bedeutung. Im Jahre 1931 sind nach Frankreich $3\frac{1}{2}$ Millionen Ausländer eingereist, nach Österreich 1.433.595; dann folgen die Schweiz und Italien. Wenn man die Zahlen der Mächtigungen in Betracht zieht, verschiebt sich dieses Verhältnis allerdings zu Ungunsten Österreichs. Der Fremdenverkehr ist gleichsam ein Geschenk der Natur. Jetzt heißt es, diese natürlichen Schätze zur Auswirkung zu bringen. Wir müssen uns vor allem darüber klar werden, was wir tun müssen, um den Fremdenverkehr zu fördern.

Wenn wir den Rückgang des Fremdenverkehrs in den einzelnen Staaten Europas betrachten, so sehen wir, daß Spanien im Jahre 1931 den größten Rückgang mit 33 Prozent aufzuweisen hatte, während Österreich mit 21 Prozent bereits an zweiter Stelle steht. Spanien steht deshalb an der Spitze, weil dort in diesem Jahre die Revolution ausgebrochen war und sich dadurch natürlich viele Leute abhalten ließen, nach Spanien zu fahren. Wenn wir aber sehen, daß Österreich bereits den zweitstärksten Rückgang aufzuweisen hat, so müssen wir erkennen, daß unsere Fremdenverkehrspolitik, die wir betrieben haben, nicht die richtige oder nicht intensiv genug war.

Die Grundlagen des Fremdenverkehrs sind verschiedene. Der eine kommt, um hier Geschäfte zu tätigen, der andere, um Touristik zu betreiben, der dritte, um sich zu bilden, der vierte, um Heilung zu suchen. Dann gibt es noch Leute, die ihren Lebensabend in unserer schönen Gegend verbringen wollen.

Die Voraussetzung dafür, daß Handel und Geschäfte einen regen Fremdenverkehr bedingen, sind der Warenaustausch und die Finanzgeschäfte. Dazu besteht in Österreich wenig Möglichkeit, da das Wirtschaftsgebiet zu klein und der Wohlstand zu gering ist. Für die Touristik sind alle Voraussetzungen gegeben. Die Naturschönheiten unseres Landes, alte Kulturstätten mit reichen Kunstschätzen, der angenehme Charakter der Bevölkerung, das alles sind Mittel, um die Ausländer anzulocken. Der touristische Fremdenverkehr bedingt nur einen kürzeren Aufenthalt. Die Nachteile davon sind ein rein saisonmäßiger Andrang. Der Touristenverkehr ist weiters der Mode unterworfen, es besteht also keine Stabilität und daher auch keine Ausnutzungsmöglichkeit für die Einrichtungen des Fremdenverkehrs, wie Verkehrsanlagen, Hotels, Bahnen, Autoparks usw. Die Folgeerscheinung davon ist, daß die Verkehrsunternehmen bei uns bei Weltmarktpreisen unrentabel sind. Ich will hier nur auf die Bundesbahnen und auf die traurige Lage des österreichischen Hotelgewerbes hinweisen.

Einen Nährboden für den Fremdenverkehr bedeutet das Bildungswesen. Um diesen Zweig des Fremdenverkehrs zu fördern, ist es vor allem wichtig, daß wir unsere wissenschaftlichen Institute auf vollkommener Höhe erhalten. Nur wenn sie einen ernststen wissen-

schaftlichen Rang in der Welt haben, werden sie entsprechend gewertet. Wir müssen alles daransetzen, um die Kommerzialisierung dieser Betriebe zu verhindern, wir müssen trachten, daß nur nach ernstem Studium Zeugnisse gegeben werden.

Wie schädlich Dinge, denen man vielleicht gar keinen besonderen Wert beimißt, wirken können, zeigt folgendes: Die medizinische Fakultät in Wien ist eine der berühmtesten der ganzen Welt gewesen und Hörer aus aller Herren Ländern sind nach Wien geströmt, besonders viele aus England, Amerika und den Kolonien. Nun hat man vor einigen Jahren bereits nach einem Studium von zwei Monaten Zeugnisse ausgegeben. Dadurch ist der Wert der österreichischen medizinischen Fakultät im Auslande kolossal gesunken. Die Leute, die Zeugnisse von Wien vorgewiesen haben, sind nicht für voll gewertet worden. Die Folge war ein gewisser Rückgang der Hörer aus den anglikanischen Staaten. Heute hat sich das wieder geändert. Aber ein Unglück ist leichter gemacht, als wieder gutgemacht.

Im Zusammenhange mit der medizinischen Schule möchte ich erwähnen, daß es von größter Wichtigkeit ist, daß wir einen großen Wert auf die Höhe des Niveaus unserer Sanatorien legen. In der Vorkriegszeit war Wien das Zentrum für die Studierenden und die Kranken aus den Ländern des Orients bis hinunter nach Indien und Ägypten. Diesen Rang hat uns leider infolge des Krieges Frankreich abgelaufen. Heute strömen diese Leute, die seinerzeit den Fremdenverkehr Österreichs befruchteten, nach Frankreich. Unsere Aufgabe wird es sein, durch geeignete Maßnahmen diesen Fremdenstrom wieder in unser Land zu lenken. Denn es kommt ja nicht der Student, nicht der Kranke allein, sondern die diversen Besuche und die Familienangehörigen, die mitkommen, steigen in den Hotels ab und beleben die Wirtschaft.

Ein größeres Augenmerk muß man auch den Rentnern zuwenden, und zwar denjenigen Leuten, die im Auslande gebietet haben. Ich meine vor allem die Leute, die ihr Leben in den Kolonien verbracht haben und die nun nach ihrer Pensionierung, respektive nachdem sie sich zur Ruhe gesetzt haben, einen ruhigen Lebensabend im Hochgebirgsklima verbringen wollen, das ihnen die Gewähr bietet, daß die Krankheiten, die sie sich in den Tropen zugezogen haben, einer Heilung entgegengehen. Da ist es vor allem notwendig, bezüglich der Besteuerung dieser Leute neue Normen zu treffen. Diese Leute beziehen ihr Einkommen aus dem Ausland, müssen es dort versteuern, und wenn sie nach Österreich kommen und es verzehren, müssen sie es wiederum versteuern. Das ist natürlich ein Ding der Unmöglichkeit. Dem Finanzministerium entgeht ja sicherlich nichts. Denn wenn der Mann nachweist, daß er hier keinem Erwerb nachgeht, sondern lediglich sein Vermögen anbringt, kann man ihm

ruhig Steuerfreiheit gewähren; denn dieses Vermögen wird ja doch der Besteuerung zugeführt, nachdem er es für seinen Lebensunterhalt ausgibt. Der Staat ist also für alle Fälle der Nutznießer. Gerade heute aber ist es sehr wichtig, wenn möglichst viel fremde Zahlungsmittel eingebracht werden. Die Schweiz hat sich diesen Standpunkt seit langem zu eigen gemacht und schöpft aus diesem Zweig des Fremdenverkehrs große Mittel.

Eine gewisse Sorgfalt müssen wir auch dem Erziehungsfach zuwenden, und zwar bemängeln die Ausländer, die hier längere Zeit ihren Wohnsitz nehmen wollen, daß es bei uns keinerlei Schulen, sei es öffentliche oder private mit Öffentlichkeitsrecht, gibt, die einen Lehrplan wie England oder Amerika, der ja der gleiche ist, haben. Deshalb wäre es notwendig, auch diesem Gebiete die Aufmerksamkeit zuzuwenden und Schulen, die diesen Lehrplan einführen, einer solchen Besteuerung zu unterziehen, daß ihnen die Lebensmöglichkeit gewahrt bleibt. Österreichs Anteil an diesem Zweige des Fremdenverkehrs kann groß sein, wenn die Regierung hiefür das entsprechende Verständnis aufbringt.

Eine gewisse Planmäßigkeit müssen wir auf dem Gebiete der Propaganda einführen. Wir müssen die Forderung nach einer vom Staat reich dotierten Zentralwerbestelle erheben, denn gerade im Fremdenverkehr ist die Konkurrenz eine sehr scharfe, und unsere Randstaaten, die Schweiz, Italien und Jugoslawien, bemühen sich auf jede Art und Weise, die Fremden in ihre Länder zu ziehen. Diesem Bestreben müssen wir etwas Gleichwertiges entgegensetzen können, und das ist nur dann möglich, wenn unsere ganze Propaganda von einer zentralen Stelle aus geleitet wird. Die ganze Propaganda im Auslande muß sich auf Österreich konzentrieren. Bis jetzt hat jedes einzelne Land seine eigene Propaganda betrieben, ja einzelne Verbände haben sich gegenseitig im Ausland konkurrenziert. Wenn der Fremde einmal hier im Lande ist, dann ist es Aufgabe der einzelnen Landesverbände für Fremdenverkehr, in gegenseitige Konkurrenz zu treten und sich zu bemühen, den Fremden für ihr Bundesland zu ergattern.

Wir müssen uns auch vor allem klar werden, woher die meisten Fremden kommen, die nach Österreich einreisen. Auch da ist ein Blick in die Statistik sehr interessant. Das „Archiv für Fremdenverkehr“, Berlin, gibt uns folgende Zahlen für das Jahr 1931: Nach Österreich sind 1931 eingereist 715.905 Reichsdeutsche, an zweiter Stelle folgt die Tschechoslowakei mit 210.380 und an dritter Stelle Ungarn. Unsere Aufgabe ist es also, in diesen drei Ländern durch intensivste Propagandaarbeit den Boden für unseren Fremdenverkehr noch mehr zu erweitern. Weiters ist es Aufgabe der Regierung, bei Handelsverträgen gerade mit diesen Ländern ein besonderes Gewicht auf den Fremdenverkehr nach Österreich zu lenken.

Sehr wichtig ist es auch, daß unser Propaganda-apparat in Frankreich gut ist. Frankreich ist ja als ein Land bekannt, dessen Bewohner nicht gern reisen, und das Kontingent der französischen Reisenden in Österreich ist auch ein verhältnismäßig geringes. Aus Frankreich sind im Jahre 1931 nur 16.305 Leute nach Österreich eingereist, bestimmt keine überwältigende Zahl. Weshalb ich aber so großes Gewicht auf Frankreich lege, ist, daß Frankreich das Einfallstor für den westlichen Fremdenverkehr nach Europa ist. Im Jahre 1931 sind 870.000 Engländer und rund 600.000 Vergnügungsreisende aus den Vereinigten Staaten nach Frankreich eingereist. Wir müssen natürlich trachten, diese Leute auch für unser Land zu gewinnen und zu begeistern. Daher ist es notwendig, daß wir gerade in Frankreich eine intensive Propaganda entfalten. Bisher ist dort die Sache ziemlich im argen gelegen. In Frankreich existiert eine Vereinigung sämtlicher Verkehrs- und Reisebureaus, die „Fédération des Agents de Voyage“. Diese Vereinigung umfaßt nicht nur die Bureaus Frankreichs, sondern auch die Amerikas, Englands und der übrigen westlichen Staaten. Diese Organisation ist ausgezeichnet, und die einzelnen Bureaus arbeiten sich sehr gut in die Hände. Nun ist durch die finanzielle Gebärung des österreichischen Verkehrsbureaus ein gewisser Gegensatz zu der Federation entstanden. Unser Handelsminister Dr. Jatoncig hat in dankenswerter Weise die Wichtigkeit der Werbung in Frankreich anerkannt und hat sich mit dem Präsidenten der Federation, Herrn Junot, ins Einvernehmen gesetzt, hat mit ihm eine Konferenz abgehalten, und wir wollen hoffen, daß es nun gelungen ist, die Schwierigkeiten zu beseitigen, und daß auch in Frankreich das Feld frei ist für Österreichs Propaganda.

Was die Bundesbahnen betrifft, so muß ich bekritteln, daß die Ausgaben für den Fremdenverkehr minimal sind. Die Bundesbahnen geben heute für Werbematerial den für dieses riesenhafte Unternehmen lächerlichen Betrag von 231.000 S aus. Wenn man bedenkt, daß eine kommerziell erstklassig geleitete Firma, die Firma Meinel, soweit mir bekannt ist, 1 Million jährlich für Propaganda auszugeben sich bemüht, fühlt, sieht man erst, wie lächerlich der Betrag ist, den die Bundesbahnen da aufwenden. Dabei müssen die Bundesbahnen im Ausland noch die Konkurrenz der schweizerischen, italienischen Bahnen usw. aushalten, die auf alle mögliche Weise trachten, die Fremden in ihr Land zu bringen. Zu bemängeln ist auch die Tarifpolitik gegenüber den Ausländern und das System der Fahrpreismäßigungen. Dieses System ist so kompliziert, daß es in 90 von 100 Fällen nicht in Anspruch genommen werden kann. Ich möchte da nur darauf hinweisen, daß Italien jetzt den Fremden, die in das Land einreisen, eine 70prozentige Ermäßigung gewährt, und das ohne besondere Komplikationen und ohne besondere Anstrengungen für die Reisenden.

Auch unsere Währungspolitik ist vom Standpunkt des Fremdenverkehrs nicht besonders glücklich. Ein Fremdenverkehrsstaat mit Devisenbeschränkungen und Grenzschwierigkeiten ist eine Unmöglichkeit. Wir müssen aber anerkennen, daß sich unsere Regierung und insbesondere unser Handelsminister immer für eine Lockerung dieser Bestimmungen eingesetzt und bedeutende Erleichterungen auf dem Gebiete der Devisenbeschränkungen erreicht hat. Auch dem Ausland-automobilismus muß man Erleichterungen gewähren, und alle Schikanen müssen fallen.

Wir haben jetzt von der Werbung, den Bahnen, der Fremdenverkehrspolitik usw. gesprochen. Es bleibt noch der Hauptpunkt, und das ist das Hotelwesen. Mag das Land noch so schön sein, mögen die Bahnen noch so gut funktionieren und noch so billig sein: ein Land ohne gut eingerichtete und gut geführte Hotels wird nie ein Fremdenverkehrsland werden können. Und gerade auf diesem Gebiete ist viel gesündigt worden. In einer Zeit, wo man das Dogma des Fremdenverkehrs: „Ohne Hotels kein Fremdenverkehr“, in anderen Ländern bereits erkannt und danach gehandelt hat, ist man in Österreich darangegangen, Steuern über Steuern auf dieses Gewerbe zu legen, und hat dadurch die Betriebe an den Rand des Abgrundes gebracht. Es war unmöglich, auch in den Zeiten der besten Konjunktur Reserven anzusammeln, und so war es ganz klar, daß der erste kleine Rückschlag — ich will nicht sagen — bereits den Zusammenbruch, aber doch eine schwere Schädigung der Hotels mit sich gebracht hat. Die Schweiz, unser schärfstes Konkurrenzland, hat bereits im Jahre 1921 die Schweizer Hoteltreuhandgesellschaft geschaffen, Frankreich im Jahre 1923 die Credit national d'Hôtelier, Spanien im Jahre 1932 das Institut Credito Hotelero España del Patronato del Turismo, Italien hat im Jahre 1930 ein Hotel-schutzgesetz herausgegeben, und Deutschland hat ein vorbildliches Gaststättengesetz geschaffen. Alles zum Schutz der Hotelbetriebe! Wenn wir den Fremdenverkehr, dieses letzte Aktivum der österreichischen Volkswirtschaft, erhalten wollen, dann muß man natürlich den Hotels die entsprechende Fürsorge widmen. Die Verschuldung der österreichischen Hotellerie hat bereits solche Formen angenommen, daß die Hilfe schnell kommen muß. Ich richte daher an die Regierung den Appell, der Stützung dieses für die Volkswirtschaft unumgänglich notwendigen Betriebszweiges die notwendige Aufmerksamkeit zu schenken. *(Beifall auf der äußersten Rechten.)*

Witzau: Hohes Haus! Mit immer größerer Wucht drückt die Arbeitslosigkeit das Land Oberösterreich. Die langandauernde Wirtschaftskrise hat bewirkt, daß derzeit 46.365 Arbeiter die Arbeitslosenunterstützung beziehen. In den zwei größeren Städten des Landes, Linz und Steyr, sind über 18.000 Arbeiter arbeitslos. In Steyr-Sterning beziehen von den 8900 Ar-

beitslosen nur 2258 die Arbeitslosenunterstützung. 5291 Arbeiter beziehen nur mehr die Notstandsunterstützung. 1350 Arbeiter beziehen keinerlei Unterstützung und werden nur aus den kargen Mitteln der Winterhilfe beteuert. 71 Prozent der Arbeitslosen sind Notstandsunterstützungsbezieher und nur 29 Prozent im Bezuge der Arbeitslosenunterstützung. In Linz sind 60 Prozent der Arbeitslosen im Bezuge der Notstandsunterstützung und 40 Prozent im Bezuge der Arbeitslosenunterstützung.

In ganz Oberösterreich sind 11.600 Arbeiter ohne jede Unterstützung. Wie notwendig die Anwendung einer richtigen produktiven Arbeitslosenfürsorge wäre, wird niemand bezweifeln. Nur 313 Menschen sind in Oberösterreich auf Grund der produktiven Arbeitslosenfürsorge beschäftigt, also nicht einmal 1 Prozent.

Man sollte meinen, diese Regierung hätte keine andere Sorge, als zu sinnen: Wie können wir Arbeit schaffen? Besonders der Handelsminister, der in Österreich ein besonders großes Wirkungsfeld hat, sollte, da er ja auch ein Heimatschützer ist, alles daransetzen, den Volksgenossen Arbeit zu schaffen. Es gibt ja auch unter den Heimatschützern Leute, die von der schaffenden Arbeit mehr Vorteile als von Kapsel- und Scheibenschießen sich erhoffen. *(Sehr gut! links.)*

Mit dem Arbeitsbeschaffungsprogramm sieht es aber sehr traurig aus. Die Finanzen des Bundes sind infolge der Deckungen der großen Gaunereien der Bankengewaltigen so zerrüttet, so vielfach in Anspruch genommen, auf Jahrzehnte hinaus mit Beschlagnahme belegt, daß für werteschaffende Arbeit keine Mittel zur Verfügung stehen. Der Ausbau der Wasserkrafts, die Elektrifizierung der Bundesbahnen, die Förderung des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds und der Wohnbauförderung sowie die Straßenbauten stocken. Unsere Exportindustrie geht an den Folgen der Weltwirtschaftskrise zugrunde, unser Inlandarbeitsmarkt, unser Handel, Industrie und Gewerbe geht an der Unfähigkeit dieser Regierung zugrunde. Es ist beschämend, wie ideenarm diese Regierung, besonders das Handelsministerium ist. Die ganze Regierungskunst besteht darin, immer und immer „nein“ zu sagen. Überall Abstriche zu machen, alle Investitionsarbeiten und Betriebe einzustellen.

In Oberösterreich hat sich eine rege Metallindustrie im Laufe der Jahre entwickelt. Im Jahre 1928 arbeiteten in der Metallindustrie 14.560 Arbeiter, 1940 waren arbeitslos.

1932 arbeiteten nur mehr 5826 einschließlich aller Lehrlinge, 7452 waren arbeitslos gemeldet, 3200 sind ohne Arbeit und jeder Unterstützung. Im Jahre 1928 waren in Oberösterreich Metallindustriebetriebe, in denen bis zu 30 Arbeiter beschäftigt waren, 1402 mit 4200 Beschäftigten einschließlich der Lehrlinge. 1932 waren es 1267 Betriebe mit 3069 Arbeiter, davon 1103 Lehrlinge.

Metallbetriebe mit 31 bis 100 Arbeitern waren im Jahre 1928 35 mit 1659 Arbeitern, 1932 nur mehr 22 Betriebe mit 1254 Arbeitern. Großbetriebe über 100 Arbeiter waren 1928 29 mit 9351 Arbeitern, 1932 nur mehr 5 Betriebe mit 1503 Arbeitern.

Vollkommen stillgelegt wurden die Betriebe der Kabelindustrie und die Emailwerke sowie die Lokomotivfabrik mit 462 Arbeitern. Wie furchtbar sich die Schrumpfung auswirkt, sei nur bei einigen Branchen aufgezeigt. Der Arbeiterstand war folgender im Jahre 1928 in der Autofabrikation 3869, im Jahre 1932 772, 1928 in der Aluminiumindustrie 144, im Jahre 1932 13, 1928 in der Elektrostarkstromindustrie 388, im Jahre 1932 50, 1928 in der Fahrradfabrikation 365, im Jahre 1932 77, 1928 in der Wasser- und Gasinstallation 286, im Jahre 1932 35, 1928 in den Eisengießereien 728, im Jahre 1932 94, 1928 in der Maschinenfabrikation 1541, im Jahre 1932 396, 1928 in der Messerindustrie 620, im Jahre 1932 132, 1928 im Schiffbau 300, im Jahre 1932 41, 1928 in den Sensen- und Sichelwerken 1109, im Jahre 1932 361, 1928 in der Waffenfabrikation 455, im Jahre 1932 125, 1928 in den Genossenschaftsbetrieben 3261, im Jahre 1932 2350.

Im Kohlenbergbau arbeiteten 1923 3752 Arbeiter, 1932 1560. Dabei stiegen die Leistungen eines Arbeiters mit einer Förderung von 975 Kilogramm Kohle täglich im Jahre 1923 auf 1723 Kilogramm im Jahre 1930. 3752 Arbeiter förderten 1923 360.000 Tonnen Braunkohle, 1560 Arbeiter förderten 1930 650.000 Tonnen.

Ein großes Verständnis für die schwere Zeit haben die Arbeiter aufgebracht. Bei einem richtigen, scharf organisierten Kohlenverkauf könnten sicherlich einige tausend Arbeiter mehr beschäftigt werden. Also nicht Stilllegen der Betriebe, sondern unbegrenzte Förderung des Inlandkonsums und Arbeit wäre das wichtigste.

Neben der natürlichen Schrumpfung der Industrie, setzte auch die willkürliche Zerstörung von Industrien ein. Vorige Woche schlossen sich die Tore der Reithoffer Gummierwerke Steyr-Warsten auf immer. Hier ist ein typischer Fall, wie gewissenlose Wirtschaftsführer ohne Rücksicht auf das Gemeinwohl über Staats- und Volksinteressen hinwegschreiten. Das Schlagwort „Konzentration“ hat eine blühende, wohlfundierte Industrieanlage vernichtet.

Dieser technisch am besten eingerichtete Betrieb, an dem auch in baulicher Beziehung keine der noch existierenden österreichischen Gummifabriken heranreicht, wird gegenwärtig so demoliert, daß für alle Zukunft jede Hoffnung schwinden muß, noch einmal diese Industrie aufzurütteln. Spezialmaschinen und -apparate, die in Mitteleuropa, mit Ausnahme Deutschlands, einzig dastehen, wurden nach der Tschechoslowakei, nach Polen, Ungarn und Jugoslawien verschleppt, um dort zum verschärften Konkurrenzkampf gegen die österreichische Gummiindustrie zu dienen. Die Zollpolitik Österreichs hat ihr gerüttelt Maß an

Schuld daran. Unser Handelsministerium hat zu diesem Abtransport der Maschinen scheinbar eine beschränkte Ausfuhrbewilligung erteilt, denn mit größter Eile wurden die Demolierungsarbeiten betrieben, um ja den Ausfuhrtermin nicht zu versäumen. 1928 arbeiteten noch zirka 900 Arbeiter in den Reithoffer-Werken. Heute können Arbeiter und Angestellte nach jahrzehnte langem Schaffen sich die karge Notstandsunterstützung holen. Ersparnisse zu machen, duldeten die Besitzer der Werke nicht. Der Leiter des Sempert-Konzerns, Herr Direktor Goldschmied, einer der ärgsten Scharfmacher gegen die Arbeiter und Angestellten, daher ein besonderer Liebling der Heimatblöcker, duldete keine gute Bezahlung. Sein Prinzip ist größte Arbeitsleistung, bescheidene Löhne.

Er selbst aber ist einer der ärgsten Nutznießer der kapitalistischen Wirtschaft und muß durch unerhörte Ausbeutung seiner Arbeiter seinen Riesengehalt, monatlich über 40.000 S, verantworten. Alle Eingaben beim Handelsministerium waren erfolglos, weder Herr Minister Heisl, der sich um diesen Fall verflucht wenig kümmerte, noch Herr Dr. Jakoncig setzen einen besonderen Widerstand der Stilllegung entgegen. Mit diesem Betrieb kommt auch die Gemeinde Garsten in schwerste Bedrängnis, sie verliert jährlich zirka 65.000 S Lohnabgabe. So geht es stets rascher dem Abgrunde zu. Die Industrien brechen zusammen. Die Gemeinden, die Keimzellen des Staates, können von den Landwirten allein nicht erhalten werden, die Gemeinden leiden daher furchtbare Not. Tausende Forst- und Landarbeiter sind arbeitslos, dem furchtbarsten Elend preisgegeben, Sie geben ihnen keine Unterstützung, verweigern ihnen die Arbeit, führen aber keine Wildbachverbauungen, keine Flußregulierungen durch, Sie scheinen wirklich zu glauben, daß diese Armlisten der Armen sich im Sinne der von Ihnen gewollten Gesellschaftsordnung ergeben in ihr Schicksal, sich aufhängen oder Verbrecher werden.

Eine der wichtigsten Arbeitsprobleme für Oberösterreich wäre der Ausbau der verschiedenen Straßenzüge, Wasserkraftanlagen, Elektrifizierung der Bahnen und Siedlungsförderung.

Die Bauprojekte Ausbau der Boralpenstraße sowie der Neubau der zum internationalen Straßenanschluß notwendigen Nibelungenstraße werden jedes Jahr hier besprochen. Geschehen ist bisher nichts. Alle Parteien dieses Hauses haben diese Bauten befürwortet, nur das Handelsministerium ist dagegen. Wenn es sich um strategische Straßen handeln würde, da wäre man wohl dafür, aber den Handel, den Fremdenverkehr fördern, das ist doch nicht Aufgabe dieser Regierung!

In dem Straßenbauprojekt der Regierung sind wieder keine Beiträge für diese äußerst wichtigen Straßenzüge vorgesehen. Das herrliche Boralpengebiet im Salzkammergute zu erschließen, die historische Stadt Steyr zumindest an eine gute Autostraße ab Amstetten anzuschließen, was unbedingt notwendig.

Der hervorragende Kurort Bad Hall, die Kulturstätten Seitenstetten, Kremsmünster würden in den näheren Bereich des Fremdenverkehrs kommen.

Alle die Ausgesteuerten, insbesondere die Jugendlichen, brauchen dringend Arbeit. Hier wird die Arbeitsbeschaffung Staatsnotwendigkeit. Das große Projekt der Nibelungenstraße würde den normalen Anschluß an die bestehende große Weltstraße West-Paris, Trier-Frankfurt-Münberg-Passau, dann entlang dem herrlichen Donautale über Linz-Grein-Wachau bis Wien an die bereits bestehende Straße Wien-Budapest-Temesvár-Bukarest vollziehen.

Solche Bauprojekte kann der Bund, sagen Sie, wegen Geldmangel nicht durchführen. Es ist richtig, unter ihrer Herrschaft wurde viel verlobert und viel unnütz verbraucht. Aber wenn man monatelang Auswege sucht, wie man den Banken ihre Schulden tilgen kann, wie auf Jahrzehnte hinaus man die Steuern des Volkes den Ausländern geben will, horrenden Beträge, die weit höher als die erste Völkerbundanleihe sind, dann muß man auch seinen ganzen Geist aufwenden, nicht wie man den Marxismus bekämpft, sondern wie man Arbeit schafft. (Zustimmung links.)

Ein Steuerprojekt jagt das andere. Sie haben die Benzinsteuern geschaffen, Bund und Länder sind verpflichtet, den Ertrag dieser Steuern im Interesse des modernen Verkehrs zur Schaffung guter Autoverkehrsstraßen zu verwenden. Im Jahre 1932 war der Ertrag der Benzinsteuern 39 Millionen Schilling. Die Kraftwagenabgabe 6,5 Millionen und die Kraftwagenverkehrssteuer 2 Millionen. Insgesamt 47,5 Millionen Schilling.

Sie haben aber in das Budget für 1933 für Straßenbauten nur 19.885.000 S eingestellt, das heißt um 23 Millionen Schilling weniger als 1931. Diese stete Drosselung der Investitionsarbeiten muß die Wirtschaft zugrunde richten. Die Straßenerhaltungsarbeiten haben Sie neuerlich gedrosselt. Die Notwendigkeit der ständigen Wildbachverbauungen und Flußregulierungen wird außer Betracht gelassen, daß die später aufzuwendenden Summen viel größer sein werden, kümmert Sie nicht.

Ich kann nur nochmals das dringende Ersuchen richten, bauen Sie die Bundesstraßen aus, da allein gibt es viel Arbeit, ich verweise hier besonders auf die total verwahrloste Eisenstraße, die durch das einzig schöne Ennstal in das wildromantische Gesäuse führt. Bauen Sie aber insbesondere die Boralpenstraße aus, wo bindende Abmachungen mit dem Lande Niederösterreich bestehen, dieselbe als Bundesstraße einzugliedern. Es wird damit eines der herrlichsten Alpengebiete erschlossen, aber auch für eines der größten Elendsgebiete Arbeitsgelegenheit geschaffen. Das große Nibelungenstraßenprojekt, eine dem Interesse des Gesamtbundes dienende Straße, soll gründlich erwogen werden. Bauen wir Straßen, sie tragen gute Zinsen durch den erhöhten, gesteigerten Verkehr.

In Zeiten großer Wirtschaftsnot müssen eben alle Inlandmittel aufgebracht werde. Im Jahre 1868 erforderte der Donaudurchstich im Strudengau in einer Länge von 30 Kilometer 64 Millionen.

Im Kriege gab es acht öffentliche Krieganleihen beim eigenen Volke, deren Ertrag nur der Zerstörung gewidmet war.

Machen Sie nun endlich einmal eine dem Aufbau dienende, große, innere Arbeitsbeschaffungsanleihe.

Bezüglich der Boralpenstraße gestatte ich mir, folgenden Antrag dem hohen Hause zur Annahme vorzulegen (*liest*):

„Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, den Ausbau der Boralpenstraße von Amstetten über Steyr, Bad Hall, Gmunden ausgiebig zu fördern und die Bauführung dieser Straße in das Straßenbauprogramm der Regierung aufzunehmen.“

(*Beifall links.*)

Der genügend gezeichnete Antrag Witzany wird zur Verhandlung gestellt.

Duscher: Hohes Haus! In den letzten Tagen sind mir aus meinem Wahlkreis Berichte zugekommen, die besagen, daß die Generalpostdirektion in den einzelnen Postzustellstationen auf dem Lande Zählungen der durchlaufenden Poststücke vornehmen läßt, die den Zweck haben sollen, die Unterlage für eine weitgehende Einschränkung des Postzustellendienstes auf dem Lande zu bilden. Wenn es wirklich die Absicht der Generalpostdirektion ist, eine weitgehende Einschränkung des Postzustellendienstes auf dem Lande durchzuführen, so möchte ich dazu folgendes sagen. So notwendig und begreiflich es ist, wenn auch die Postdirektion in ihrem eigenen Betrieb Ersparungen macht, so begreift doch die Landbevölkerung nicht, daß ausgerechnet die Ersparungen beim Landbriefträger anfangen sollen. (*Rufe rechts: Sehr richtig!*) Es ist ja ohnehin schon zu einem geflügelten Wort draußen auf dem Lande geworden, wenn von Ersparungen die Rede ist, daß man fragt: Wahrscheinlich wird wieder beim Landbriefträger angefangen werden? Es gibt sicherlich noch andere Gebiete, auch bei der Post, wo gespart werden kann, es muß ja nicht gerade immer beim Landbriefträger sein. Wenn wirklich die Absicht besteht, den Zustelldienst auf dem Lande einzuschränken, so würde unter Umständen ja der Fall eintreten, daß ein Städter die Post am Tage öfter zugestellt erhält als die Landbevölkerung in einer Woche. Die Landbevölkerung macht sicherlich keine großen Ansprüche, aber ein derartiger Zustand wäre begreiflicherweise nicht mehr erträglich. Deshalb richte ich die dringende Bitte an den Herrn Bundesminister für Handel und Verkehr und an die Generalpostdirektion, sie mögen ihre Sparmaßnahmen an einer geeigneteren Stelle vornehmen und nicht wieder beim Landbriefträger.

Hohes Haus! Auch eine andere, und zwar sehr dringende Bitte hätte ich noch an die hohe Regierung, insbesondere auch an den Herrn Bundesminister für Handel und Verkehr, und zwar betrifft das den kleinen Grenzverkehr mit dem Deutschen Reich. Es ist ja begreiflich und ganz natürlich, daß sich an der deutschen Grenze, insbesondere aber längs der Grenze des Innviertels, ein sehr reger Verkehr im engeren Grenzgebiet entwickelt hat. Das ist natürlich und begreiflich, nicht nur deswegen, weil jenseits der Grenze Menschen wohnen, die gleichen Stammes und gleichen Blutes sind, sondern auch aus ganz natürlichen Verhältnissen heraus. Wenn zum Beispiel die österreichischen Landgemeinden bis an die Stadttore der Stadt Passau heranreichen, ist es ganz natürlich und begreiflich, daß die österreichischen Landwirte aus dem österreichischen Grenzgebiet die Stadt Passau mit Lebensmitteln und agrarischen Produkten versorgen und daß die Handels- und Gewerbebetriebe auf den Verkehr mit Passau eingestellt sind. Ganz die gleichen Verhältnisse wie bei Passau treffen auch bei Schärding, bei Braunau und bei Burghausen usw. zu.

Nun wurde aber am 2. Februar 1932 durch eine willkürliche Auslegung eines Wortes im Vertrage über den kleinen Grenzverkehr, und zwar des Wortes „örtliches Bedürfnis“, der kleine Grenzverkehr, der seit Menschengedenken bestanden hat, mit einem Schlag vollständig eingestellt. Diese Einstellung bedeutet nicht nur eine schwere Schädigung der Landwirtschaft der angrenzenden Gebiete, sondern den Ruin von Hunderten von Handels- und Gewerbetreibenden, deren Existenz ja auf den Verkehr mit dem nächstliegenden bayerischen Grenzgebiet aufgebaut ist. Seit dem Tage der Schließung der Grenze für den kleinen Grenzverkehr, seit dem 2. Februar 1932, wehrt sich die Grenzbevölkerung, Hunderte von Eingaben wurden gemacht, Protestversammlungen wurden abgehalten. Vorgesprachen bei der Bundesregierung und beim Bundeskanzler haben stattgefunden, aber leider war das Ergebnis nur ein sehr mageres. Es wurde nur im Vertrage von Regensburg im Oktober 1932 eine kleine Erleichterung für den Grenzverkehr bei Passau erreicht, so daß wieder ein kleiner Gebietsteil der Stadt Passau in den kleinen Grenzverkehr einbezogen wurde. Mehr wurde leider bis jetzt nicht erreicht. Und nun sehen die Hunderte von schwerbedrohten Existenzen ihre Hoffnungen auf die Vertragsverhandlungen mit dem Deutschen Reich, die derzeit, wie wir heute schon gehört haben, im Gange sind. Sie hoffen, daß es der österreichischen Regierung gelingen werde, den alten Zustand, der Jahrzehnte hindurch, ja seit Menschengedenken bestanden hat, in diesen Vertragsverhandlungen wiederherzustellen. Diese Hoffnung ist die letzte Hoffnung der Grenzbevölkerung, deren Existenz vielfach von einem guten Ausgang der Vertragsverhandlungen abhängen, die bezüglich des kleinen Grenzverkehrs geführt werden. Deswegen stelle ich an die hohe Bundesregierung und

insbesondere an den Herrn Bundesminister für Handel und Verkehr die Bitte, er möge alles daransetzen, damit bei den Vertragsverhandlungen die Worte „örtliches Bedürfnis“ wieder so ausgelegt werden, wie sie bis zum 2. Februar 1933 ausgelegt wurden. Diese Bitte stelle ich namens der Grenzbevölkerung meines Wahlkreises Innviertel an die hohe Bundesregierung, und ich hoffe und wünsche, daß diese dringende Bitte, dieser Hilferuf der so schwer leidenden Grenzbevölkerung nicht ungehört verhallen möge und daß die hohe Bundesregierung alles daransetze, in den Handelsvertragsverhandlungen mit dem Deutschen Reiche diese Frage in einer für die Grenzbevölkerung günstigen Form zu erledigen. *(Beifall rechts.)*

Nösch: Hohes Haus! Die ungeheure Erregung, die gegenwärtig bei den Eisenbahnern und Pensionisten wegen der geteilten Auszahlung besteht, veranlaßt mich, zum Kapitel 29 des VI. Abschnitts des Budgets einige Worte zu sagen. Es steht außer allem Zweifel, daß es bei unseren Bundesbahnen nicht so triste Verhältnisse geben müßte, wenn mehr Sorgfalt sowohl in kommerzieller als auch in kaufmännischer Hinsicht aufgewendet würde. Es ist eine bekannte Tatsache, daß unsere Bundesbahnen schwer passiv sind, und es ist ebenso Tatsache, daß das Defizit unserer Bundesbahnen von Jahr zu Jahr in einer geradezu schauerhaften Weise steigt. Nun will ich an der Hand einiger Tatsachen nachweisen, daß in der Verwaltung unserer Bundesbahnen nicht alles Gold ist, was glänzt. Das sind keine himmelstürmenden Dinge, aber immerhin sprechende Beispiele dafür, wie bei unseren Bundesbahnen gewirtschaftet wird. Ich möchte insbesondere den Herrn Minister Jaconcig ersuchen, daß er sich vielleicht diese Fälle notiert, um in der Zukunft sein Augenmerk darauf zu richten, daß nicht in einer so leichtfertigen Weise Gelder verschwendet werden.

Da gibt es zum Beispiel außerhalb der Station Stockerau einen großen Bahnschranken, der im Verschubbereich dieser Station gelegen ist. Seit undenklichen Zeiten wurden dieser Bahnschranken und ein ungefähr $\frac{3}{4}$ Kilometer von ihm entfernt gelegener von einem Bahnwächter bedient. Plötzlich kommt einer von den Weisen aus dem Morgenlande in der Bundesbahndirektion Nordost auf den Gedanken, daß dieser Mann abgebaut werden kann, weil diese Bahnschranken aus dem in der Station gelegenen Blockhaus bedient werden können. Der Bahnschranken wird nun umgearbeitet. Das kostet mehrere tausend Schilling. Der Mann wird abgezogen, und von nun an muß der Mann im Blockhaus, der die Wechsel zu bedienen hat, auch diese beiden Bahnschranken versorgen. Das geht so einige Wochen hindurch, schließlich aber kommt man darauf, daß dieser Blockhauswächter außerstande ist, zu gleicher Zeit die Wechsel und die beiden Bahnschranken zu bedienen, und man nimmt den Mann,

den man dort abgezogen hat, und gibt ihn in das Blockhaus, damit er von dort aus die beiden Schranken bediene. Man hat also ungefähr 6000 oder 7000 S für die Umarbeitung der beiden Bahnschranken ausgegeben und muß trotzdem wiederum einen zweiten Mann in das Blockhaus bestellen. Das geht nun wiederum eine Weile so fort, und plötzlich stellt sich heraus, daß sich mit Rücksicht auf den bei diesen Schranken herrschenden großen Verkehr der große Schranken auch vom Blockhaus aus nicht bedienen läßt. Deshalb wird nun dieser Schranken wieder umgearbeitet, was wieder einige tausend Schilling kostet. Jetzt wird dieser Schranken bei Tag wieder von einem eigenen Mann bedient.

Das hohe Haus wird zugeben, daß dieser Vorgang eine leichtfertige Verschwendung von Geldern der Bundesbahnen darstellt. Die Herren bei der Bundesbahndirektion trachten allerdings durch einen Abbau der unteren Angestellten-schichten sowie durch einen ganz bedeutenden Gehaltsabbau Ersparungen zu erzielen. Es hat aber den Anschein, als ob diese Herren vollständig darauf vergessen haben, daß es gerade in den sogenannten Zintenburgern der Bundesbahndirektion eine ganze Reihe von Menschen gibt, die sicherlich abgebaut werden könnten. Ich habe mich schon wiederholt selbst davon überzeugt, daß sich in den Direktionen Leute befinden, deren höchste Aufgabe es zu sein scheint, sich gegenseitig im Wege zu stehen.

Diese Leute sind nun noch auf einen anderen Gedanken gekommen: Auf der Horner Reichsstraße befindet sich noch ein zweiter Bahnschranken. Schon die Benennung „Horner Reichsstraße“ sagt, daß dort ein äußerst umfangreicher Verkehr ist. Solange die Bahn besteht, seit 1873, wurde dieser Schranken immer von einem Schrankenwärter bedient. Zu einer Zeit, als die Bauern noch mit Pferden und Röhren gefahren sind, war der Schranken notwendig, aber in der heutigen, so raschlebigigen Zeit muß dieser Schranken aufgehoben werden. Es kommt eine ungeheuer große Kommission, der anzugehören auch ich die Ehre hatte und die sicherlich mehr kostete, als ein Schrankenwärter an Gehalt in einem Jahre bezieht, und konstatiert, daß dieser Schranken aufgehoben wird. Ich habe dort erklärt: Meine Herren, ich mache Sie darauf aufmerksam, daß, wenn der Schranken kassiert wird, binnen 14 Tagen das erste Todesopfer auf dem Geleise liegen wird. Der Schranken wurde trotzdem aufgelassen. Aber es hat keine 14 Tage gedauert; denn schon am vierten Tage ist das erste Todesopfer dort gelegen. Nun sind es ungefähr sieben Vierteljahre, seitdem dieser Schranken aufgehoben ist, und es haben sich dort schon sechs Unglücksfälle, davon vier mit tödlichem Ausgang ereignet. Wenn man bedenkt, welch ungeheurer Sachschaden dort angerichtet wurde, wenn man bedenkt, was die Bahnen an Ersatzkosten usw. zu bezahlen hatten, so muß man zur Überzeugung kommen, daß

es förmlich ein Verbrechen ist, in einer solchen Art und Weise Sparamkeit zu üben.

Ganz anders sind die Dinge wieder, wenn man sieht, wie Vermögenswerte bei den Bahnen behandelt werden. Da ist eine große Übergangsbrücke in der Station Stoderau, die ungefähr 50 bis 60 Meter lang ist. Diese eiserne Übergangsbrücke hat zwei große, breite Stiegenaufgänge. Ich habe den damaligen Handelsminister Dr. Schürff darauf aufmerksam gemacht, daß diese Brücke dem totalen Verfall preisgegeben ist. Herr Dr. Schürff hat Erhebungen gepflogen und mir in einem Brief mitgeteilt, daß eine Gefahr für diese Brücke nicht besteht, daß sie jahraus jahrein immer instand gehalten wird. In Wirklichkeit beweist dieses Schreiben, daß der damalige Minister Dr. Schürff von seinen eigenen Leuten hinters Licht geführt wurde; denn tatsächlich ist, wovon sich jeder Reisende überzeugen kann, seit zwanzig Jahren an dieser Brücke kein Handstrich gemacht worden, die Brücke verrostet vollständig, der Fußbelag sowohl auf der Brücke als auch bei den Aufgangstiegen, der aus kompakten, festen Eichenpfosten bestanden hat, ist vollständig gestohlen worden, die Brücke ist heute völlig unbenutzbar. Aber trotzdem hat mir der damalige Minister Dr. Schürff geschrieben, die Brücke werde immer instand gehalten.

Eine andere Frage, die dem Herrn Minister Dr. Jafoncig bekannt sein dürfte, betrifft folgendes: Wenn sich die Bundesbahnverwaltung bei irgendeiner Sache einen Nutzen herauschlagen kann, auch dann, wenn es auf Kosten vieler Gemeinden geht, dann ist sie nicht so engherzig. Ich verweise beispielsweise auf die Privatbahn Absdorf-Gippersdorf.

Diese Bahn wurde von den anrainenden Gemeinden gebaut, die eine Aktiengesellschaft mit 2400 Aktien à 200 K bildeten; außerdem wurden Prioritätsobligationen im Werte von 1.200.000 K ausgegeben. Diese Aktiengesellschaft hatte die Betriebskonzession bis zum Jahre 1978, jedoch behielten sich die Staatsbahnen das Recht vor, die Bahn auch früher einzulösen. Während des Krieges wurde sie nun von den Staatsbahnen in Eigenbetrieb übernommen und unter dem Drucke der Kriegsverhältnisse wurde den Gemeinden eine Änderung der Konzessionsurkunde aufgezwungen, welche besagte, daß die Staatsbahnen berechtigt sind, gegen Einlösung der Prioritäten die Bahn ins Eigentum zu übernehmen. Die Bundesbahnverwaltung hat nun während der Inflationszeit für ungefähr drei Hosenknöpfe, wenn ich mich so wienerisch ausdrücken darf, diese Prioritäten eingelöst, und jetzt hat sich die Bundesbahnverwaltung auf den Standpunkt gestellt, daß die Bahn mit 1. Jänner 1933 ohne irgendwelche finanzielle Entschädigung für die erwähnten Gemeinden vollständig in das Eigentum übernommen wird. Ich will dem Herrn Minister Jafoncig keinen Vorwurf machen, er wird sich in der Sache bemüht haben. Aber beschämend ist es — und es wirft auf unsere Bahn-

verwaltung kein besonders günstiges Licht —, wenn man sieht, wie ein staatliches Unternehmen eine große Zahl von Gemeinden einfach enteignet, wo es sich nicht etwa um Privatpersonen und privates Kapital, sondern um Steuergelder handelt. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß zumindest ein Teil dieser Aktien, die heute bei einer Aufwertung auf 50 S einen Betrag von 96.000 S repräsentieren, den Gemeinden refundiert werden soll. Aber selbst das hat die Generaldirektion der Bundesbahnen abgelehnt. Der Herr Minister Jafoncig hat mir in einem Schreiben mitgeteilt, es sei ihm gelungen, noch für das Jahr 1932 die 2prozentige garantierte Dividende von der Generaldirektion zu erhalten. Das dürfte, Herr Minister, ein großer Irrtum Ihrerseits sein, da ist kein wie immer geartetes Entgegenkommen geübt worden, denn bekanntlich werden Dividenden nicht im Vorhinein, sondern stets im Nachhinein ausbezahlt, und da die 2prozentige Dividende für 1932 erst im Dezember zur Auszahlung gelangt, so ist die Bundesbahnverwaltung da in keiner Weise entgegengekommen. Ich wäre deshalb dafür, daß Herr Minister Jafoncig noch einmal mit der Generaldirektion der Bundesbahnen spricht und sie darauf aufmerksam macht, daß es sich bei dieser Sache nicht um Privatpersonen, sondern um Gemeinden handelt, die öffentliche Gelder in dieses Unternehmen gesteckt haben und die buchstäblich enteignet wurden.

Ich bin überzeugt, daß ich durch diese Dinge, die ich hier vorgebracht habe, den Beweis dafür erbracht habe, daß die Verwaltung der Bundesbahnen viel zu wünschen übrig läßt. Und ich bin auch überzeugt davon: Wenn der Herr Minister Jafoncig auf dem Gebiet, das ich hier in Betracht gezogen habe, nach dem Rechten sieht, wird es auch gelingen, die große Erregung, und zwar die berechtigte Erregung, die innerhalb der Eisenbahnerschaft und der Pensionisten besteht, einigermaßen herabzumindern. Ich würde daher bitten, daß der Herr Minister Jafoncig auch hier nach dem Rechten sieht. *(Lebhafter Beifall links.)*

Peter: Hohes Haus! Die allgemeine wirtschaftliche Not hat vielfach Kritik an den österreichischen Handelsbeziehungen hervorgerufen. Begreiflicherweise ist diese Kritik nicht unberechtigt, wenn sie in sachlicher Weise geführt wird. Sie wird aber vielfach in einer Art und Weise geübt, die verurteilt werden muß. Meine Partei steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß in erster Linie das ungeheure und untragbare Handelspassivum abgebaut werden muß. Es ist nach der Handelspolitik des letzten Jahrzehnts selbstverständlich keine leichte Aufgabe, auf einmal zu trachten, das Handelspassivum womöglich abzubauen. Dieser Abbau kann nur auf zwei Arten erfolgen: einerseits durch Herabminderung der Einfuhr, andererseits durch Hebung der Ausfuhr. Wir sind alle überzeugt, daß gerade das hohe Handelspassivum in den letzten Jahren wesentlich zur Verarmung unserer Volkswirtschaft

beigetragen hat. Gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt ist es notwendig, Mittel und Wege zu suchen, um unsere Lage durch Kontingente zu bessern und darauf zu dringen, daß die Handelsverträge auf Gegenseitigkeit beruhen. Das ist schon vor allem vom finanzpolitischen Standpunkt aus notwendig.

Wenn wir das Handelspassivum betrachten, sehen wir, daß wir noch im Jahre 1929 ein Handelspassivum von rund 1100 Millionen Schilling gehabt haben, während es im Jahre 1932 auf 618 Millionen gesunken ist, das ist eine Verringerung von rund 500 Millionen. Es ist gewiß bedauerlich, daß wir gerade mit Deutschland das größte Passivum in der Handelsbilanz haben. Wenn auch in der Zahlungsbilanz durch das im letzten Jahre getroffene günstige Abkommen hinsichtlich des Fremdenverkehrs dieses Passivum einigermaßen herabgemindert wurde, müssen wir doch Anspruch darauf erheben, daß gerade Deutschland uns in wirtschaftlicher Hinsicht und im Handelsvertrag besonders entgegenkommt. Die neue Regierung in Deutschland soll uns auch das seinerzeit von der Regierung Bapen versprochene begünstigte Abkommen, betreffend Holz, gewähren. Insbesondere müssen wir im Interesse der westlichen Alpenländer fordern, daß die österreichische Handelspolitik beim deutschen Handelsvertrag in erster Linie dahin trachtet, Nutz- und Zuchtvieh sowie Käse abzusetzen. Ich möchte auch darauf hinweisen, daß man bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland auch auf Absatzmöglichkeiten für das Gewerbe und die Industrie bedacht sein soll. Im letzten Jahre war es möglich, der daniederliegenden Borsarlberger Stickereiindustrie dadurch entgegenzukommen, daß ein bestimmtes Kontingent zu einem begünstigten Zollsatz nach Deutschland eingeführt werden konnte. Diese einst blühende Industrie liegt heute vollkommen danieder. Wenn auch jetzt ein Stichtlohnabkommen mit der Schweiz abgeschlossen wurde, das allerdings von eingeweihten Fachkreisen nicht sehr optimistisch beurteilt wird, so wird sich trotzdem diese Industrie schwer erholen, wenn nicht in handelspolitischer Beziehung Hilfe gebracht wird, und das kann gerade beim Handelsvertrag mit Deutschland möglich sein. Wenn die jetzige deutsche Regierung erst in den letzten Tagen erklärt hat, daß sie dem ungarischen Staate gegenüber in wirtschaftlicher Hinsicht bedeutend entgegenkommen wird, so glauben wir, daß wir Österreicher als Brudervolk um so mehr berechtigten Anspruch darauf haben, daß uns Deutschland in handelspolitischer Beziehung Entgegenkommen zeigt. (*Zustimmung in der Mitte. — Prodingen: Daher weg mit Lausanne!*)

Gegenüber den Vorwürfen, daß die jetzige Regierung einen zu einseitigen agrarischen Kurs verfolgt, möchte ich darauf hinweisen, daß hier bestimmt ein Irrtum vorliegt, und zwar insofern, als der agrarische Kurs der Landwirtschaft nur so weit geholfen hat, daß ihr Zusammenbruch aufgehalten wurde. Es wäre wohl

die größte Gefahr für das ganze Volk gewesen, wenn die österreichische Landwirtschaft zusammengebrochen wäre, nicht nur für die Landwirtschaft allein, sondern auch für den Staat und das ganze Volk. Wir hatten im Jahre 1931 eine ungeheure Krise im Viehabsatz. In dankenswerter Weise hat die Regierung wenigstens den katastrophalen Zusammenbruch aufhalten können. Wir stehen gerade jetzt wieder vor einer ungeheuren Krise in der Milchwirtschaft, und es wird Aufgabe der Regierung sein, auch hier ehehalbigst Mittel und Wege zu einer Regelung des Milchverkehrs und der Milchpreise zu suchen.

Wenn gestern von verschiedenen Rednern behauptet wurde, daß der vermeintliche agrarische Kurs nur den Großgrundbesitzern und den Getreidebauern zugute kommt, so bin ich der Auffassung, daß die Gebirgsbauern, besonders in den westlichen Alpenländern, gewiß kein großes direktes Interesse an hohen Getreidepreisen haben, daß es aber indirekt ungeheuer wichtig ist, daß wir den Getreidebauern oder besser gesagt den Getreidebau erhalten, weil sich dieser Zweig der Landwirtschaft in dem Augenblick, in dem sich der Getreidebau überhaupt nicht mehr rentiert, selbstverständlich auch auf die Viehzucht und die Milchwirtschaft umstellen würde und, da wir ohnehin sowohl beim Vieh wie bei der Milch schwierige Absatzverhältnisse haben, wäre es für die westlichen Nutz- und Zuchtviehgebiete eine große Gefahr, wenn dieser Zweig der Landwirtschaft zu einer Umstellung genötigt würde. Daher liegt es auch indirekt im Interesse der Gebirgsbauernschaft, daß wir trachten, den Getreidebau zu erhalten.

Wenn ich kurz auf den Zustand im Gewerbe zu sprechen komme, so möchte ich vor allem darauf hinweisen, daß die Krise im Baugewerbe so lange nicht behoben werden wird, so lange wir einen so hohen Zinssatz haben, so lange wir keine gefestigte Währung haben, so lange die Arbeit durch die ungeheuren sozialen Lasten so verteuert wird, und nicht zuletzt, so lange das Mietengesetz noch besteht. So lange haben wir keine Hoffnung, daß es im Baugewerbe über kurz besser werden wird. Aber auch die Kürzungen in den Sachausgaben der Landwirtschaft wirken sich auf das Baugewerbe aus. Denn die Güterwege, die Alpenverbesserungen und die Almhüttenherstellungen wurden in Borsarlberg zum allergrößten Teil seit jeher den Gewerbetreibenden übergeben. So sehen wir auch hier, daß die Kürzungsmaßnahmen im Landwirtschaftsministerium sich auch auf das Gewerbe schlecht auswirken.

Wir müssen vor allem auch fordern, daß im Interesse des ehrlichen Gewerbestandes eine Novellierung der Ausgleichsordnung komme. Wir müssen trachten, daß hier schärfere Grenzen gezogen werden, so daß ehrliche Gewerbetreibende nicht vielfach durch Mutwillen zu Schaden kommen. Es ist dies eine Forderung, die schon öfter erhoben wurde. Wir sehen immer wieder, daß ein Ausgleich mutwillig zustande kommt und ein ehrlicher Gewerbetreibender dadurch schwer zu leiden hat.

Wenn ich noch einiges zu den Eisenbahnen sprechen soll, möchte ich darauf verweisen, daß es sicherlich vor allem unglücklich ist, daß die Bundesbahnen eine so hohe Tarifpolitik betreiben, und zwar sowohl im Personenverkehr wie im Güterverkehr. Ich bin der Auffassung, daß die Bundesbahnen bei mäßigeren Tarifen bestimmt nicht weniger Einnahmen hätten. Es wäre aber der Geschäftswelt damit besser gedient. Besonders muß ich diese Forderung auch im Interesse der alpenländischen Fremdenverkehrsorte erheben.

Auf einen Mißstand, auf den ich seinerzeit schon im Verkehrsausschusse hingewiesen habe, der bei den Bundesbahnen besteht, möchte ich neuerdings verweisen, nämlich darauf, daß das Freikartenwesen viel zu weit ausgebaut ist. Wir müssen verlangen, daß hier wenigstens engere Grenzen gezogen werden. Wir finden, daß heutzutage in der I. und II. Klasse hauptsächlich Leute fahren, die überhaupt nichts zahlen. Sie werden mir vielleicht sagen, als Abgeordneter hätte ich zu einem solchen Verlangen keine Ursache. Aber wenn ich wöchentlich von Borarlberg nach Wien fahren muß und wieder retour, dann werde ich wohl darauf Anspruch haben. Aber das Freikartenwesen ist heute so weit ausgebaut, daß es für Zwecke benutzt wird, die nicht gerade unbedingt notwendig sind.

Zum Kapitel „Post und Telegraph“ möchte ich bemerken, daß ich es außerordentlich bedaure, daß Ersparungen in erster Linie immer bei den Landpostämtern gemacht werden, und zwar im Zustelldienst. Gerade in den Gebirgsdörfern und etwas abgelegenen Parzellen ist in der letzten Zeit der Zustelldienst sehr eingeschränkt worden. Ich habe seinerzeit bei der Generaldirektion in Innsbruck vorgesprochen, und man hat mir bedeutet, daß der Zustelldienst sich bei den Landpostämtern einfach nicht rentiere. Ich möchte fragen: Wieviel Einrichtungen haben wir im Staate, die der Allgemeinheit dienen und die gerade diese Leute, die in den Gebirgsdörfern oder in abgelegenen Parzellen wohnen, nicht benutzen können? Wir haben alle Ursache, diesen Leuten ihr Leben wenigstens erträglich zu gestalten. Den Leuten, die die Gebirgshänge und die steilen Lagen nutzbar machen, müssen wir trachten, das Leben erträglich zu machen. Wir haben doch vom Staat und von der Volkswirtschaft aus das größte Interesse daran, daß diese Leute auf der Scholle bleiben, ein Interesse in nationaler, moralischer und religiöser Hinsicht. Vor allem möchte ich darauf verweisen, daß, ebenso wie bei den Bundesbetrieben, die Politik der hohen Tarife sicherlich unberechtigt und vielleicht unglücklich ist, auch die Erhöhung der Teilnehmergebühren beim Telephon sich für die Post wohl nicht glücklich auswirken wird. Denn schon durch die schlechte Geschäftslage ist mancher Geschäftsmann gezwungen, sein Telephon abzubauen; wenn nun die Teilnehmergebühren auch noch erhöht werden, so wird er nur noch mehr dazu getrieben, sein Telephon abzumelden. Es ist tatsächlich schon zu vielen Abmeldungen

gekommen; wenn aber diese Abmeldungen einmal einreißen, so hat auch der noch vorhandene Abnehmer nur mehr ein geringeres Interesse an dem Telephon, da er nicht mehr mit so vielen Kunden usw. telephonisch verkehren kann.

Zur allgemeinen Lage des Gewerbestandes muß ich noch sagen, daß sowohl der Gewerbestand als auch die Landwirtschaft in den letzten Jahren zu einem großen Teil von der Substanz gelebt haben. Wenn wir uns auch bewußt sind, daß in der heutigen Notlage an den Bund die größten Anforderungen gestellt werden, darf es unter keinen Umständen noch zu Erhöhungen der Lasten des Gewerbestandes und der Landwirtschaft kommen. Wir müssen nach Möglichkeit trachten, die Mittel durch Ersparungen hereinzubringen, unter keinen Umständen aber Steuern und Lasten erhöhen, und zwar im Interesse der Landwirtschaft, des Gewerbestandes und der gesamten Volkswirtschaft. Damit schließe ich. *(Beifall bei den Parteigenossen.)*

Forstner: Der Herr Bundeskanzler Dr. Dollfuß hat vor einiger Zeit — ich weiß nicht, ob von sich selbst aus oder im Einvernehmen mit dem Handelsminister Dr. Jazoncig — einer Abordnung gegenüber die Erklärung abgegeben, daß noch vor Fertigstellung des in Ausarbeitung begriffenen Kraftfahrgegesetzes und vor Erlassung einer Kraftfahrverordnung eine Verordnung erscheinen werde, durch die die Überprüfungen der Kraftfahrzeuge wesentlich eingebämmt werden. Es ist ein ganz sonderbarer Vorgang, daß die Regierung einen Gesetzesentwurf vorbereitet, ihn den Arbeiterkammern, den Mitgliedern des Kraftfahrbeirates und den Landesregierungen zur Begutachtung und Rückäußerung übermittelt, gleichzeitig aber an die Herausgabe einer Verordnung denkt, durch die dasjenige, was im Gesetz festgelegt werden soll, gewissermaßen vorweggenommen wird. Dieser Vorgang mutet sehr sonderbar an, weil dadurch eigentlich der Stellungnahme des Nationalrates präjudiziert wird.

Was heißt das eigentlich: Eindämmung der Überprüfungen der Kraftfahrzeuge? Das heißt, daß die Überprüfungen überhaupt beseitigt, insbesondere aber in ihrer Wirkung dann völlig aufgehoben werden, wenn die Zeiträume für die Überprüfungen verlängert werden. Uns liegt ja schon Gesetz und Durchführungsverordnung zum Kraftfahrgegesetz vor, und man kann daraus die Absichten der Regierung klar und deutlich erkennen. Privatkraftwagen sollen in Zukunft überhaupt nicht überprüft werden, Autotaxis ebenfalls von der Überprüfung ausgeschlossen werden und Kraftstellwagen nur dann überprüft werden, wenn sie einen Fassungsraum von über acht Sitzplätzen aufweisen. Das bedeutet ein völliges Sichhinwegsetzen der Regierung über die Gefahren, die dadurch der Bevölkerung und insbesondere jenen Personen erwachsen, die beim Kraftfahrbetrieb beschäftigt sind. *(Zustimmung links.)* Seit 1927, also noch vor dem

Infrastrukturtreten des Kraftfahrgegesetzes, wurden in Wien die gewerblichen Fahrzeuge, insbesondere die Autotaxis, überprüft, und seit Mai 1931 werden auch Lastkraftwagen und Motordreiräder für Lastenbeförderung überprüft. Das Ergebnis der Überprüfung in Wien habe ich in einem Brief dem Herrn Bundeskanzler Dr. Dollfuß und dem Herrn Minister für Handel und Verkehr Dr. Jatoncig übermittelt. Ich habe damit den Zweck verfolgt, daß die Regierung, wenn diese Verordnungen erlassen werden, sich nicht darauf ausreden kann, sie habe nicht gewußt, worum es sich bei dieser Sache handelt.

Ich zitiere aus dem Brief, den ich gleichlautend an den Herrn Bundeskanzler und an den Herrn Handelsminister gerichtet habe (*liest*): „Platzkraftwagen werden in Wien schon seit 1927 auf Grund einer Verfügung des Landeshauptmannes von Wien überprüft. Die Ergebnisse sind folgende: Während im ersten Jahr der Überprüfung, im Jahre 1927, 32 Prozent der amtlich untersuchten Wagen“ — also nur Autotaxis in Wien — „wegen Mängel in der Lenkung, der Vorderachse, der Kraftübertragung, der Fuß- und Handbremsen, der Federn und Rahmen sowie der Räder beanstandet und eine Reparatur dieser Wagenbestandteile angeordnet werden mußte, sinken diese Zahlen im Jahr 1928 auf 18·7, im Jahre 1929 auf 19·4, im Jahre 1930 auf 16·1 Prozent. Derzeit sind sie in Wien auf 11 Prozent gesunken. Aus dem Verkehr mußten von den untersuchten Wagen gezogen werden: im Jahre 1927 1·6 Prozent, im Jahre 1928 1·8 Prozent, im Jahre 1929 1·2 Prozent und im Jahre 1930 0·9 Prozent.“

Sie sehen, daß sich der Zustand der Wagen in bezug auf die Verkehrssicherheit bedeutend gebessert hat. Im Jahre 1927 wurden folgende schadhafte Bestandteile der Wagen beanstandet: in der Lenkung 654, Vorderachse 432, Kraftübertragung 127, Fußbremse 102, Handbremse 330, Federn 727, Rahmen 64 und Räder 440. Seit 19. Jänner 1931 werden in Wien auf Grund der Bestimmungen des Kraftfahrgegesetzes nicht nur die Platzkraftwagen, sondern alle Kraftfahrzeuge amtlich überprüft. Es ergibt sich, daß bis Ende 1931, also in fast einem Jahr, von 2653 überprüften Kraftfahrzeugen mit einem Eigengewicht von unter 5½ Tonnen — also die schwächeren Wagen — nicht weniger als 1384, über 60 Prozent, beanstandet und 29 Wagen davon ganz aus dem Verkehr gezogen werden mußten. — Wenn die Bevölkerung erfahren würde, worum es sich da handelt, dann würde sie vor Entsetzen darüber aufschreien, was die Regierung in dieser Beziehung plant! — Von 2653 Wagen waren 746 in der Lenkung schadhafte, 1492 Wagen wiesen Fehler in den Fußbremsen auf — in der Großstadt! —, bei 802 Wagen war die Handbremse schadhafte, bei 709 Wagen die Vorderfedern, bei 318 die Hinterfedern, bei 571 die Kraftübertragung. Polizeilich beanstandet wurden 1390 Wagen.

Im Jahre 1931 wurden folgende Reparaturen durch die Untersuchungsanstalt angeordnet: Bei Lastkraftwagen 54·9 Prozent, bei den Kraftwagen des gewerblichen Lastentransportes 58·8 Prozent, bei Personenzugwagen 37·9 Prozent, bei Platzkraftwagen 22·5 Prozent.

Wer angesichts solcher Ziffern noch zu behaupten wagt, daß die Überprüfung eine überflüssige Sache und eine überflüssige Belastung der Gewerbetreibenden ist, der spricht nicht die Wahrheit und täuscht die Bevölkerung über die Gefahren, die ihr auf der Straße drohen, und will die Kraftwagenlenker vollständig der Willkür jener Personen preisgeben, die so einen armen Teufel von einem Arbeiter mit einem schadhafte Wagen hinauscheiden, der weder gelenkt noch gebremst werden kann. Dabei wird die Sache so dargestellt, als ob das gemacht würde, um die Gewerbetreibenden von einer übermäßigen Belastung zu befreien. Von der Aufhebung der Benzinsteuer, die das Kraftfahrwesen mit 36 Millionen Schilling jährlich belastet, die den einzelnen Lohnwagen in Wien mit 800 bis 1000 S pro Jahr belastet, während die frühere Landeskraftwagenabgabe nur 72 S jährlich ausmachte, wird nicht gesprochen. Die Ersparnis bei Wegfall der Überprüfungen macht pro Monat 1 S 66 g aus. (*Rufe links: Hör! Hör!*) Es ist doch die niederträchtigste Augenauswischerei, wenn man den Gewerbetreibenden einreden will, daß man, wenn man auf der einen Seite schon durch die Benzinsteuer 50 bis 83 S ... (*Werner: Die Gebühr ist doch viel zu hoch!*) Was verstehen denn Sie davon?! (*Werner: Vielleicht bin ich besser bewandert als Sie!*) Ich sage Ihnen: Sie wissen von dieser Sache so viel wie ein Elefant vom Fensterputzen. (*Neuerliche Heiterkeit links. — Werner: Vielleicht weiß ich vom Transportgewerbe mehr als Sie!*) Na gut, tun S' S'hering fischen! — Ein Wiener Autotaxi wird durch die Benzinsteuer monatlich im Ausmaße von 50 bis 83 S belastet. Von der Aufhebung der Benzinsteuer hört man nichts, aber die Rettung soll darin liegen, daß die Leute durch den Wegfall der Überprüfung der Wagen 1 S 66 g monatlich oder 20 S jährlich ersparen! Ein niederträchtigerer Schwindel ist mit der Gewerberettung noch niemals getrieben worden als in dieser Sache! Natürlich muß man sagen, daß auch die Reparaturen noch bezahlt werden müssen. Wer soll denn aber anordnen, daß an einem schadhafte Wagen Reparaturen vorgenommen werden müssen, wenn nicht die Behörde? Es ist doch Pflicht der Behörde, die gesamte Bevölkerung zu schützen. Wenn wir die Kontrolle der Aufzüge, der Maschinen und anderer Motoren anschauen, dann sehen wir, daß die strengsten Vorschriften bestehen, obwohl dabei höchstens ein oder zwei Menschen zu Schaden kommen können. Aber bei einem Automobil, das in Wien im dichtesten Wagen- und Fußgängerverkehr mit einem Tempo von etwa 40 Kilometer fährt, soll niemals überprüft und es soll niemals konstatiert werden, ob irgendein

wichtiger Bestandteil daran schadhast ist, soll, obwohl die ältesten und ausgeleiertsten Wagen fahren, niemals gesagt werden: Der Wagen muß außer Verkehr gesetzt werden. Wer soll denn das anordnen? Der Besitzer oder der Unternehmer wird es nie sagen. Wenn der Chauffeur zu ihm kommt und sagt: Herr Chef, der Wagen ist schadhast, ich kann mit dem Wagen nicht fahren, da richte ich ein Unglück an, dann wird ihm der Unternehmer sagen: Wenn Sie nicht fahren wollen, dann wird ein anderer Chauffeur fahren! Was das bei der heutigen Arbeitslosigkeit bedeutet, brauche ich nicht zu sagen.

Durch die Benzinsteuer sind die Leute im Ausmaße von 600 bis 1000 S belastet. 1 S 66 g sollen erpart werden auf Kosten der gesunden Knochen, des Lebens der Bevölkerung, die sich kein Auto leisten kann, und derjenigen, die beim Kraftfahrzeug beschäftigt sind. Gewiß, der Staat bekommt von der Benzinsteuer nur 20 Prozent, die Länder 80 Prozent. *(Werner: Das ist völlig falsch dargestellt! Es handelt sich nicht um die Aufhebung der Überprüfung, sondern um die Herabsetzung der Gebühren!)* Das ist gar nicht wahr! Sie sind ein Heimwehrmann, gehen Sie zu Ihrem Minister ins Handelsministerium und ersuchen Sie ihn, daß er Ihnen die Vorlage des Gesetzes und die Vorlage der Verordnung gibt, lesen Sie sie, und wenn Sie dann noch behaupten: ich stelle unrichtig dar, dann weiß ich nicht, was ich anderes zu einem Heimwehrmann sagen soll, als: Gehen Sie wieder in die Taserl-Klasse und lernen Sie lesen! *(Werner: Das ist Ihre einzige Waffe, den andern herabzusetzen!)* Wenn ein anderer dumm daherredet, muß ich ihm doch sagen, wie dalkert eine solche Rederei ist. *(Heiterkeit links.)* — *Werner: Ich sage: Sie reden dalkert!)* Ich habe es doch selbst gelesen und kenne es, und Sie streiten mir ab, was schwarz auf weiß steht! Gehen Sie zum Portier vom Handelsministerium, der weiß es schon, aber Sie sollten es noch eher wissen!

So steht die Sache. Von der Aufhebung der Überprüfungen hat niemand Nutzen, es wird aber dabei immenser Schaden gestiftet, es wird nur den Gewerbetreibenden Sand in die Augen gestreut. Diese Erkenntnis hat sich sogar schon bei der „Reichspost“ durchgesetzt. Lesen Sie doch die „Reichspost“ vom 21. Februar, von vorgestern, Seite 7, da ist ein Artikel, der sich — ganz sonderbar! — völlig mit meiner Aufassung der Sache deckt. Das einzige Mal in meinem Leben, daß ich sagen muß: Die „Reichspost“ schreibt die Wahrheit *(Heiterkeit links)*, das Richtige.

Wir werden ja Gelegenheit haben, über Kraftfahrgezet und Kraftfahrordnung des näheren zu sprechen, wenn sie zur Verhandlung kommen. Es wäre aber ein ganz eigenartiger Vorgang, wenn die Regierung mit der Erlassung einer Verordnung da vorginge, ohne daß vorher das Kraftfahrgezet erlebigt worden wäre, weil damit der Entscheidung des Nationalrates präjudiziert würde. Und vor dieser

Entscheidung soll die Regierung Verordnungen auf diesem Gebiete nicht hinausgeben.

Ich habe mir vorgenommen, die Bevölkerung aufzurufen und auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die ihr von der Aufhebung der Überprüfung drohen, auf den Schwindel, der da mit der Gewerbeteterei getrieben wird. Wir werden sehen, wem die Bevölkerung recht geben wird! *(Lebhafter Beifall links.)*

Belenka: Hohes Haus! Bevor ich zu den Kapiteln „Post, Telegraph und Montanbetriebe“ spreche, möchte ich noch eine Feststellung machen. Ich habe gestern in sachlicher Weise zu Bescheiden aus dem Forstbetriebe Stellung genommen und dann gleichfalls sachlich bestätigt, daß der Herr Abg. Schneeberger vollständig recht hat, wenn er sich in seinem Antrage beschwert, daß die Forstarbeiter nicht endlich in die Arbeitslosenunterstützung überführt werden. Heute hat Abg. Plasser bei der Besprechung des Kapitels „Forstbetriebe“ die Bemerkung gemacht, er finde es unter seiner Würde, auf meine Äußerungen hier einzugehen. Wenn ich sachlich davon gesprochen habe, daß sein Klubkollege mit seinem Antrag recht hat, dann weiß ich nicht, was das dann noch mit der Würde des Abg. Plasser zu tun hat. Ich selbst habe mir nicht eingebildet, daß irgendein prominentes Mitglied des sozialdemokratischen Klubs auf meine Ausführungen eingehen wird, auf einen Plasser ist leicht zu verzichten. Meine Kritik zum Bundesvoranschlag ist nicht gegen den sozialdemokratischen Klub oder irgendein Mitglied des sozialdemokratischen Klubs gerichtet gewesen, sondern gegen die Verhältnisse in der Bundesforstverwaltung, und da hat eine persönliche Anpöbelung gar keinen Wert, und will ich nur feststellen, daß mich ein Plasser mit seiner Hohlköpfigkeit absolut nicht beleidigen kann. Meine Beschwerde hat entweder der Herr Minister oder der Berichterstatter zu beantworten. Es ist daher gar kein Grund vorhanden, daß sich ein Abgeordneter bemüht gefühlt hat, auf meine Kritik über die Verhältnisse bei den Bundesforsten, die ich, wie ich schon gesagt habe, in rein sachlicher Weise zur Abstellung dieser Verhältnisse vorgetragen habe, zu antworten und statt mitzuhelfen, zum Schutze der Forstarbeiter alles zu unternehmen, noch die Generaldirektion zu stützen. Wenn er weiters davon gesprochen hat, daß ich einen schändlichen Mißbrauch mit den Staatsarbeitern nach meinen Erfolgen für dieselben, die sich sehen lassen können, getrieben habe, dann möge er sich deutlicher ausdrücken, damit ich ihm die entsprechende Antwort erteilen kann, und nicht mit Redensarten ohne Namensnennung herumschmeißen.

Wenn jemand den Zwischenruf gemacht hat, daß ich Regierungsparteiler geworden bin, so möchte ich feststellen, daß ich beim Feiertagsgezet mit den Anträgen der Sozialdemokraten, aber gegen die bewußte Verschleppung gestimmt habe. Aus dem stenographischen Protokoll wird ersichtlich sein, daß ich mit ihnen ge-

stimmt habe und daß trotz meiner Stimme gegen den Antrag Kampitsch nur 68 Stimmen dafür aufzubringen gewesen sind. Wo waren die fehlenden Sozialdemokraten? Ich stelle fest, daß ich auch trotz namentlicher Abstimmung bei Kapitel „Soziale Verwaltung“ für sämtliche Anträge der Opposition, soweit sie Arbeiterfragen betrafen, gestimmt habe. Warum hat man von der namentlichen Abstimmung für die Einführung der Forstarbeiter in die Arbeitslosenunterstützung Abstand genommen, da soll Plasser antworten. Man wird mich nicht als Arbeiterfeind brandmarken können. Ich habe 25 Jahre für die österreichische Bundesbeamtenschaft und für die Staatsarbeiter meinen Dienst geleistet, und ich glaube, die Erfolge können sich sehen lassen. Ich wurde zu Zeiten gemäßregelt und als politisch Verdächtiger an die Front geschickt, da war von einem Plasser noch keine Ahnung. Wir werden sehen, was meine Nachfolger leisten werden. Wenn ich als wilder Abgeordneter für den Bundesvoranschlag stimme, so tue ich es, weil ich der Überzeugung bin, daß man es sich in dieser schwierigen Situation, in der sich Österreich befindet, überlegen soll, ob man in der Frage des Bundesvoranschlages demagogische Gierträge ausführen darf, deswegen darf man einem anderen nicht sagen, er sei Regierungsparteiler geworden. Die Regierungsparteien warten nicht auf mich, und ich bin nicht so eingebildet zu glauben, daß sie auf mich warten. Ich werde mich daher nicht daran hindern lassen, es mit meinem Gewissen selbst abzumachen, ob ich für den Bundesvoranschlag stimmen soll oder nicht, und ich werde für den Bundesvoranschlag stimmen, obwohl ich ihn kritisiere, weil ich hoffe, daß diese Mängel abgestellt werden.

Der Post- und Telegraphenbetrieb ist ein Betrieb, der gerade unter der wirtschaftlichen Stagnation am meisten zu leiden hat. Der Post- und Telegraphenbetrieb ist weiters ein Betrieb, der schon seit dem Jahre 1914 eine ungeheure Umwälzung in seinem Aufbau vornehmen mußte. Wir sehen, daß im Jahre 1932 über 73 Millionen Schilling für Sachaufwand und Investitionen ausgegeben werden mußten, daß im Jahre 1933 73.753.800 S. hierfür eingestellt sind. Wir sehen weiters, daß für Verzinsung und Tilgung der Investitionsschuld 1.694.100 S. mehr eingestellt werden mußten. Dazu kommt noch der Betrag von 2-6 Millionen Schilling für eine Investition, hauptsächlich für den Kabelbau nach Göpfritz, obwohl der Verwaltung versprochen wurde, den Zinsen- und Amortisationsdienst auf einige Jahre verteilen zu können.

Es werden da seit Monaten von den verschiedensten Seiten Beschwerden über den Post- und Telegraphenbetrieb erhoben, die weniger die sachlichen und technischen Einrichtungen betreffen, die weniger die Verwaltung treffen wollen als einzelne Personen in der Verwaltung. Aber schließlich sind doch die ganzen Investitionen von der Generaldirektion im Einverständnis mit den betreffenden Bundesregierungen beschlossen worden, hauptsächlich von allem Anfang

an unter Mitwirkung des verstorbenen Generaldirektors Hoheiß, den ich als einen der größten Sachleute auf dem Gebiete des Post- und Telegraphenwesens anerkannt habe. Man kann nicht den Betrieb dafür verantwortlich machen, daß so ungeheure Umstellungen und so ungeheure Belastungen notwendig geworden sind, ja von der Öffentlichkeit verlangt wurden, durch die sich mit der eingetretenen Stagnation in der Wirtschaft eben die Verhältnisse beim Post- und Telegraphenbetrieb verschlechtert haben. Es hat nun eine maßlose Heze eingelegt, kann man nicht diese Leute im Zusammenhang mit ihrer Kritik zur Verantwortung ziehen, die immer darauf ausgeht, die Generaldirektion herabzusetzen und auch die Bediensteten zu treffen, daß sie zu hoch bezahlt sind und daß sie, ich weiß nicht was alles haben.

Es ist nun ein Kampf wegen der Zeitzahlung entstanden. Über die Zeitzahlung kann man verschiedener Meinung sein. Ich habe von allem Anfang an dagegen Stellung genommen, daß man die Zeitzahlung mit dieser Grundgebühr und diesen Zeitgebühren einführt, und habe die Frage aufgeworfen, warum man nicht dem Abonnement erlaubt, daß er auf seinem Apparat, so wie es beim Gesellschaftsanschluß ist, eine Uhr anbringt, damit der Verdacht, der fortwährend gegen die Verwaltung unberechtigt ausgesprochen wird, auf diese Weise unmöglich gemacht wird, ohne zu reden, daß die Einführung der Zeitzahlung ungeheure Kosten verursacht, die nicht notwendig wären. Auch der Rechnungshof hat bestätigt, daß die Kosten für die Einführung der Zeitzahlung zu groß sind. Wenn man den Bericht des Rechnungshofes auf Seite 25 liest, so kann man dort ersehen, daß der Rechnungshof immer davor gewarnt hat, daß solche Auslagen gemacht werden, die, ich glaube, das neue Automaten-Telephonsystem sich ersparen hätte können. Aber schließlich, wenn die Generaldirektion seit Jahren und schon von der Vorkriegszeit an im Aufbau eines Werkes begriffen ist, dann ist es verfehlt, ihr Vorwürfe zu machen, wenn sie mitten im Aufbau ist und das Beste versucht, und wenn außerdem anerkannt werden muß, daß das veraltete System, das wir besonders in Wien hatten, seinerzeit nicht mehr aufrechterhalten werden konnte. Wenn man jetzt Kritik übt und sich besonders die Zeitzahlung ansieht und zu schimpfen anfängt, daß diese Zeitzahlung schlecht ist, so muß man sagen, daß es sich in dem Kampf, den man jetzt bemerken kann und den auch der Herr Minister verfolgt haben wird, weniger darum handelt, die sachliche Frage zu untersuchen, ob die Zeitzahlung richtig ist oder nicht. Es ist ja richtig, daß die Zeitzahlung eine Verteuerung des Telephons herbeigeführt hat, da kann man wohl verlangen, daß das untersucht wird und daß man die Frage studiert, daß wenigstens, wenn die Zeitzahlung bleibt, das Gesellschaftssystem ausgebaut wird; denn das haben wir gar nicht mehr notwendig; denn seinerzeit ist man durch den verfehlten Bau der Vermittlungsleitungen in das

Millionensystem eingetreten, und es ist daher so wie in allen anderen Staaten möglich, solche Apparate, wie sie der Einzelanschlußabnehmer hat, mit einer Uhr zu versehen, und da braucht man dann nicht die Schikanen eines Gesellschaftssystems aufrechtzuerhalten; das wird der Abonnent leichter begreifen, und wenn man die Grundtage gleichmäßig auf 8 S heruntersetzt, so bin ich überzeugt, daß wieder ein Anschwellen der Telephonabonnenten eintreten wird. Aber da hätte der Kampf um die Zeitzahlung zu etwas geführt, was allseits befriedigen würde. Da haben sich nun einige über die Zeitzahlung zu streiten begonnen, weil sie nicht die Lieferung der Uhren bekommen haben. Es waren da ungeheuerliche Gerüchte im Umlauf, daß ein Auftrag von 6 Millionen Schilling hinausgegeben worden ist. Der Auftrag ist im Jahre 1929 vom verstorbenen Generaldirektor Hoheiß hinausgegeben worden, es waren nicht 6, sondern 2-3 Millionen Schilling. Da sind dann die Industrievertreter und die Betriebsräteobmänner gekommen und haben verlangt, daß die Arbeiten den elektrotechnischen Firmen gegeben werden, damit kein Abbau in diesen Fabriken vorgenommen wird. Den Auftrag hat die Firma Rapsch bekommen, und weil die Firma Ericsson, die beinahe zum Zusperrern war, den Gestellbau und den Umschaltungsbau bekommen hat, der über 600.000 S ausgemacht hat, so daß man nicht sagen kann, daß etwas gemacht wurde, woran jetzt die Generaldirektion schuld wäre, hat man von Korruption gesprochen.

Man hat nun bemängelt, daß die Uhren nicht geeicht sind. Auf der ganzen Welt gibt es das nicht, daß man eine Uhr, die nur eine Zeit und nicht Flüssigkeiten, Gas oder Strom mißt, jedesmal von irgendeinem Amt überprüfen läßt. Nur hier hat man das verlangt und gesagt, die Uhren seien schlecht, sie müßten überprüft werden. Wer von diesen Sachen nichts versteht, der soll den Kampf um die Uhren nicht dorthin führen, wohin ihn ein Montagsblatt geführt hat, das dazu mit der Abhorelei aufgetrumpft und am Schlusse eines Artikels geschrieben hat: „Wenn der Generaldirektor etwas auf seine Ehre hält, soll er zurücktreten.“ Man sieht, daß es ein rein persönlicher Kampf geworden ist. Dieses Montagsblatt hat auch geglaubt, einen Beamten bloßzustellen, indem es seinen Namen bekanntgegeben hat, und das Blatt hat erklärt, daß der Beamte mit irgend jemandem, der sich wegen zu hoher Telephongebühren beschwerte, gesprochen hat und den Abonnenten mit der Preisgabe einer Privatangelegenheit an seine Frau drohte. In Wirklichkeit hat aber der Beamte mit der ganzen Sache nichts zu tun gehabt. Der Herr Minister soll sich meiner Meinung nach dieser Sache ernstlich annehmen und aus diesem Kampf mit der Zeitzahlung alles Persönliche ausschalten. Gleichzeitig muß eine Überprüfung der Gebühren stattfinden, es können diese Ansätze nicht bleiben, wollen wir nicht noch mehr Schaden im Telephon haben, wo ich doch glaube, daß wir alle

dazu beitragen sollten, das Telephon wie in Dänemark, Schweden und Norwegen zu einem Volksmittel des Verkehrs zu machen.

Ich habe den Bericht des Rechnungshofes durchgelesen und finde, daß sich der Rechnungshof in eine Rolle begibt, die ihm nicht zukommt, indem er beantragt, daß ein Kollektivvertrag, der allgemein für die Telephonarbeiter gilt, für die Werkstättenarbeiter in der Telegraphenwerkstätte Hirschstetten nicht gelten soll, und wo er der Generaldirektion den guten Rat gibt, sie möchte die Arbeiter aus diesem Kollektivvertrag herausnehmen. Bei aller Würdigung des Rechnungshofes, der das Recht hat zu kontrollieren und uns zu bezichtigen, glaube ich, daß er dazu nicht da ist, daß er bezüglich eines Kollektivvertrages, der für einen einzigen Beruf, für die Telephonarbeiter in ganz Österreich, gilt, den Rat gibt, ihn aufzulösen. Man sollte dem Rechnungshof schon beibringen, daß das Sache der betreffenden Verwaltung ist. Oder es soll der Rechnungshof verwalten und nicht die Generaldirektion, wenn er sich auf ein Gebiet begibt, das ihm, glaube ich, nicht zusteht.

Auf Seite 26 des Berichtes wird davon gesprochen, man solle die Wirtschaftlichkeit der Postämter überprüfen. Nun, es haben heute schon Kollegen von den ländlichen Gebieten mitgeteilt, wie es draußen in den Postämtern aussieht. Darunter leidet besonders Telephon und Telegraph. An Samstagen kann draußen in den Ländern, ob Fremdenverkehr ist oder nicht, niemand sprechen, weil man hermetisch abgeschlossen ist. Wenn einer auch zehnmals das Telephon benutzen müßte wegen Feuergefahr oder Wassergefahr — wenn die Gendarmerie nicht ihre eigenen Leitungen benutzen kann, kann man sich mit niemandem in Verbindung setzen. Daran liegt es, daß dem Telephon Hunderttausende von Schilling im Jahre entgehen, weil es bei uns nicht eingerichtet ist wie zum Beispiel in der Schweiz, wo man in Kombination der Eisenbahn mit dem Postdienst die Möglichkeit hat, telephonisch sich in Verbindung zu setzen, und nicht wie bei uns in den Ländern, wo man, und wenn es sich noch sehr um den Fremdenverkehr handelt, an Sonntagen so abgeschlossen ist wie, ich weiß nicht, in irgendeinem Ort in China oder Montenegro. Aber man kann sich eben mit niemandem verständigen und läuft so Gefahr, daß sehr viel Unglück geschehen kann.

Ich möchte ferner darauf hinweisen, was mit dem Abbau mit Wartengebühren geschehen ist. Ich möchte den Herrn Minister bitten — die Deputationen waren ja vorher bei ihm; bei diesem Abbau sind verheiratete Frauen und Kriegerwitwen mit Kindern abgebaut worden —, daß dieser Skandal ehestens aufgehoben wird. Es gibt keine Ausrede, daß man etwa sagt, die Bestimmungen des Wartengebührengesetzes waren so, daß man nicht aus sozialen Rücksichten das hatte anders machen können. Man hätte schon andere, alleinstehende Personen abbauen können, die mit Pensionen von

300 und 400 S monatlich hätten ganz gut auskommen können. Und wenn es auch nur zwei Kriegerwitwen sind unter 106 Beamtinnen, die da abgebaut wurden, so sind doch viele darunter, deren Männer arbeitslos sind, andere wieder, die alte Eltern zu erhalten haben, während andere verblieben sind, die über aufreizende Lebensmöglichkeiten verfügen, so daß es nicht notwendig gewesen wäre, diesen Abbau so zu gestalten.

Während man von Arbeitsverkürzung spricht und in Genf sich den Kopf darüber zerbricht, wie man der großen Krise der Arbeitslosigkeit entgegenzutreten soll, hat ausgerechnet die Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung es für notwendig befunden, trotz der klaren Bestimmungen des Artikels 6 des ersten Nachtrages zum Besoldungsübergangsgesetz und der klaren Bestimmung des Zentralausschusses der Telegraphenangestellten sie dahin auszulegen, daß sie ausgerechnet einer Gruppe von Beamten, die Tag und Nacht ihren Dienst macht und fortwährend zur Verfügung steht, die Dienststundenleistungen von 42 auf 48 Stunden pro Woche erhöht, wahrscheinlich, weil sie vorher den Abbau vorgenommen hat und das verkleistern wollte oder um Ersparungen zu machen, um wieder einige zu pensionieren und den Pensionssatz zu erhöhen. Man muß sich an den Kopf greifen, daß man oft Menschen, die erst das 40. Lebensjahr überschritten haben, heute mit einer Pension auf Lebensdauer antrifft, die noch arbeitsfähig sind, während man auf der andern Seite trachtet, sich durch verschiedene Mittel mit Hilfskräften zu helfen. Ich bitte daher den Herrn Minister, das auch zu berücksichtigen, daß an der 42stündigen Wochendienstleistung gerade der mittleren technischen Beamten nicht gerüttelt wird.

Ein Redner hat vorher gesagt, daß das Post- und Telegraphenwesen in Wien zusammengelegt werden soll. Ich habe früher die Trennung verfochten, und da wurde mir vorgeworfen, daß dies ungeheure Summen kostet. Jetzt errechnet man wieder, daß man bei der Belassung der Trennung viel besser herauskommt. Wenn man die Betriebe aber getrennt läßt, muß ich feststellen, daß, wenn in den Bundesländern und auch in Wien das Post- und Telegraphenpersonal in einen Status kommt, dann auch endlich die fälligen Personalvertretungswahlen, auch die Gruppen der Arbeitsgemeinschaft durch Auflösung der Technischen

Union, bei den Fernsprech- und Telegraphenangestellten durchgeführt werden müssen.

Ich will noch eine kurze Anfrage, betreffend die Bundesschwefelsäurefabrik in Wien, an den Herrn Minister richten. Ich habe gehört, daß eine Kommission zur Behandlung dieser Frage bestellt worden ist. Wie lange wird diese Schwefelsäurefabrik, bei der wir 6 Beamte und 16 Arbeiter haben, noch aufrecht bleiben? Die Schwefelsäure wird dort nach einem 100 Jahre alten System erzeugt. Wir beziehen den Schwefel aus Spanien und erzeugen die Schwefelsäure in retortenmäßiger Fabrikation. Wir haben dort 1 Hofrat, 1 Stellvertreter, 2 Kanzleibeamte, 2 Werkführer und 16 Arbeiter. Ich glaube, Herr Minister, diese Angestellten und Arbeiter kann man in anderen Bundesbetrieben unterbringen. Der eine leitende Beamte ist, glaube ich, ohnehin schon so weit, daß er in den Ruhestand gehen kann. Die Auflösung dieses Betriebes wäre ein Anfang der Betriebsreform, mit dem man der Industrie zeigen könnte, daß man es ernst meint. Die Erzeugungsform in dieser Fabrik entspricht absolut nicht mehr den heutigen Erfordernissen, und da sie jedes Jahr mit einem Defizit abschließen muß, wäre es viel besser, endlich diesen Betrieb aufzulassen, weil er meines Erachtens den Staat mehr belastet und ihm weniger nützt, als wenn die Schwefelsäureerzeugung der Privatindustrie überlassen wird.

Damit ist die Aussprache über den VI. Abschnitt beendet.

Die Verhandlungen werden abgebrochen.

Der **Präsident** gibt folgende Veränderungen im Stande der Ausschüsse bekannt:

Ausschuß für Handel: Kollmann als Ersatzmann an Stelle Duschner;

Ausschuß für soziale Verwaltung: Kreuzberger als Mitglied an Stelle Klug.

Nächste Sitzung: Freitag, den 24. Februar, 11 Uhr vorm. Tagesordnung:

Fortsetzung der Spezialdebatte über das Bundesfinanzgesetz und den Bundesvoranschlag für das Jahr 1933 (S. 471).

Schluß der Sitzung: 6 Uhr abends.